

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk. ...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Erhöht für die hochgehaltene Anzeigen-Preise über deren Raum 50 Pfg. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Demonstriert für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts.

Am Dienstag, den 26. Mai: Große öffentliche Versammlungen.

Am Montag, den 25. Mai, Flugblattverbreitung. Die Kreis-Generalversammlungen finden am Donnerstag, den 28. Mai, statt.

„Schluß!“

Die Beratungen des Deutschen Reichstags endeten am Mittwochnachmittag höchst sonderbarweise mit einem kleinen agrarischen Vorstoß. Nachdem der Etat in dritter Lesung vollständig erledigt und — gegen die Stimmen der Sozialdemokratie — angenommen worden war, nachdem auch noch das Gesetz zur Abänderung des Militärstrafgesetzbuches in zweiter und dritter Lesung zu Ende geführt und — mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion — gleichfalls die Zustimmung des Reichstags gefunden hatte, stand noch ein letzter Punkt auf der Tagesordnung, der sich wie ein Witz ausnahm: die Agrarier bestanden auf Beratung einer Resolution über zollwidrige Verwendung von Gerste.

Die Beratung war nicht zu verhindern. Daß die agrarischen Wünsche nicht durch eine Zufallsmehrheit Annahme fanden, verhinderte nur die durch einen Hammersprung festgestellte — Beschlußunfähigkeit des Hauses! Der Präsident beraunte daraufhin die Sitzung des Reichstags auf „sofort“ an mit der wohl noch nie dagewesenen Tagesordnung: „Schluß“.

So ging es bis zum endgültigen Schluß des Hauses drunter und drüber: die Tragikomödie des deutschen Parlamentarismus!

Der Schluß selber aber vollzog sich in diesem Jahre unter etwas anderen Umständen als sonst. Die sozialdemokratische Fraktion hatte schon im Februar dieses Jahres beschlossen, bei dem Verlesen der sogenannten „allerhöchsten Botschaft“ und dem üblichen Kaiserhoch nicht wie sonst den Saal zu verlassen, sondern im Saale zu verbleiben. Natürlich nicht eben, um sich an der Demonstration zu beteiligen, auch nicht um gegen die bürgerliche Demonstration zu demonstrieren, sondern um einfach ihre parlamentarische Pflicht bis zuletzt in einer von ihr für richtig gehaltenen Weise zu erfüllen.

Den unmittelbaren Anstoß zu dieser Aenderung ihres bisherigen Verhaltens hatte ein Vorkommnis im vorigen Sessionsabschnitt gegeben. Als die sozialdemokratische Fraktion bei einem ähnlichen Anlaß den Saal verlassen hatte, war nach der monarchischen Demonstration — und zwar im unmittelbaren Anschluß daran, so daß die sozialdemokratische Fraktion keinerlei Gegenmaßregeln treffen konnte —, von dem hyperpatriotischen Reichsparteiler Schulz-Bromberg ein Antrag gestellt und nach kurzer Begründung sofort angenommen worden. Der Einzelfall war an sich nicht von großer Bedeutung. Aber er ließ erkennen, daß das Verlassen des Saales durch die sozialdemokratische Fraktion unter Umständen von bürgerlicher Seite zu irgendwelchen Ueberrumpelungen ausgenutzt werden könnte.

Sobald aber erst einmal die Aenderung der bisherigen Taktik überhaupt zur Erörterung gestellt war, ergab sich naturgemäß sofort eine Fülle von Gründen sachlicher Art, die die Aenderung geraten erscheinen ließen, ganz abgesehen davon, daß auch schon auf dem letzten Parteitag von verschiedenen Rednern das Verbleiben der sozialdemokratischen Fraktion im Saale bei monarchischen Kundgebungen — selbstverständlich ohne Beteiligung an den Kundgebungen — als das richtigere und würdigere Verhalten der Fraktion gefordert worden war.

In ganz besonderem Maße aber war die Demonstration, sofern man in der Aenderung des Verhaltens unserer Fraktion eine solche sehen kann, in diesem Jahre geboten. Es handelt sich dabei nicht um eine Demonstration gegen die Person des Monarchen, die der Sozialdemokratie nach wie vor gleichgültig ist, wohl aber um eine Demonstration gegen das durch diese Person verkörperte und mit ihr gefeierte System, gegen den verschleierte Absolutismus, gegen die in

jüngster Zeit mehr noch als sonst durch die Regierungsmassnahmen zum Ausdruck gekommene Verachtung des Volkswillens, des Parlamentarismus, des Reichstags.

Niemals zuvor ist dem Reichstag so oft wie in diesem letzten Sessionsabschnitt vom Regierungstische aus das Wort „Unannehmbar“ entgegengerufen worden. Niemals zuvor ist dieser bürokratische Starrsinn der unverantwortlich-verantwortlichen Minister dem Reichstage bis in die allerletzten Stunden hinein mit solchem Hochmut zum Ausdruck gebracht worden. Niemals zuvor ist der Reichstag in seinen eigenen Angelegenheiten, in den heute so entwürdigend geregelten Fragen des Schlußes oder der Vertagung, so höhnisch und verkehrend behandelt worden, wie in diesem Jahre. Niemals zuvor ist ein fast einstimmiges Mißtrauensvotum dem Reichstage gegen den Reichskanzler von den verantwortlichen Stellen demonstrativ als ein Blüch Papier behandelt worden. Niemals zuvor ist die unwürdige Stellung des Reichstags dem Bundesrat gegenüber von diesem so herabsetzend dokumentiert worden, wie in dieser Frage. Niemals zuvor ist ein solches Respekttreiben der Behörden und Gerichte gegen die Gewerkschaftsbewegung, gegen die proletarische Jugendbewegung und gegen freimütige Äußerungen unabhängiger Männer und Frauen über den Militarismus und über den Kronprinzen veranstaltet worden, wie in den letzten Monaten.

Vor allen Dingen aber hat auch die Behandlung der Wahlrechtsfrage im preussischen Landtage, die herausfordernde Weigerung des neuen preussischen Polizeiministers, ein feierlich gegebenes Königswort endlich einzulösen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Entschlusse bekräftigt, nicht wie bisher in unangebrachter und läbel beholener Höflichkeit den ihr wie den anderen Fraktionen gehörigen Plenarsitzungsraum zu verlassen, damit sich der Hygientismus der bürgerlichen Parteien darin dann um so ungemessener breit machen kann.

Der Reichstagspräsident Raempf mußte von irgendwoher erfahren haben, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses mal beim Kaiserhoch im Saale bleiben würde. Der Wackerer hatte sich für diesen Fall schon mit der nötigen Entrüstung gewappnet. Vorsichtigerweise aber hatte er auch diese Entrüstung vorher zu Papier gebracht, und so stotternd und murmeltend wie sonst verlas er dann seine papierne Entrüstung. Ein glückliches Geschick hat ihn davor bewahrt, daß er seine Fettel nicht verwechselt und die Entrüstung schließlich noch am unrechten Orte vorgelesen hat.

Der Reichstag ist geschloffen worden, nicht hat man ihn wie in den beiden vorhergehenden Jahren vertagt. Dieser unerforschtliche Kaischluß der Regierungsbürokratie bringt es mit sich, daß alle unerledigte Reichstagsarbeit ohne weiteres im Papierkorb verschwindet. Diese sinnlose Einrichtung, die unendlich viel parlamentarische Arbeit, die Mühe zahlloser arbeitsreicher Tage, Monate und Jahre mit einem Federstrich beseitigt, will die Regierung nicht aus der Hand geben, weil sie damit am Reichstage zugleich je nach Günst und Laune kleinliche Rache fühlen kann.

Jeder Reichstag hat die Regierung, die er verdient, so hat neulich Genosse Ledebour zutreffend gesagt. Solange der Deutsche Reichstag sich eine Regierung gefallen läßt, die ihn so von oben herab zu behandeln wagen darf, solange wird er sie haben.

Es wird aber einmal die Zeit kommen, da dem Reichstag so viel Kraft und Entschlossenheit von unten her, vom Volke aus, zugesossen ist, daß er den Kampf mit der Regierungsbürokratie nicht nur aufnimmt, sondern ihn auch bis zum Ende, und das heißt: bis zum Siege, unachgiebig durchführt.

Dem des Volkes Wille ist letzten Endes das oberste Gesetz!

Für Bajonette und Profite.

Wie am Dienstag der Polizeiminister, so sah am Mittwoch im Abgeordnetenhause der Justizminister auf der Anklagebank. Und wenn er sich auch nicht ganz in schämevolles Schweigen verlor wie Herr v. Loebe, so war doch diesmal Herr Weseler höchst kleinlaut geworden. Er wagte es sogar nicht, mit dem üblichen Entrüstungsdruck sein Haupt herumzuwerfen und über die Achsel hinweg dem Ankläger seine Entgegnung, halb Entrüstung, halb Geringschätzung, entgegenzuschleudern. Nein, Herr Weseler war diesmal, trotzdem die Anklagen Liebnechts an Wucht und Schwere alles früher Gehörte weit in den Schatten stellten, recht bescheiden und unangänglich geworden. Er verhielt sich zwar einige sadenheime Andreden, aber das war auch alles. Und Witzschleudern und Humoren dachte er schon gar nicht, und so war denn auch das Echo, das seine Verlegenheitsphrasen bei den bürgerlichen Parteien fanden, recht zaghaft.

Nichtskostengeller demagogisierte sich Minister und bürgerliche Parteien in der erfreulichsten Weise. Genosse Liebnecht hatte in den Mittelpunkt seiner Anklagereden zwei Vorkommnisse gestellt: das ungeheuerliche Urteil gegen die Genossin Luxemburg wegen angeblicher Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam, und das Verhalten von Staatsanwalt und Richter in dem Erpressungsprozeß Richter, wodurch der Firma Siemens-Schudert wahrer Liebesdienste erwiesen wurden.

Als Genosse Liebnecht die Befremdlichkeiten des dramatischen Urteils gegen unsere tapfere Genossin kritisierte, fand er auf der Rechten, im Zentrum und bei den Nationalliberalen nicht nur lebhaften Widerspruch, sondern seine Brandmordungen dieser unerhörten Unterbindung der Kritik am Militarismus und dieser rücksichtslosen Verfolgung einer proletarischen Vorkämpferin lösten auch brutales Gelächter aus. Ebenso wiedernden Beifall fand die Mitteilung Liebnechts, daß bereits zwei neue Prozesse gegen die Genossin Luxemburg anhängig gemacht worden seien! Die Herren verteilten damit ihre innerste Sehnsucht. Der Kadavergehorsam der in den „vornehmsten Red“ gestrichelten Söhne des Volkes soll unter Anwendung aller Schreckmittel aufrecht erhalten werden, damit unsere herrschende Klasse ganz nach ihren Ausbeutungsbedürfnissen Kriegsabenteurer angustellen oder auch von ihr selbstverschuldete Ausbrüche der Bergweisung der getretenen Volksmassen mit eiserner Faust niederschlagen kann.

Die Bajonette sollen scharf bleiben, einerlei, ob man sie einem Turko in den Bauch rennt oder gegen die Brust eines Streikenden oder Wahlrechtsschleuderers richtet!

Ebenso offenkundig und zügellos offenbarte sich der Klassengeist unserer Herrschenden bei Liebnechts schonungsloser Entlarbung der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Aktion zum Schutze der von der Firma Siemens-Schudert geübten Geschäftsgepflogenheiten in Japan. Völliglos und einwandfrei führte Liebnecht hier den Nachweis, daß hier die Organe der Rechtspflege sich Handlungen haben zuschulden kommen lassen, die man bisher in Deutschland für unmöglich gehalten habe. Der Erpresser gegen die Firma Siemens-Schudert wurde auf verschiedene Jahre ins Zuchthaus gesteckt, aber die Aktien über die ungeheuerliche Bestechungspraxis der Firma Siemens-Schudert wanderten in den „Geheimschrank“ des Staatsanwalts, wurden aller strafprozessualen Praxis entgegen aus den Prozessakten entfernt!

Die überzeugende moralische und juristische Reduktion Liebnechts prallte selbst bei den Juristen der kapitalistischen Parteien wie an einem ehernen Panzer zurück. Durch ihre Unwissenheit bekannten alle diese Herren es als etwas ganz Selbstverständliches, daß die Rechtsorgane sich der Interessen des nationalen Kapitals anzunehmen hätten, gleichviel mit welcher schmutzigen und verwerflichen Mitteln dieses Kapital seinen internationalen Wettbewerb betreibt. Man vertritt sich mit eisenharter, moralischer Steupellosigkeit hinter dem Grundsatz, daß die Interessen des nationalen Kapitals gewahrt werden müssen. Als ob es nicht auch andere Mittel gäbe, als die der niederträchtigsten Bestechungen, um den internationalen Wettbewerb zu bestehen. Als ob nicht die industrielle Konkurrenz auf internationalem Gebiete vor allen Dingen auch dadurch gefördert werden könnte, daß man sich eine intelligente, leistungsfähige Arbeiterschaft und infolgedessen auch eine jedem Wettbewerb standhaltende Industrie erzücht!

Aber es ist ja viel bequemer, durch Anhebung der Gewerkschaften, Züchtung von Gelben und Terror aller Art die Arbeiterklasse in ihrer Leistungsfähigkeit zurückzuhalten und dafür durch Bestechungsummen sich die ausschlaggebenden Organe des Staates zu kaufen! Und wenn dann die Rechtsorgane des Staates durch ihre Tätigkeit die Rechte der gerichtlichen Entlastung zu entziehen bestrebt sind, so mögen bürgerliche Korruptionshörer das als nationales Verdienst preisen — das das ebenso unmoralisch wie im letzten Grunde auch unsozial ist und dem deutschen Volk zum ersten Schaden gereicht, mögen gar die Herren von den Nationalliberalen bis zu den Konservativen, mag auch der Herr Justizminister nicht verstehen, aber die politisch wie wirtschaftlich geschulte Arbeiterklasse Deutschlands begreift das nur zu gut.

So endete auch dieser dritte Tag der dritten Lesung des Etats mit einer schweren Niederlage der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Mag die feile Kapitalistenpresse all diese forrumptierenden Niederlagen durch entstellte Berichte zu hehlen suchen — die Veröffentlichung des amtlichen Stenogramms wird im gegebenen Falle diese perfide Fälschung aufdecken machen. Und wir werden dafür sorgen, daß bei dem in verstärkter Form bevorstehenden Wahlrechtskampfe die Wahrheit über die preussischen Zustände und die kapitalistische Korruption den breitesten Volksschichten zum Bewußtsein gebracht wird!

Vor Eintritt in den Justizetat wurde der Landwirtschaftsetat behandelt. Dabei wandte sich Genosse Doser in längerer, höchst interessanter Ausführungen gegen das herrschende Schutzsystem und erst recht gegen die agrarischen Wünsche nach einem „Lüdenlofen“ agrarischen Zollschutz. Genosse Doser wies als alter Praktiker und auf Grund minutiöser Berechnungen nach, daß im Grunde nicht nur die drei Viertel der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung Deutschlands Schaden von unserer agrarischen Schutzpolitik haben, sondern auch der weitaus überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst. Daß auch hier die Herrn Agrarier ihrem liebsten Anwesen über die unbefreiende sachkundige Entschaltung ihrer agrarisch-vollständigen Sonderinteressen die Fägel schieben lassen, bejahte nur die Schlagkraft der Beweisführung des Genossen Doser.

Essads Handstreich.

In den letzten Wochen konnte man in der bürgerlichen Presse Deutschlands allerhand Rührendes und Erbauliches über die Art lesen, in der sich das Fürstentum Albanien unter seinem vom preussischen Kaiserhof importierten Abret entwickelte. Der verlassene Prinz zu Wied selbst beschäftigte sich nach berühmtem Muster mit der Schöpfung von Uniformen, Orden und Wappen, und von der Fürstin wurde im Stil von Herzblättern Zeitvertreib berichtet, wie sie das ganze albanische Volk minutiös, inwieweit in ihr Herz geschlossen habe. In diese liebliche Nostalgie fährt nun der raube Sturm der Wirklichkeit. Kaum scheinen die Dinge in Süd-albanien halbwegs, und zwar durchaus nicht sehr zugunsten des Fürstentums, erledigt zu sein, so geht es in Mittelalbanien drunter und drüber. Der sogenannte Ministerpräsident dieses sogenannten Fürstentums hat vor wenigen Tagen erst, als er sich hilflos in Rom aufhielt, einem eiserernen Ausrufer des „Berliner Tageblatt“ erzählt, welche ein braver und biederer Unterthan Essad Pascha sei. Die neuesten Meldungen aus Durazzo aber zeigen, daß dieser mit allen Wassern gewaschene, mit allen Hundstuden gebedete und in allen Sätteln gereichte Arnaut keineswegs seine Tage damit hingebraht hat, Treu und Redlichkeit zu üben, sondern daß er drauf und dran war, den Abret durch einen raffigen Handstreich seiner drückenden Krone zu entledigen. In letzter Stunde erst gelang es, Gegenmaßnahmen zu legen, und vorherhand sieht Essad nach einem regelrechten Gefecht, das seine Leibwache den Gendarmen des Fürsten lieferte, als Gefangener auf einem österreichischen Kriegsschiff.

An sich könnte die Auflehnung Essad Paschas gegen Wilhelm wunderbar erscheinen, denn in der Tat hatte dieser reiche und deshalb mit viel Einfluß ausgestattete Feudalherr alle Macht in Händen, und der Abret war nur sein geistiges Spielzeug. Aber Essad Pascha ist nicht als Individuum zu werten, sondern als Typus, nämlich als der des vermögenden mohammedanischen Großgrundbesitzers aus Mittelalbanien, dem aus der Ausbeutung seiner fast leib-eigenen Pächter reiche Gewinne zufließen. Sein Machtbezirk erstreckt sich über die Gebiete von Durazzo, Tirana, Skopje, Kavaja und Pezina und noch darüber hinaus. Wenn er jetzt die Fahne des Aufstandes gegen den Abret erhoben hat, so mag das ein Zeichen dafür sein, daß alle seine Klassen-genossen in der sicher unbegründeten Furcht vor sehr notwendigen, gegen das Feudalsystem gerichteten Agrarreformen leben und ihnen durch ein Radikalismittel, eben die Entthronung oder Ermordung des Fürsten, vorbeugen wollen. Darum ist auch mit der Verhaftung Essad Paschas herzlich wenig getan, denn selbstverständlich werden seine Gefolgsleute und die andern mittelalbanischen Feudalherren ihren Widerstand gegen den land-, rasse- und religionsfremden Abret erst recht fortsetzen. Ja mehr noch! Solange Essad Pascha zu dem Fürsten hielt, hatte Wilhelm von Albanien wenigstens einen Schein von Macht für sich. Nach dieser Revolte aber fehlt er da, aller Machtmittel entäußert, die im Lande selbst wurzeln, und wird mühsam durch die Landungstruppen der italienischen und österreichischen Kriegsschiffe gestützt und gehalten.

Wie lange dieser Schlingel des Dreibundes sich allerdings auch auf diese Art zu halten vermag, steht sehr dahin. Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Kunstschöpfung Albanien sehr bald aus dem Leim geben werde. Vielleicht ist Essad Paschas Revolte schon der Anfang vom Ende des Fürstentums, und Oesterreich und Italien haben sicher auch aus dem Grunde Truppen gelandet, um bei der möglichen Liquidierung des „autonomen“ Albanien mit ihren Ansprüchen gleich bei der Hand zu sein. Dann begäunne die für den Weltfrieden sehr bedenkliche Streiterei der beiden Dreibundsmächte um die Frage, wer den festesten Pappen schluden soll. Doch so oder so, die Kunstschöpfung der Londoner Diplomatenkonferenz bildet eine Quelle steter Unruhe auf dem Balkan, während ein autonomes Albanien im Rahmen eines starken Balkanbundes eine Bürgschaft des Friedens und der Ruhe geworden wäre. Aber es hat nicht sollen sein.

Die Auffassung in England.

London, 20. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Verhaftung Essad Paschas wird hier als wahrscheinlicher Anfang einer aggressiven Politik des Dreibundes im nahen Osten betrachtet. Die „Times“ weisen darauf hin, daß sich zurzeit in Budapest, wo der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen mit den Delegationen beschäftigt ist, außer

dem italienischen und deutschen Gesandten auch der albanische Premierminister Tuzhan Pascha befindet, und bemerkt dazu: „Ist dies auch ein Zufall oder deutet es darauf hin, daß der ganze Plan mit Wiffen aller drei Teilhaber im Dreibund ausgeheckt und ausgeführt worden ist? Wir wissen es nicht, aber wenn das der Fall ist, ist es nicht vielleicht wahrscheinlich, daß es mehr als ein isolierter Akt ist? Es mag ein Teil eines viel ausgedehnteren Planes zur gemeinschaftlichen Intervention in Albanien und anderen Teilen des nahen Ostens sein.“

Daß die Geheimdiplomatie im Südosten Europas wieder internationale Streitigkeiten vorbereitet, scheint auch aus der Haltung des Staates des englischen auswärtigen Ministeriums in der inneren Politik hervorzugehen. Dieser waren die „Times“ der lauteste Ruf im Kampfe um Ulster. Doch vor einigen Tagen gingen sie zur größten Verstärkung der Konservativen in der Ulsterfrage mächtig zu bremsen an.

Die Gefangennahme Essads.

Durazzo, 19. Mai. Die Auffassung über die in den letzten Tagen trotz verschiedener Abschwächungsversuche eine immer bedrohlichere Gestalt annahm und gestern mit dem Anmarsch der Rebellen gegen Durazzo einen gefährlichen Höhepunkt erreichte, bestimmte Essad Pascha, dessen doppeltes Spiel immer klarer zutage trat, Vorbereitungen zu treffen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet dazustehen. Aus diesem Grunde verstärkte er gestern Abend seine sonst nur aus wenigen Leuten bestehende Leibwache auf 80 Mann. Dieser Umstand sowie das gegen Essad vorliegende Beweismaterial, welches an seiner Mitschuld an den letzten Ereignissen keinen weiteren Zweifel mehr ließ, bewogen den Fürsten, einen energischen Entschluß zu fassen und Essad Pascha abzufassen. Mit der Uebermittlung dieser Vorkaufschafft, die nach langer Beratung heute früh um drei Uhr vom Fürsten bestätigt wurde, wurden sofort ein holländischer Offizier sowie ein anderer Abgesandter des Fürsten beauftragt. Essad wurde aufgefordert, seine verstärkte Wache zu entlassen und deren Waffen auszuliefern. Essad fügte sich anfänglich dem Befehle des Fürsten und gab seinen Leuten den Befehl, die Waffen zu strecken. Als jedoch die abgelegten Waffen weggeschafft werden sollten, befahl Essad plötzlich seinen Leuten, sich der Waffen wieder zu bemächtigen und sich zur Verteidigung vorzubereiten. Die Leute Essads folgten diesem Befehl, griffen sofort zu den Gewehren und begannen bald darauf, auf bewaffnete Leute des Fürsten, die auf den Straßen standen, zu schießen. Diese Leute, die eine Art Nationalgarde darstellten und bereits am Abend vorher bewaffnet worden waren und alle Straßenkreuzungen bewachten, erwiderten sofort das Feuer. Hierbei wurde ein Mann getötet und mehrere verwundet. Gleichzeitig wurde aus während der Nacht unauffällig aufgefahrene Geschütze das Feuer gegen das Haus Essad Paschas eröffnet, wodurch dieses erheblich beschädigt wurde. Daraufhin nahm Essad Pascha die ihm gestellten Bedingungen an, befahl seinen Leuten, die Waffen niederzuliegen, und ergab sich. Er wurde daraufhin von einer österreichisch-italienischen Marinepatrouille in den Palast geführt, wohin er sich in Generalsuniform, von seiner Frau begleitet, begab. Bei der Ankunft Essad Paschas im Palast erschollen aus der Menge Rufe: Nieder mit Essad! Später durchzogen die bewaffneten Nationalisten singend die Straßen. Unwählig trat Verhaftung ein.

Keine neuen Zwischenfälle.

Durazzo, 20. Mai. Der gestrige Nachmittags und Abend sind ohne Zwischenfall verlaufen. Die Nationalisten durchstreiften den ganzen Abend die Straßen der Stadt. Die von den holländischen Offizieren getroffenen militärischen Vorkehrungen werden unverändert aufrechterhalten. Es verlautet, daß die Leute Essad Paschas die nationalitisch gesinnten Veis Kafar und Mubad getötet und Melet Bey sowie Abdi Bey, sämtlich Mitglieder der Familie Toplani, schwer verwundet haben. Das Kabinett hat gestern Abend dem Fürsten mündlich die Demission angeboten.

Politische Uebersicht.

Der Wahlrechtskampf.

Die provozierende Erklärung des neuen preussischen Polizeiministers gegen die Wahlreform hat in der entrechteten Masse Furcht und Erbitterung über diese Behandlung der dringendsten und wichtigsten Aufgabe der Gegenwart hervorgerufen. In ganz Preußen werden in den nächsten Tagen Massenversammlungen stattfinden, in denen der Protest des Volkes zum Ausdruck kommen wird.

Einzelne bürgerliche Blätter geben einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ wieder, in denen als Antwort auf die Erklärung Voebells ein Waffensstreik empfohlen wird. Natürlich ist aus dem Artikel nicht etwa zu schließen, daß über die Anwendung des Waffensstreiks zurzeit irgend eine Entscheidung getroffen wäre. Es wird Sache der Massen selbst und ihrer Organisation sein, die jeweiligen Mittel, die die Fortführung des Wahlrechtskampfes erfordern wird, je nach der Situation zu bestimmen. Darin allerdings stimmen wir unserem Parteiblatt bei, daß der Augenblick für die Erneuerung der vorjährigen Diskussion über den Waffensstreik nicht gut gewählt wäre. Was jetzt not tut, ist, sich auf alle Eventualitäten des Wahlrechtskampfes vorzubereiten!

Von den Arbeiterklassen.

Im Herrenhaus erstrahlte gestern Mittwoch festlicher Glanz. In Rot und Gold und Blau und Weiß und Stiefeln, mit Ketten, Schnüren, Waffen und Säbelnackten erschienen da des Generalleutnant, General à la Suite des Kaisers, gezeichneten Militärbewahrsamten in Petersburg und Bielefeldbesitzers Graf Alfred zu Dohna-Altenhausen, um wieder einmal dem König Treue zu schwören — es geschah um dieselbe Zeit, als der freie Bürger Kampf bedauerte, daß der eine gleichberechtigte Faktor der Gesetzgeber den andern nicht einmütig hochleben ließ.

Die Sitzung des Herrenhauses war fast von Emotionen frei. Eine Debatte gab es fast nur bei der Vorwunder Eingemündung, die angenommen wurde, wobei jedoch der Oberjunker v. Busch seiner Gegnerschaft gegen die Vergrößerung der Gemeinden Ausdruck gab und die Regierung dagegen scharf zu machen suchte.

Die Kölner Stadterweiterung wurde angenommen und — meinet auf, Preußenpol — die Konservativen Petitionen um Wahlrechtsreform gegen die Arbeiter in den Gemeinden des Schleswig-Holsteins zur Verwirklichung überwiegen!

Montag: Bielefeldbesitzer.

Der Reichsverbändler als Titelschacherer.

Die Veröffentlichung des Briefes des Herrn Dr. Ludwig hat großes Aufsehen verursacht. Die bürgerliche Berliner

Presse äußerte sich in ihren Abendausgaben vom Mittwoch fast ausnahmslos in einer für den Reichsverbändler Dr. Ludwig sehr ungünstigen Weise. Das „Berliner Tageblatt“ betont, daß Dr. Ludwig seit 1907 die rechte Hand des Generals v. Liebert ist, und fährt fort:

„Er wird wohl nicht umhin können, sich über das „menschenliche Dilemma“ und die nebenamtliche Tätigkeit seines zweiten Hauptgeschäftsführers zu äußern. Um so mehr, als dies ja nicht das erste Mal ist, daß die Öffentlichkeit mit interessanten Enthüllungen über Angelegenheiten des Reichsverbandes überrascht wird.“

Derselben Ansicht ist der nationalliberale „Deutsche Kurier“, der den Brief als so kompromittierend bezeichnet, daß Dr. Ludwig mit dem Reichsverband in eine fatale Lage gerät, wenn er sein Vorgehen nicht irgendwie harmloser zu erklären vermag. Das scheint uns allerdings ziemlich ausgeschlossen, und deshalb wird der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eine harte Nuß zu knaden haben. Das alles trägt aber hoffentlich dazu bei, in dem Betrieb dieses Verbandes, der, wie wir schon öfter hervorgehoben haben, seit 1909 sehr viel zu wünschen übrig läßt, gründlich Ordnung zu schaffen, denn sonst ist es mit seiner Wirksamkeit endgültig vorbei.“

Die „Tägliche Rundschau“ bezieht sich, den Dr. Ludwig von ihren Hochschöhen zu schütteln, indem sie bemerkt:

„Wir haben weder mit Herrn Ludwig noch mit dem Reichsverband je das geringste zu tun gehabt und finden angesichts der Enthüllungen Herrn Liebnichts nur eines möglich: Nichtsichtloses Zugreifen und Durchgreifen, Ausmerzung mit glühendem Eisen, ob dabei noch einige Nebenbursen und Ludwigs an den Pranger kommen, muß ganz gleichgültig sein.“

Verschiedene reaktionäre Organe wollen die Echtheit des Briefes erst festgestellt wissen, so der „Reichsbote“, der den Genossen Liebnicht wegen der Veröffentlichung heftig angreift, denn es nur darauf ankomme, Deutschland vor dem Ausland zu diskreditieren. — Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für selbstverständlich, daß auch diese neue Anschuldigung auf das strengste untersucht werden muß, um die etwa vorhandenen Anläge (N) zu unläuterer Nachschaffen auf diesem Gebiete mit Stumpf und Stiel auszurotten.“

Na also, denn man „feste druff“!

Pazifismus und Mexiko-Abenteuer.

In den Tagen, da die Vertreter der arbeitenden Klassen hüben und drüben ihren entschlossensten Willen zum Frieden und zur Verdrängung der Völker über die Grenzen rufen, erleben die bürgerlichen Pazifisten an den ihren keine sonderliche Freude. In Frankreich ist der Senator Léon Bourgeois einer der eifrigsten Vorkämpfer der bürgerlichen Friedensidee, und dieser Friedensfreund hat sich in einem Programmbrief an den Wahlkandidaten seines Bezirkes in einer Weise für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen, wie es auch der wildeste Chauvinist nicht rabiater tun könnte. Tönt deshalb schon leises Weinen durch die Reihen der Pazifisten, so wirkt sie das Vorgehen ihrer Freunde Wilson und Bryan in Mexiko gar in Heulen und Zähneklappern. Wilsons erste Handlung als Präsident der Vereinigten Staaten bestand bekanntlich darin, daß er die Ehrenpräsidentenschaft der amerikanischen Friedensgesellschaft annahm und seines Staatssekretärs Bryan Programm lautete: Kein Krieg, solange ich im Amt bin! Und diese beiden Friedensschwärmer par excellence lassen, gedrängt und geschaltet von den amerikanischen Imperialisten, unter einem wichtigen, unter dem wichtigsten Vorwande gegen mexikanische Städte die Schiffgeschütze donnern, lassen Menschen niederschleusen und nicht an ihnen liegt es, wenn nicht ein großer Krieg mit all seinen Greueln sich aus diesem Abenteuer entwickelt.

Die „Friedenswarte“, das Organ der Pazifisten deutscher Junge, muß denn auch betriibt zugeben, daß dieser Vorgang „der pazifistischen Regierung der Vereinigten Staaten“ die bitterste Enttäuschung für sie bedeute. Aber — und dieses Aber wiegt besonders schwer! — das pazifistische Blatt kommt doch dazu, die Handlung der Wilson und Bryan zu beschönigen:

„Das die Vereinigten Staaten in Mexiko tun, ist ja eigentlich kein Krieg. Es ist eine regelrechte Polizeiaktion.“

Und in demselben Blatt versichert Frau Verta v. Suttner weiterhin in eigener Person, es werde sich herausstellen,

„daß es sich dem Präsidenten wirklich nicht um „Krieg“ handelte, sondern um ein solches Ordnungszwingen im Nachbarhaus, dessen wahnsinniges Gebahren nicht mehr zu ertragen war. Immer deutlicher stellt sich die Notwendigkeit heraus, den Streitkräften der Staaten den Charakter und das Wirkungsfeld internationaler Polizeigewalt zu geben.“

Ist es nicht rührend? Schiffgeschütze, die ihre Granaten auf wehrlose Städte ausspeten, Truppenlandungen, Kleingewehrfire, fliehendes Blut, gemordete Menschen, und das alles zum Heil der amerikanischen Petroleummagnaten; doch es handelt sich um keinen Krieg, sondern nur um ein „endliches Ordnungsstiften“. Aber darum handelt es sich — haben die Pazifisten es noch nicht begriffen? — in der Weltgeschichte ja immer! Die Engländer mußten in den Burenrepubliken, die Franzosen in Marokko, die Italiener in Tripolis, die Russen in Persien „Ordnung stiften“. Krieg, Gewalttat, Länderraub? Keine Spur! sagen die Pazifisten, nur eine Polizeiaktion! Und sie schreien: Es lebe die Polizeiaktion!

Haben wir nun Recht oder sind wir frivole Burschen, wenn wir die bürgerlichen Pazifisten stets als höchst unsichere Skantonisten bezeichnen?

Neue Zerrüttung der Kölner Polizei.

Der neue Kölner Polizeipräsident hat schon schwere Stunden auszustehen, weil sich während die jahrzehntelang eingetrossenen Mißstände nicht so leicht beseitigen lassen. Vor einigen Tagen wurde ein Schutzmann verhaftet, weil er sich im Dienst an einem Mädchen vergangen hat. Jetzt ist ein Kriminalschutzmännchen Knoll und Fall entlassen worden, weil er neben anderen Verbrechen des Meineschuldverdächts nun erwiesen ist, was seinerzeit in der Voruntersuchung im Deutzer Landfriedensbruch führte, schon seit längerer Zeit ein Disziplinungsverfahren schwebt, kann man sich einen Begriff davon machen, von welchem Werte das „Material“ war, das zur Verurteilung des Gewerkschaftsbeamten Fröhlich und anderer anführte.

Diger Arbeiter führte. Bemerkenswert ist, daß der jetzt enlarbte Kriminalrichter schon in einer anderen rheinischen Stadt vor Jahren den Dienst quittieren mußte, trotzdem aber bei der Kölner Kriminalpolizei eingestellt worden war. Der Mann hat allerdings beim ersten Verordnungsamt zu Fuß gedient, und zwar in der Kompagnie, in der der Kronprinz damals Hauptmann war.

Gegen runde ein halbes Duzend Kölner Polizeikommissare ist eine neue „Nachricht“ -Anzeige erlassen worden. Das kam so: Der neue Polizeipräsident, ein strammer Süddeutscher, will das Kölner Nachleben ausrotten. Er bringt deshalb sofort auf die Innehaltung der Polizeikunde. Das hat einem Kölner Barinhaber die Erlaubnis gelöst. Aus Rache hat der Mann, ein genauer Kenner der Beziehungen zwischen Kölner Nachleben und Kölner Polizei, die Anzeige gegen diejenigen Beamten erlassen, deren Verfehr in den Kölner Nachrichten er jahrelang beobachtet konnte. Vor dem Kölner Polizeiprozess hätte man dem Angeklagten eine Verteidigungslage aufgezeigt, jetzt aber wird man die Untersuchung wahrscheinlich hinter die verschlossenen Türen des Disziplinarverfahrens verwerten.

Gegen den Geburtenrückgang!

Im allgemeinen wird ja die Polizei mobil gemacht, aber im Besonderen kann man auch anders! Die Landesynode des Fürstentums Lippe hat am Dienstag einem Beschlusse über die Erhöhung der Pfarrergehälter zugestimmt. Die Gehaltsfrage der Pfarrer werden damit den preussischen nicht nur gleichgestellt, sie gehen darüber hinaus. Das Kirchenparlament hat sich veranlaßt, in Verbindung mit dieser Gehaltsvorlage eine Resolution anzunehmen, deren Tendenz offenbar dahin geht, das moderne Uebel der Geburtenbeschränkung den Pfarrhäusern möglichst fern zu halten. Sie lautet:

Die Landesynode spricht sich dahin aus, daß es angebracht ist, Pfarrern mit hinderrichten Familien Erziehungsbeiträgen zu gewähren, und erachtet das Konsistorium, dahin zu wirken, daß, sobald die Mittel der Kirchenkasse es gestatten, dieser Wunsch der Synode erfüllt werde.

Ja, es geht auch anders! Die Pfarrer bekommen Erziehungsbeiträge, und man scheint das als eine Selbstverständlichkeit anzusehen, obwohl die Geistlichkeit in materieller Beziehung ohnehin nicht zu klagen hat. Die Masse des Volkes aber hat nach der Aufhebung der regierenden Kreise auf derartige Beiträge keinen Anspruch, im Gegenteil, man macht ihr ohnedem die schlagende soziale Härte, wie sie jetzt ist, noch strenger.

Den besitzenden Klassen Erziehungsbeiträge — für die Masse des Volkes Polizeimahregeln. Das ist die offizielle Praxis im glorreichen neudeutschen Kampfe gegen das Uebel der Geburtenbeschränkung!

Wenn ein Unteroffizier Zivilpersonen mit dem Säbel bearbeitet.

Kürzlich wurde im „Vorwärts“ mitgeteilt, daß in Osterode (Schprengen) ein Unteroffizier vom Feldartillerieregiment Nr. 97 auf der Straße ohne Grund auf zwei Buben drückte mit dem Säbel einzuhaufen und sie verletzten. Der schlagfertige Stellvertreter Gottes fand sich vor dem Kriegsgericht, wo er nach berühmtem Muster — Notwehr geltend machte! Doch sieben Zeugen beteuerten, daß von Notwehr absolut keine Rede sein könnte. Der Angeklagte beantragte — zwei Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht erkannte auf 10 Tage Gefängnis!, wobei es noch als erschwerend hervorhob, daß der Angeklagte wegen eines ähnlichen Vergehens bereits einmal bestraft sei. Freilich, in jenem Falle ist er — begnadigt worden. Ob man ihm auch diesmal die außerordentlich milde Strafe erlassen wird? Wenn ein Unteroffizier gegen einen Unteroffizier die Hand erhebt, so liegt er auf Jahre ins Gefängnis. Wenn ein Unteroffizier Zivilpersonen mit dem Säbel blutig schlägt, so gibt man ihm, wenn man ihn nicht freisprechen kann, einige Tage Gefängnis! Das ist militärische Gerechtigkeit! — Da immerzeit der Fall von der sozialdemokratischen Presse erörtert worden war, so hatte das Kriegsministerium sehr eingehende Erklärungen über ihn eingezogen.

Der mexikanische Konflikt.

Die Lage der Hauptstadt. Mexiko, 20. Mai. Die Lage wird hier für sehr ernst angesehen. Man fürchtet, daß es in einigen Tagen zum Aufstand kommen wird. Die Telegraphenleitung nach San Luis Potosi ist durchschnitten. Man glaubt, daß die Konstitutionalisten Guadaluajara angreifen werden.

Oesterreich.

Die Affäre Svika. Prag, 20. Mai. In der Angelegenheit des früheren Abgeordneten Svika ist eine neue Wendung eingetreten. Der tschechische Abgeordnete Professor Masaryk schreibt in einem Artikel, er habe von kompetenter Stelle die Versicherung erhalten, daß Svika kein Polizeispion sei und niemals Geld von der Polizei erhalten habe. Der Präsident der Prager Polizeidirektion Krizawa soll das gleiche erklärt haben. Masaryk verlangt von der Regierung eine unambigue Antwort.

Frankreich.

Besprechende Ministerkrise? Paris, 19. Mai. In den Verhandlungen der Kammer wird erzählt, daß Ministerpräsident Doumergue in einer Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré mit einer gewissen Eindringlichkeit von der Möglichkeit des Rücktritts des Kabinetts gesprochen habe; Poincaré habe sich bemüht, ihn davon abzubringen und ihm vorgestellt, daß er doch wichtigstens abwarten müsse, welche Richtung die erste Debatte über die allgemeine Politik nehme. Schließlich seien beide übereingekommen, daß Doumergue seinen endgültigen Entschluß später bekanntgeben solle. Am Abend herrschte jedoch der Eindruck vor, daß der Ministerpräsident sich mehr und mehr mit dem Gedanken eines Rücktritts des Kabinetts vertraut mache.

Paris, 20. Mai. Doumergue soll sich bei seinem Rücktrittsplan auf das Beispiel Waldeck-Rousseaus berufen haben, der gleichfalls nach den Kammerwahlen zurücktrat, obwohl ihm diese eine Mehrheit gesichert hatten. Der Senator und ehemalige Ministerpräsident Combes erklärte einem Mitarbeiter des „Radical“, er glaube, daß die Mehrheit der Linken in der neuen Kammer über 350 bis 360 Deputierte verfügen werde. In erster Linie handele es sich um die Durchführung der Einkommensteuer mit Kontrolle der Einkommenserklärung. Ferner müsse die republikanische Partei gleich zu Beginn der Parlamentsberatung bekunden, daß sie den lebhaften Willen habe, zu der Formel „Das Volk in Waffen“ zurückzukehren. Selbstverständlich sei es nicht möglich, von heute auf morgen das Zweijahresgesetz wieder herzustellen, aber man müsse unambigue die Rückkehr zu diesem Gesetz versprechen. Um die republikanische Armee vorzubereiten, bedürfe man aufrichtig republikanischer Generale.

Eine deutsch-britische Friedenskundgebung

Am Mittwochabend in der „Neuen Welt“ statt. Sie war aus Anlaß des Besuchs von 100 Männern und Frauen des Bundes der englischen Sonntagsschulen für Erwachsene veranstaltet und hatte sehr zahlreichen Besuch zu verzeichnen. Den Vorsitz führte namens des Empfangsausschusses der frühere Kolonialstaatssekretär Derenburg. Bedeutende Reden wurden ja nicht gerade gehalten, aber da sie alle vom Wunsch nach Frieden und Freundschaft mit England und nach Verminderung jeglicher Kriegesgefahr getragen waren, soll hier nicht Kritik geübt werden. Verzeichnen wir es als einen Beweis erfreulicher Einsicht, wenn der ehemalige Wahlagitator Dufours gegen die Partei der Völkerverbrüderung jetzt den Arbeitern dies- und jenseits des Ärmelkanals rät, den Regierern zuzurufen:

„Wir mischen uns nicht in euer Metier, wir wissen, daß es sich wie jedes andere Geschäft nach bestimmten Regeln und unter bestimmten Voraussetzungen abspielen hat, aber wir, die wir den wertvollsten Teil des englischen Volkes wie des deutschen, wir, die wir über 90 Proz. der Bevölkerung und der Wähler ausmachen, wir verlangen von euch auch den Geist, in dem ihr euer Metier der Staatsoberhaupt treiben sollt, Vertrauen, guten Willen und freundliche Formen gegen die andere, die deutsche, oder die englische Nation. Wir haben uns gegenseitig kennen gelernt, wir wissen, was wir voneinander zu halten haben, und wir wollen die Segnungen, die Friede und Vertrauen für die Kultur der Welt bedeuten, gewahrt wissen durch ein selbstbewußtes, aber friedliches Verhältnis zwischen diesen beiden gewaltigen und mächtigsten Nationen Europas und wir warnen euch, ihr Staatsleute, daß ihr nicht die materiellen Interessen einzelner für das ideale Interesse des Ganzen nehmt und euch nicht einfangen laßt durch Gewalt, die da glauben, wenn es nur ihnen gut geht, sei das Heil des Ganzen gesichert.“

Ob dieser guten Worte soll nicht weiter mit dem obigen Hoch auf die Monarchen und den Halbunionsdelegierten an sie gerichtet werden, zumal Herr Dernburg den Toast auf die — Obersten Kriegsherren selbst zur konventionellen Höflichkeit milderte.

Etwas eigenartig war es nur, als Generalsuperintendent Laufen, fofugos der Regierungspresident der Sozialistische für Berlin, Volkswohlfahrt, Freiheit und Vorkursentwicklung feierte — allerdings all das in der Kirche. Die sonst doch für fromm geltenden Engländer schienen dafür gar nicht sehr begeistert zu sein. Und wenn dieser Redner den Anwesenden für das dankt, was sie dem deutschen Christentum geschenkt, so ist man versucht zu fragen, was er als Gegengeschenk bieten könnte. Zerbreche dich, Traubstich?? Viel tieferen Eindruck machten die Worte des Führers der Engländer, Kretschmar, der es nicht lassen kann, daß die Kultur von heute jemals noch durch Kriege bedroht werden sollte. Aber wenn er von der Gessittung allein ihre Verheilung erwartet, so dürfte das so wenig zuberlässig sein wie seine Meinung, daß die Gessittung die Gessittung zum Andersschuß vor Ausdeutung veranlaßt habe. Ach nein, die Ursache war ja das Zurückgehen der Militärauglichkeit. Und der Frieden wird sich besser auf die starken Patrouillen des organisierten Friedenswillens stützen!

In der milden Abgeschiedenheit des rückschauenden Beobachters verglich Reichstagsabgeordneter Dava das idealistische Freiheitsfehlen der Deutschen mit der tatkräftigen Reformarbeit der Briten, um daraus zu schließen, wie beide zueinander gehörten. Großen Beifall fand sein Redner der letzten Reichstagsdebatten über die auswärtige Politik; daß alle der Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses froh würden.

Ein hübsches Moment bliebe nicht unerwähnt: das donnernde Siphisburra der Engländer für den Frauendorf, der ihnen u. a. die „Letzte Rose“ auf englisch vorgesungen hatte. Auf das Old-England auch Old-Berlin recht erkenne, prominenten drängen blaue Doppelposten, die Kesselpistole um den Leib geschlakt. Volk ist doch schließlich Volk, auch wenn Ergänzungen dabei sind, und sicher ist sicher!

Aus der Partei.

Bestimmte Verfügung der sozialdemokratischen Einzeln. Nach einer Mitteilung des Königl. Amtsgerichts in Dresden am 15. Mai hat die kürzlich verstorbenen Genossin Dr. Wilim 15 000 M. dem Chefredakteur der „Volkswacht“ mit der Aufgabe zugewendet, daß Kapital und Zinsen zu Zwecken der sozialdemokratischen Partei Dresden verwendet werden. Das Testament ist gezeichnet: verwitwete Dr. Pauline Wilim, Herzogin von Sürtemberg.

Aus den Organisationen. Die sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen Ostpreukens hatten am 31. März 1914 10 488 Mitglieder gegen 9151 im Vorjahre; davon waren 2118 weibliche Mitglieder gegen 1822 im Vorjahre. Zugewonnen sind im Berichtsjahre 3052 männliche und 762 weibliche Mitglieder; abgegangen sind 2148 männliche und 899 weibliche Mitglieder. Am 1. April 1914 war ein Mehr von 1007 männlichen und 513 weiblichen Mitgliedern. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betragen 27 727,74 M. An die Zentralkasse wurden 5545,54 M. gezahlt; an die Bezirkskassen wurden 1386,28 M. abgeliefert und für den „Landboten“ wurden 2382,22 M. gezahlt. Es bestanden 12 sozialdemokratische Kreisvereine, die am 1. April 1914 einen Kasseeinstand von 6853,41 M. hatten. Der Erlös der Parteimarken und der Ertragsbeiträge betragen 8656,12 M. Vom Bezirksvorstand wurde ein Zuschuß von 3102,50 M. gezahlt. Für die Sterbekasse gingen 3586,50 M. ein. Insgesamt machten die Einnahmen 52 536,86 M. aus. Die Ausgaben betragen 42 893,45 M.

Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Augsburg-Berlingen weist trotz der gerade in der Industriezeit Augsburg außerordentlich schlechten Konjunktur eine erfreuliche Mitgliederzunahme auf. Die Mitgliederzahl stieg von 2918 am 1. April 1913 auf 2997 am 1. April 1914, das ist eine Zunahme von 684 Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 353. Die Jahresrechnung schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 18 141 M. Die Parteipresse hatte naturgemäß im abgelaufenen Jahre ebenfalls sehr unter dem schlechten Beschäftigungszustand zu leiden, doch ist es dem Eifer unserer Parteigenossen gelungen, die Abgänge durch Gewinnung neuer Abonnenten zu ersetzen, so daß auch die Entwicklung der Parteipresse eine befriedigende genannt werden kann. Im Rathaus ist im Magistrat unsere Partei durch einen Genossen vertreten, im Gemeindefolgeium stellt die sozialdemokratische Fraktion 9 Mann; zum erstenmal gelang es unserer Partei in diesem Jahre, einen Sitz im Landrat zu erhalten.

Sozialdemokratische Wählerliste in der Schwelm. Im Vornet Jura (St. Immer) ist am Sonntag im zweiten Wahlgang unser Genosse Rhyer, Arbeitersekretär in Viel, mit 543 gegen 5151 Stimmen, die auf seinen freisinnigen Gegenkandidaten Propp fielen, in den Nationalrat gewählt worden. Damit erhalten die zahlreichen Arbeiter dieser Wahlkreise endlich eine Vertretung im Nationalrat. Unserer

Fraktion wird damit auf 10 Mitglieder des insgesamt 180 Mitglieder zählenden Nationalrates verstärkt. Unser Genosse Rhyer erhielt den verdienstlichen freisinnigen Cobal, der Generalsekretär des Internationalen Arbeiterbundes in Bern war.

In der Stadt Genf ist unser Genosse Tapannier in den Stadtrat gewählt worden, in dem unsere Partei bisher nicht vertreten war.

Im 3. Kantonsratswahlkreis der Stadt Zürich wurde in der Erstwahl für den doppelt gewählt gewordenen Genossen Bild Genosse Demut, Metallarbeitersekretär, mit 1755 gegen 1697 Stimmen gewählt.

Austritt von Sektionen aus der italienischen Partei.

Rom, den 18. Mai. (Sta. Ber.) Der Beschluß des Parteitages von Ancona, der die Zerlegung von Wahlbündnissen bei den Gemeindevahlen ablehnt, hat bis jetzt die folgenden Sektionen bewegt, teils ihren Austritt zu erklären, teils dem Parteivorstand ihren Entschluß zu mitteilen, sich dem Kongressbeschlusse nicht zu fügen: Neapel, Torre Annunziata, Caserta, Napoli, Ligure sowie einige 20 Sektionen der Provinz Biacenza. Weiter haben sich in Folge der geforderten Aufschlüsselung der Freimaurer dem Parteitagsbeschlusse zu unterwerfen geweigert: die Partisektionen des Wahlkreises San Remo und die Sektionen Boltri, Bra, Crevari und Fabbriano des Wahlkreises Boltri. In all diesen Ortschaften wird der Parteivorstand demnächst zur Gründung einer neuen Partisektion schreiten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigte Richter. Wegen Beleidigung der Frankfurter Richter, die das auffecherregende Urteil gegen Rosa Luxemburg fällten, mußte sich der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, Genosse Kretschmar, vor dem Schöffengericht Jena verantworten. Die Beleidigung war gefunden worden in einem Artikel, der die „Liberale“: „Die Aufstellung Europas“ trug und einen Satz enthielt, in dem das Urteil gegen Rosa Luxemburg als „Schandurteil“ bezeichnet wurde. Das Schöffengericht und auch der Amtsanwalt erklärten in diesem Ausdeuß eine Beleidigung, die geeignet sei, das Ansehen der Frankfurter Richter in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Das Urteil lautete auf 20 M. Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte 30 M. beantragt. Der Strafantrag war gestellt worden von dem Präsidenten des Frankfurter Landgerichts, wohl auf einen zarten Wink einer Jenaer Persönlichkeit.

Das „ungewöhnliche Vergehn“ der eigenen Frau. Zu welchen Konsequenzen die polizeiliche Jagd nach Branzschelien führt, zeigte die am Dienstag erfolgte Beurteilung des Breslauer Genossen Burgund, der 20 M. Geldstrafe subskribiert erhielt, weil auf dem Wege seiner Frau die roten Kreuzschleifen der politischen Freunde und der eigenen Kinder befestigt waren. Er wurde als Verantwothlicher eines ungewöhnlichen Vergehens beurteilt. Seine tote Frau konnte man nicht mehr verfolgen.

Um die Ehre des Leutnants Forstner. Wegen Beleidigung des Oberkriegsgerichts in Straßburg stellte dieses und der Kommandeur des 15. Armeekorps, General Deimling, Strafantrag gegen unser Waldenburger Parteiblatt, die „Schleifische Vergewalt“. In einem Artikel über das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts gegen Forstner war eine Unterjochung über den Begriff der Putativnotwehr angeführt und kritisiert worden, daß durch den Spruch des Oberkriegsgerichts Forstner von der Verantwortung für seine Tat entbunden und ihm die Möglichkeit genommen worden sei, mit seiner ganzen Verion für seine Tat einzustehen. General Deimling fand darin eine Beleidigung des Offiziersstandes, die Mitglieder des Straßburger Militärgerichts schickten sich ebenfalls gekränkt und schließlich erklärte die Waldenburger Staatsanwaltschaft in dem Artikel auch noch den Vorwurf der bewussten Rechtsbeugung und den Verlaß, dem „Volke den Glauben an die Gerechtigkeit zu nehmen“. Für diese „schwerwiegenden Verbrechen“ beantragte die Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur Franz sieben Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Die Strafe wurde mit der vor einigen Tagen verhängten Strafe von einem Monat zusammengezogen und auf insgesamt drei Monate zwei Wochen festgelegt.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan. Budapest, 20. Mai. (W. Z. B.) Die ungarische Delegation hat das Heeres- und Marinebudget angenommen. Graf Andrássy betonte die Notwendigkeit der Schlagfertigkeit der Monarchie, da man sich in einem Zeitpunkt befinden, wo der Frieden am wenigsten gesichert erschiene. Da die Balkanstaaten gewiß genötigt sein würden, eine starke Flotte zu entwickeln, müßte Oesterreich-Ungarn über eine Flotte verfügen, die stärker sei als die Flotten aller dieser Länder zusammen.

Letzte Nachrichten.

Essad Pascha verbannt. Durazzo, 20. Mai. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Fürst Wilhelm hat nach einer langen Konferenz, an der der italienische Geschäftsträger und der österreichisch-ungarische Gesandte teilnahmen, beschlossen, daß Essad Pascha, nachdem er eine Erklärung, ohne Erlaubnis des Fürsten nicht nach Libanon zurückzukehren, untergezeichnet hat, an Bord des italienischen Dampfers „Vengasi“ nach Brindisi gebracht werde. Der Dampfer „Vengasi“ hat Durazzo um 3 Uhr nachmittags verlassen.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan. Budapest, 20. Mai. (W. Z. B.) Die ungarische Delegation hat das Heeres- und Marinebudget angenommen. Graf Andrássy betonte die Notwendigkeit der Schlagfertigkeit der Monarchie, da man sich in einem Zeitpunkt befinden, wo der Frieden am wenigsten gesichert erschiene. Da die Balkanstaaten gewiß genötigt sein würden, eine starke Flotte zu entwickeln, müßte Oesterreich-Ungarn über eine Flotte verfügen, die stärker sei als die Flotten aller dieser Länder zusammen.

Beginn der mexikanischen Friedensvermittelungen. Niagarafalls, 20. Mai. Die Unterhandlungen in der mexikanischen Frage haben heute nachmittag offiziell begonnen.

Guerta bietet seine Demission an. Mexiko, 20. Mai. Guerta hat eine Erklärung abgegeben, daß er die mexikanischen Friedensdelegierten ermächtigt habe, seine Demission anzubieten, falls dies zur Lösung der mexikanischen Frage nötig sei.

Chemalige Schutzleute als Einbrecher. Zurich, 20. Mai. Die Strafkammer verhandelte heute gegen den früheren Schutzmann Jenide aus Wilhelmschöden, der bereits wegen Einbruchdiebstahl zu 3½ Jahren Zuchthaus und wegen Verstoß militärischer Geheimnisse zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und wegen eines gemeinsamen mit ihm ehemaligen Schutzmann Glauß bei der Firma Tengelmann in Wilhelmschöden ausgeführten Einbruchs unter Anklage stand. Jenide erklärte, bei der Tat unter Einfluß des Glauß gestanden zu haben; er sei aus unzurechnungsfähig. Wegen Weiteskrankheit sei er von der Marine entlassen worden. Er hat um Freisprechung oder erneute Beobachtung seines Geisteszustandes. Die Strafkammer hielt ihn nicht für geistesgesund. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Die Strafe wurde mit den obengenannten Strafen auf 9 Jahre 3 Monate Zuchthaus zusammengezogen. Die üblichen Nebenstrafen bleiben bestehen.

Schwerer Unfall auf einem französischen Kriegsschiff. Brest, 20. Mai. Durch einen Unglücksfall in dem hinteren Aesstraume des Torpedobootzerstörers „Renoubin“ sind fünf Mann schwer verbrannt worden; vier davon sind ihrem Verletzungen erlegen.



A. WERTHEIM



Leipziger Str. Königstr.

Versand-Abteilung
Leipziger Str. 132-137

Rosenthaler Str. Moritzplatz

Extra-Preise für Freitag und Sonnabend!

Soweit Vorrat!

Soweit Vorrat!

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Frisches Fleisch

Ochsenfleisch
Roastbeefm.Knochen Pfd. 1 M.
Roastbeefo.Knochen, Pfd. 1.40
Schmorfleisch m.Knoch., Pfd. 85 Pf.
Schmorfleisch o.Knoch., Pfd. 1 M.
Brust und Kamm 70 Pf.
Querripp., Pfd. 65 Gehckt. 60 Pf.

Kalbfleisch
Kamm und Brust . . Pfd. 80 Pf.
Spitze, 3-4 Pfund . . Pfd. 95 Pf.

Schweinefleisch
Schinken, im Ganzen Pfd. 70 Pf.
Schinken, geteilt . . Pfd. 75 Pf.
Kamm Pfd. 75 Pf.
Lieser Pfd. 60 Pf. Rückenst. 50 Pf.
Eisbein (Dickbein) . Pfd. 50 Pf.
Kassler, im Ganzen . Pfd. 80 Pf.
Eckst. 2-3 Pfd., Pfd. 75 Mittelst. 90 Pf.
Pökelrinderbrust . . Pfd. 80 Pf.

Reh- u. Wildschwein zu billigen Preisen.
Rinderfilet 5-14 Pfd. 1.40

Wurstwaren

Zerelatwurst Pfund 1.15
Salamiwurst . Pfund 1.15
Schinkenwurst Pfund 1.25
Rollschinken 6-8 Pfund 1.45
Schinkenspeck in Stücken v. 1 1/2-4 Pfd., Pfund 1.10
Mag. Speck Pfd. 85 Pf. 3.20
Fett. Speck Pfd. 70 Pf. 2.60
Fleischsalat . . Dose 55 Pf.
Delikateszölze Dose 55 Pf.
Schweinskopf Dose 65 Pf.

Aus eigener Wurstfabrik:
Bauernmettwurst Pfd. 1.10
Teewurst Pfund 1.20
Jagdwurst . . . Pfund 1 M.
Pastetenleberw. Pfund 1.05
Landleberwurst Pfd. 85 Pf.
Rotwurst . Pfund 45, 65 Pf.

Butter und Käse

Koch- u. Backbutter 1.00, 1.10
Tisch-Butter Pfd. 1.18 1/2-Pfd. 59 Pf.
Taf.-Butter Pfd. 1.25 1/2-Pfd. 63 Pf.
Schmalz Pfund 62 Pf.
Echter Emmentaler Pfd. 1.10
Schweizerkäse . . Pfund 80 Pf.
Tilsiter Käse . . . Pfund 68 Pf.
Holländer Käse . Pfund 85 Pf.
Limburger Käse . Pfund 35 Pf.
Romatour Stück 20 Pf.
Harzer Käse Kiste, 100 Stck. 1.05
Mecklb. Land. Käse 2 St. 25 Pf.
Brie-Käse vollfett . Pfund 75 Pf.
Camembert . . . 2 Stück 35 Pf.
Speisequark . . . Stück 10 Pf.
Steinbuscher Käse Pfd. 75 Pf.

Fische

Kabeljau 1 ganz. Fischen, ohne Kopf, Pfd. 13 Pf.
Seelachs 1 ganz. Fischen, ohne Kopf, Pfd. 12 Pf.
Schellfisch 1 ganz. Fischen, ohne Kopf, Pfd. 18 Pf.
Seehecht Pfd. 25 Pf.
Rotzungen Pfund 12, 22 Pf.
Bratschollen . Pfund 14 Pf.
Steinbutt Pfund 65 Pf.
Lachs 1 ganz. Fischen, Pfd. 48 Pf.
Leb. Aale Pfund 85 Pf. bis 1.50
Lebende Hechte Pfund 1.00
Leb. Forellen nur Leipz. Str., Pfund 1.90
Leb. Krebse Mat. 40 Pf bis 4.00
Solo-Krebse Stck. 50 u. 60 Pf.

Grüne Reringe 25 Pf.
Mandel

Obst u. Gemüse

Kirschen . . . Pfund 20 Pf.
Erdbeeren . Pfund 65 Pf.
Spinat 3 Pfund 10 Pf.
Spargel Pfund 10 bis 60 Pf.
Junger Kohlrabi Mat. 35 Pf.
Jge. Mohrrüben grosse Bunde 25 Pf.
Gurken Stück 10, 15, 20 Pf.
Stachelbeer. 2 Pfund 35 Pf.
Salat 3 Köpfe 10 Pf.
Rettiche 6 Bund 10 Pf.
Rhabarber 6 Stangen 10 Pf.
Neue Kartoffeln 5 Pf. 38 Pf.
Ananas . . . Pfund 60, 70 Pf.
Apfelsin. Dtz. 25, 35, 45, 60 Pf.
Zitronen Dutzend 25, 35 Pf.

Am Sonntag vor Pfingsten bleiben unsere Geschäftshäuser geschlossen

Puck

Die Qualitäts-
3 Pf
Cigarette



KROSTOWSKI

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 vis-à-vis der Karlstr.

Achtung!!
Neu! Neu!
Sumatra-Sandblatt
vierte Länge Sollblatt
pro Pfd. M. 1.40.
Gelegenheitskauf!
Hamburger Robtabak-Haus
Filiale: Berlin N,
Brunnenstraße 25.

Garderobe

— auf Teilzahlung —

Anzüge	Paletots
1 Anzug 18 Mark, Anzahlung 3 Mark	1 Paletot 30 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Anzug 25 Mark, Anzahlung 4 Mark	1 Paletot 35 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Anzug 30 Mark, Anzahlung 5 Mark	1 Paletot 45 Mark, Anzahlung 8 Mark
1 Anzug 45 Mark, Anzahlung 9 Mark	1 Paletot 50 Mark, Anzahlung 11 Mark

Cutaway mit gestreifter Hose, Gehrock-Anzüge etc.
kolossale Auswahl an Lager. Wochenrate nur 1 Mark.

Gratis! Jeder Herr erhält beim Einkauf einen eleganten Hut sofort **gratis!**

Damen-Garderobe

1 Mantel 15 Mark, Anzahlung 2 Mark	1 Kostüm 28 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Mantel 25 Mark, Anzahlung 4 Mark	1 Kostüm 40 Mark, Anzahlung 7 Mark
1 Mantel 35 Mark, Anzahlung 8 Mark	1 Kostüm 60 Mark, Anzahlung 10 Mark

Sportjacken in großer Auswahl. Blusen und Röcke, Anzahlung 3 Mark
Letzte Saison-Neuheiten. Wochenrate 1 Mark.

Gratis! Jede Dame erhält beim Einkauf eine **gratis!**
moderne Handtasche

Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen.
Ausbezahlte Kunden und Beamte

Ohne jede Anzahlung!

M. Beiser, Lothringer Straße 67
am Untergrundbahnhof Schönhauser Tor.

Heute von 8-10 Uhr geöffnet.

Kaulsdorf 35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel

direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: Norden 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Billige Parzellen!

direkt am Bahnhof, meistlicher Standort, zum Bau von Eigenheimen besonders geeignet. Kleine Anzahlung. Geringe jährliche Teilzahlung. Guter Boden. Bauparzellen v. 2000 R. inkl. Straßenpflaster. Prospekt. Pläne zu folgen. Schreiben Sie sofort, da nie wiederkehrende Gelegenheit.
M. F. Buchholz, Berlin NO,
Ruhlebstr. 19. [39132]

Ein Licht geht jedem auf der merkt, dass

Wübertabletten

nerfvollen Schutz vor Husten, Heiserkeit, Katarrh bilden. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M.1

Gewerkschaftliches.

Der Berliner Magistrat als Arbeitgeber.

Es ist kein Ruhm für die Stadtverwaltung Berlin, wie die Bureauangestellten, in den Revierinspektionen der städtischen Gaswerke befolgt werden. Neben werden Gehälter gezahlt, die im Anfang pro Monat 112 M. betragen und die in 12 Arbeitsjahren auf 140 M. steigen. Auf Grund einer Statistik ist ermittelt worden, daß der Durchschnittsgehalt 120 M. beträgt; dabei sind die Angestellten zum Teil verheiratet und Familienväter. Von diesen Gehältern gehen durchschnittlich 10 Proz. für Steuern und Versicherungsbeiträge ab; es bleibt also ein Betrag über, der nicht ausreicht, um das nackte Leben zu fristen. Nach dem Calwerischen Indexerfordern der Lebensunterhalt für eine Berliner Familie mit zwei Kindern bei einfacher Verpflegung 25 M. pro Woche oder monatlich 105-110 M. Wie sich die Stadtverwaltung Berlin verhält, daß von ihren 120-M.-Gehältern ein Familienvater nun noch Mietz und Kleidung bestreiten soll, bleibt ihr Geheimnis. Trotz Petitionen und Eingaben, trotz des im vorigen Jahr von dem Herrn Oberbürgermeister gegebenen Versprechens, bei der nächsten Gehaltsregelung die Angestellten der Gaswerke zu berücksichtigen, ist bis heute nichts geschehen, um die Not zu beseitigen. Selbst ein Beschluß der Gaswerksdeputation, eine Erhöhung der Gehälter von durchschnittlich 8 M. monatlich einzutreten zu lassen, scheint dem Berliner Magistrat herzlich wenig zu imponieren.

Wann soll die nächste Gehaltsregelung vor sich gehen, von der der Herr Oberbürgermeister in seinem Antwortschreiben vom 26. Juni vorigen Jahres spricht? Die Angestellten sind nicht mehr in der Lage, noch länger am Hungertuche zu nagen. Solche Zustände sind keine Vorbereitungen für die Berliner Stadtverwaltung; sie sollte auch den Angestellten nicht zumuten, von solchen Gehältern noch die Angestelltenversicherungsbeiträge zu bezahlen. Es ist die höchste Zeit, gegen diese ungesunden Gehaltsverhältnisse die Berliner Öffentlichkeit aufzurufen. Sie wird sich dem Notstande ihrer im öffentlichen Interesse tätigen Angestellten nicht verschließen und die Forderung einer zeitgemäßen Gehaltsaufbesserung als berechtigt ansehen müssen.

Dann wird auch die Direktion der städtischen Gaswerke nicht nötig haben, folgende Verfügung herauszugeben:

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß kaufmännische Angestellte unserer Revierinspektion die Bezahlung ihrer privaten Gasrechnungen verzögern. So sind z. B. beim letzten Abschluß der Werkseingangsabteilung betragsrichtige Rechnungen, welche der Revierinspektion zur Eingehung übergeben worden, ohne weiteres zurückgegeben worden, so daß die Rechnungen nach 14 Tagen nochmals zur Eingehung überfandt werden mußten.

Ein solches Verfahren ist nicht zu billigen. Es wird deshalb angeordnet, daß in jedem Fall, in welchem kaufmännische Angestellte ihre Gasrechnungen nicht pünktlich begleichen, eine Anzeige sowohl an den Spezialisten als Gasverbraucher, als auch an die Personalakten (!) des betreffenden Angestellten zu machen ist.

Angestellte der Stadtverwaltung, organisiert Euch! Trebet den Verband der Bureauangestellten, Dirschstr. 4. bei. Dann ist auch die Möglichkeit gegeben, die in Betracht kommenden Behörden zu annehmbaren Gehaltszulagen zu bringen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schleifer bei der Firma Lindström.

Der Streik bei der Firma Lindström, Große Frankfurter Str. 137, ist insofern in ein neues Stadium getreten, als der Arbeitswilligen-

vermittler Koch aus Niederschönhausen der Firma mit einem Duzend der für Staat und Gesellschaft so nützlichen Handwerker zu Hilfe gekommen ist. Mit Auslaufen dieser „Herren“ scheint auch die Polizei ihre bisher den Streikenden gegenüber geübte Ruhe verloren zu haben. Auf bloßes Winken des Herrn Koch wurde sofort einer der Streikposten festgesetzt.

Es gewinnt den Anschein, als ob diesen Arbeitswilligenbermittlern seitens der Polizeibehörde nicht nur der Revolver, sondern auch vorgesehene Qualität gegenüber den unteren Polizeiorganen verliehen ist. Anders läßt sich die Bereitwilligkeit der Schuppleute nicht erklären.

Herr Koch annouciert in bürgerlichen Blättern nach unmorganierten Schleifern. Einem Arbeitslosen, welcher sich auf diese Annonce meldete, erklärte Koch folgendes:

Die Firma Lindström zahlt denjenigen, welche sich als Schleifer durch ihn (Koch) anwerben lassen, 30 M. Wochenlohn. Sobald sie sich einigermaßen eingearbeitet haben, können sie in Afford arbeiten und einen Verdienst bis zu 55 M. pro Woche haben. Diesen Verdienst hätten auch die jetzt Streikenden erreicht; es sei ihnen aber nicht genug gewesen.

So Herr Koch. Wie steht es nun in Wirklichkeit mit den bei Lindström ergelzten Löhnen für Schleifer?

In einer persönlichen Unterredung eines Organisationsvertreters mit dem Betriebsleiter Herrn Klügge erklärte dieser: „Ich weiß, daß die Preise zu niedrig sind, denn ich bin selbst Fachmann; aber wir können nicht mehr zahlen.“ Auch Herr Dr. Grünbaum, welcher der Inhaber des Betriebes sein soll, erklärte: „Ich bekomme die Arbeit sehr gering bezahlt; aber einen Verdienst von 75 Pf. pro Stunde kann ich nicht versprechen.“

Table with 2 columns: 'Was haben nun die Schleifer bei ihrer Arbeit verdient?' and 'Es wurde verdient in 9 1/2 Stunden 3,00 Mark'. It lists various hourly rates from 13 1/2 to 58 1/4.

Von diesen Verdiensten gehen aber noch die Beiträge für die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung ab. Hätte man den Streikenden einen Verdienst von 80 M. pro Woche, wie jetzt den Arbeitswilligen zugestanden, die Firma wäre nicht in die Lage gekommen, Herrn Koch jetzt noch obendrein die Vermittlergebühren zahlen zu müssen.

Die oben angegebenen Verdienste sind von Älteren erfahrenen Schleifern erzielt worden, welche in anderen Betrieben derselben Branche Stundenverdienste bis zu 90 Pf. erreicht haben.

Wir möchten hier an die Firma Lindström die Frage richten: Wer ist denn der eigentliche Inhaber des Betriebes?

Herr Lindström selbst erklärte dem Organisationsvertreter: „Ich habe mit dem Betriebe nichts zu tun.“

Herr Dr. Grünbaum erklärte: „Ich bin an der Firma Lindström beteiligt und bekomme die Arbeit in der Schleiferei sehr niedrig bezahlt.“

Bei der Einstellung ist den Schleifern die Arbeitsordnung der Firma Lindström ausgeschrieben. Ebenso tragen die Lohnbeuteln den Namen Karl Lindström, Aktiengesellschaft. Wir können der Firma die neuen Arbeitskräfte. An deren Leistungen wird die Firma den Unterschied zwischen Ihren alten und den jetzigen Schleifern feststellen können.

Der Betrieb ist nach wie vor für Schleifer streng gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Musiker! Die Differenzen im Lokal von Ballhausmieder (Kastanienwäldchen, Wdstr. 15/16), sind durch eine Aussprache beider Parteien beseitigt. Zentralverband der Zivildienstausfühler.

Zum Streit in den beiden Großbäckereien.

Bisher ist keine Änderung im Kampfe eingetreten. Obgleich auch das konsumierende Publikum ungewiss ist für die Streikenden Partei genommen hat, glauben die Herrn Goldacker und Weidner, gestützt auf die Versicherungen des Innungsverbandes und des Arbeitgeberverbands, ungestrast den wöchentlich 26 stündigen Arbeitstag, wie auch den Lohn in vorrätiger Weise drücken, die Arbeitszeit verlängern und Lehrlingszählerei betreiben zu können. Ob die Wäderrimmung mit ihrem gansen Arbeitgeberverband den beiden Großbäckereien den erlittenen Schaden wird ersetzen können, ist freilich noch sehr unbestimmt.

Besonders glaubt aber Weidner sich in einer günstigen Position zu befinden. Er führt die Firma: Hanke u. Co. Run beisehen aber drei Firmen mit dem Namen Hanke, und zwar: Paul Hanke, Fritz Hanke und Oskar Hanke. Mit diesen drei Firmen beisehen keinerlei Differenzen, dort sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt und werden die Tarife von allen drei Firmen zurzeit hochgehalten. Lediglich Herr Weidner, der Inhaber der Firma Hanke u. Co., ist geipert, weil er seinen Leuten den wöchentlichen Arbeitstag entziehen will. Nun glaubt Herr Weidner, daß man nicht gegen ihn vorgehen würde, weil zu befürchten ist, daß die Bäckereien von Oskar, Paul und Fritz Hanke dann mit seinen Bäckereien leicht verteidigt werden könnten.

Rufen dürfte Herrn Weidner diese Hoffnung allerdings nicht allzuviel.

Die Tarifbewegung der Ballschuhmacher.

Die Ballschuhmacher hatten sich gestern abend wiederum in sehr großer Zahl bei Voetor eingefunden, um zu hören, welche Ergebnisse die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern gezeigt haben. Gannon konnte berichten, daß die Fabrikanten, sich beeinträchtigt durch die entschlossene Haltung der Arbeiter, eine Reihe weiterer nicht unwesentlicher Erhöhungen der Tariffätze zu gefunden haben. Der Tarif wird ein allgemeiner für Berlin sein und soll, wenn er von den Arbeitnehmern akzeptiert wird, bereits am Montag, den 25. d. M., in Kraft treten. Die Lohnkommission empfiehlt denn auch die Annahme des Tarifs. Dem stimmte die Versammlung trotz mancher Bedenken mit großer Mehrheit zu.

Achtung, organisierte Arbeiterchaft von Neukölln!

Der unterzeichnete Zentralverband der Fleischer teilt hierdurch mit, daß derselbe mit dem am Himmelfahrtstage stattfindenden Frühlingsest im Parkschloß-Restaurant Treptow, am Treptower Park, nichts zu tun hat. Das Fest ist von der meisterreichen Bruderschaft (dem gelben Verband) arrangiert.

Die organisierten Arbeiter mögen hiervon Kenntnis nehmen. Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Betriebe sind für Organisierung gesperrt: „Hauptrestaurant Vierhaus 3“ (Zuh. Kammila), „Stiehhierhalle am Paradiesgarten“ (Zuh. Gangberg) in Treptow, „Lokal Wöh“, Berlin, Friedrichstr. 207. Die Inhaber dieser Lokale lehnen jede Vereinbarung ab und beschäftigen stattdessen gelber Betrieme. Gleichseitig teilen wir mit, daß das „Kleine Vierhäuschen“ (Zuh. Führer) nicht mit dem „Hauptrestaurant Vierhaus 3“ (Zuh. Kammila), identisch ist.

Die Differenzen im „Restaurant zum Jellertshaus“, Neue Schönhäuser Straße 43, sind durch die Organisation geregelt und die Sperrre ist hiermit aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin I.

Aus dem Fleischergewerbe. Wie uns mitgeteilt wurde, ist in Rummelsburg das Gerücht verbreitet, als hätte die Firma Koch den Tarif anerkannt. Dies trifft nicht zu. Die Firmen Koch, Pozarski, Fensle, Sonntagstraße 1, und Keimann, Vohagenauer Chaussee 19, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages, wie schon mitgeteilt, für organisierte Fleischer gesperrt. Die Tarifkommission.

Kleines Feuilleton.

Ein Heidenblättchen. Zu dem vielen, was höchst überflüssig ist in diesem trüben Strom der Zeit, gehört auch die „Deutsche Soldaten-Zeitung“. Sie ist für die „Deutschlands Söhne in Waffen“ bestimmt, ist aber kein Säugpulver wert. Sie will in dem Soldaten noch mehr Liebe zum Herrscherhaus und zum Kriegshandwerk wecken, verbreitet aber nur Angst und Grauen. Die vorletzte Nummer hat sich eingehend mit „unserem“ Kronprinzen beschäftigt. Er hatte seinen Geburtstag gefeiert. Das war, behauptet die „Soldaten-Zeitung“, so recht ein Fest für Deutschlands Jugend, und noch dazu in der schönen Matroszeit.

Kronprinz Wilhelm ist längst der erklärte Liebling der Jugend Deutschlands, der männlichen wie der weiblichen. Das macht, weil er der Träger unserer auf die Erziehung der Jugend gerichteten Ziele ist. Alles was darauf hingilt, sei es in der Betätigung auf dem grünen Rasen, oder in Wald und Feld, findet bei ihm volle Würdigung. Die Jügel, die Büsche, der Bergitod sind seiner Hand gewohnter und gefügiger als die Feder. Schreibt er in der Einzelgung zu seinem Jagdtagebuch. Und obwohl er auch eine recht gewandte Feder führt, ist uns doch an unsemem Kaiserthron gerade das so lieb, daß er ein so warmes Herz für die Natur hat.

Aber es kommt noch besser: Nun sei nur noch darauf verwiesen, wie es dem edel deutschen Manne, als welcher sich der Kronprinz jederzeit in Wort, Schrift und Tat erweist, in seinem verflochtenen Lebensjahre nicht erspart geblieben ist — verkannt zu werden, ist zu wenig gesagt, nein er ist vertehrt worden, in böswilliger Absicht und obendrein wollte man ihm das Recht seiner freien Meinungsäußerung streitig machen, das in Deutschland jeder Staatsbürger genießt. Selbst die mannhaften Abschiedsworte, die er als Regimentskommandeur an seine geliebten Husaren richtete, wollte man ihm als Kriegsschreie verübeln. Ja zum Donnerwetter, wozu sind denn die Soldaten da, wenn nicht zum Kriege! Sollen wir die Söhne Deutschlands zu alten Weibern erziehen, die mit der Lanze und dem Gewehr in Arm Strümpfe striden, wie in der „Jugendzeit“ guten alten Zeit? Die Zeit war nicht gut, sie hat uns Wunden geschlagen, von denen wir bis heute kaum geheilt sind. Rein, man soll unsern Kronprinzen nicht antauchen, das dulden seine Husaren nicht und wir alle nicht, die wir das Ehrenkleid in Waffen tragen!

Himmelsberggottsalbament. Zum Krieg, besser gesagt für den Krieg sind die Soldaten da. Verstanden. Sollen sie vielleicht mit dem Wenebr und der Lanze in Arm Strümpfe striden? Ordentlich in die Walle muß man sich reden, Jüwitspenpad, gemeines. Hurra der deutsche Kronprinz, hurra! hurra!

Das bessere „Vaterland“. Die erste Audreise des „jüngsten Riesenlandes“ der Hamburg-Amerika-Linie hat ein Dutzend von nationalen Phrasen aufgewühlt. Es weitesterte mit dem Triumph der deutschen Technik und ergoß sich durch die Spalten der bürgerlichen Presse sturmflutartig über das aufstrebende Land. Es gab keine Rettung. Hier ist ein Befehl gebrochen worden, gegen den die Schwellen über den Ozeanriesen nicht aufzumitt! Seine letzten Plänen wieder noch überdauern, diese schleimige Samariterin. Und noch kommt sie vorläufig nicht zur Ruhe. Der Korrespondent des „New York Herald“ telegraphiert von Bord des „Vaterland“, daß die erste Reise des

Dampfers unter sehr günstigen Bedingungen vor sich geht. Das Riesenstiff geht wunderbar leicht vorwärts, die Schlingerungen des Dampfes seien so gering, daß nicht einmal der Champagner Schaum in den Sektflaschen des an Bord befindlichen Big-Restaurants in Bewegung versetzt werde. Die großen, freien Plätze, die sich überall auf dem Schiffe befinden, liegen es einem großen Hotel ähnlich erscheinen.

Wer schämt da nicht über vor Stolz und Freude? Wer ist da nicht bewegt? Was will es sagen, daß der Regierungslasten im Schlamm der Reaktion versinkt, wenn nur die deutsche Handelsflotte Schiffe baut, die voran sind in der Welt.

Gunde. Ich soll in aller Früh einen durchreisenden Freund im Grandhotel aufsuchen. Das ist das erste Hotel am Platz.

Der Portier hat einen Jupiterkopf. Ich bin Luft für ihn, denn ich komme weder im Hotelwagen noch im Auto. Er scheidet die Menschen in zwei Klassen Gäste und Vorkantanten. Mich rangiert er in die Vorkantantenklasse.

Es ist sehr still im Hotel. Im diese Zeit schläft noch, wer ein Gentleman oder eine Lady ist, nach den Begriffen des Jupiterkopfes. Diskrete „Ober“ mit erklauften Diplomatengebüchern duschen über die weichen Gangteppiche. Das Zimmermädchen hat die Allüren einer Herzogin.

Im Gang sieht eine Jofe auf einem Stuhl vor Zimmer Nr. 134. Sie schaut müde aus. Auf dem Schoß hat sie etwas Rundliches, Rotes. Es ist in Kaffeln und Spitzen eingehüllt und schwarz. Ein Hund also, ein Schoßhundlein.

In einem anderen Gang sitzen zwei solcher Wesen auf Stühlen vor den Hotelzimmern. Auch sie haben jedes ein Hundlein auf dem Schoß.

Eine neue Mode? Ich bin begierig und getraue mich, das müde Pöpsel zu fragen. Sie hat keinen Jupiterkopf und steht freundlich Hebe und Antwort.

Sie läßt schon seit sieben Ihr da. Ihre Herrin könnte ja jeden Augenblick erwachen. Dann läute sie. Und wenn dann die Jofe das Hundlein „Wagon“ nicht gleich zu ihr aufs Bett bringe, so gebe es ein Donnerwetter. Ja, müde sei sie schon. Wäre die Gnädige doch gestern erst nach zwölf vom Theater gekommen. Nein, nein, ein Extraplein ihrer Herrin sei das nicht. Das machten viele ja. Hier im Hotel seien drei, die jeden Morgen von sieben Ihr ab...

Es läutet nochmal heftisch und scharf aus dem Zimmer Nr. 134. Daßig springt die Jofe auf, hält den Hund wie ein zartes Menschenkindchen und verschwindet im Zimmer.

Als ich aus dem Hotel trete, sehe ich einen Gemüßelarren auf der Straße. Eine Frau aus dem Volke zieht ihn. Ein fetter, treuer Hund hilft ihr dabei.

Die farbenblinde Insektenwelt. Einer der berühmtesten, auch dem Laien geläufigen Grundsätze des Darwinismus besagt, daß die bunten und auffallenden Farben vieler Blumen den Insekten hätten, die Insekten zum Besuch anzulocken, wobei beide Teile auf ihre Rechnung kamen: die Blumen usw. beladen sich mit Blütennektar, während die Wirtspflanzen eine zweckdienliche Fremdbestäubung erfuhren. Schon der alte Botaniker Sprengel, in dieser Hinsicht nicht mit Unrecht ein „mächtlicher Vorläufer Darwins“ genannt, glaubte 1793 dies „Geheimnis der Natur“ entdeckt zu haben; die Sache klang auch so klar und natürlich, daß die späteren Forscher sich fast ausnahmslos zu der einer gewissen Pochte nicht

entbehrenden Lehre bekanteten, und es niemand einfiel, die naheliegende Frage aufzuwerfen, ob denn überhaupt die Insekten in der Lage sind, den Reiz der Farbenpracht zu empfinden? In den „Naturwissenschaften“ wies Prof. Dr. Pütter auf die epochemachenden Feststellungen von C. v. Doh hin, dessen zahllose experimentelle Untersuchungen den überlieferten Kodmoßs gebrocht haben, daß die Insekten sich den Farben des Spektrums gegenüber gerade so verhalten, wie ein total farbenblinder Mensch, der, wissenschaftlich gesprochen, keine getindten Farben, sondern nur Helligkeitsunterschiede im Spektrum erkennt. Man muß sich klar werden, daß diese Entdeckung, die das ganze Riesenreich der Insekten als farbenblind entlarzt, die ganze Lehre von der Blütenbiologie und speziell den Wechselbeziehungen zwischen Insektenwelt und Pflanzen veralten läßt und revolutioniert, um zu verstehen, ein wie lebhafter Widerspruch sich in den Reihen der Naturwissenschaftler erhob, zu deren berechtigtem Vorkühler sich N. v. Frisch machte. Er wollte feststellen haben, daß die Bienen zwar Rot mit Grün und Schwarz, Gelb mit Orange und Gelbgrün, Blaugrün mit Grün und Schwarz, Blau mit Violett und Purpur verwechseln können, trotzdem aber einen gut ausgeprägten Farbensinn besitzen und sich vor ihm beim Feinab der Blüten leisten lassen. Doch Frisch konnte nicht nachweisen, daß hier Beobachtungsfehler unterlaufen waren, und er kommt bei sorgfältiger Nachprüfung aller Versuche zu dem Schluß, daß das charakteristische Verhalten der Bienen zum Licht mit der Annahme eines wie immer gearteten Farbensinnes unvereinbar, dagegen ohne weiteres verständlich, ja voranzuhängen ist, wenn die Bienen die Spektralfarben des total farbenblinden Menschen haben.

Notizen.

— Bahnenchronik. Friedrich Kayler wird noch in dieser Saison im königlichen Schauspielhaus als Wallenstein gattieren. Seine Vererbung ans Schauspielhaus scheint drabstichtig zu sein.

— Ein Wagnerkonzert findet am Freitag unter Leitung von Karl Giebel aus Vahrenth in der Brauerei Friedrichshagen statt.

— Ein Naturfreundehaus im Teutoburger Walde wird am Himmelfahrtstage eingeweiht. Es liegt am Südrande des Lönberges bei Oerlinghausen und soll größere Wanderungen im Teutoburger Wald erleichtern und verbilligen. Errichtet wird das Haus auf eigenem Waldgrundstück von der Bielefelder Ortsgruppe der Naturfreunde, der juristische Träger ist der Konsumverein für Oerlinghausen.

— Ein neuer Komet wurde im Sternbilde des Perseus entdeckt.

— Verbot der Radbeinigkeit. In Paris begann es für die Trägerinnen der Schlingröde Mode zu werden, keine Strümpfe zu tragen. Jetzt ist aber die Polizei eingeschritten und hat in einem Lokale der Ledwelt eine strumpfloze Knuppe auf die nächste Woche gebracht und ihren Namen festgesetzt, um sie wegen Verletzung des öffentlichen Anstandes zu belangen. Bei dem Proletar ist die Radbeinigkeit natürlich noch wie vor erlaubt.

— Aus einer Himmelfahrtspredigt: ... Und wenn ich Euch nun frage, in Christo geliebte Gemeinde, wie denn solch eine Himmelfahrt vor sich geht, so sage ich Euch: Nicht bumm-bumm wie ein Kanonenknall, auch nicht piff-puff wie eine Gewehrfluge, sondern titil-titil wie eine Lerche, die sich zum Himmel schwingt.

Deutsches Reich.

Gelbe Garde in Wilhelmshaven.

Seit einigen Jahren besteht auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven ein sogenannter Arbeiterverein, der zunächst neutral sein wollte. Im Laufe der Zeit jedoch machten sich in ihm Tendenzen bemerkbar, die den Verein offensichtlich in das gelbe Lager zu treiben schienen. Zuerst begann der Verein, sich an den Krankenfällen und Arbeiterausfällen zu beteiligen mit Kandidaten, die mit beiden Füßen im sogenannten nationalen Lager standen. Dann begann ein patriotischer Rumor, bei dem der Verein nicht allzu unwirksam war. Jetzt nun hat er auch offen den Anschluss bei den Wirtschaftsfriedlichen gesucht. Seine neuen Aufnahmebedingungen lauten folgendermaßen:

Jedes Mitglied der Arbeitervereinigung erhält bei seinem Tode 100 M., beim Tode seiner Ehefrau 50 M. Jedoch darf das Mitglied nicht der sozialdemokratischen Partei oder einem solchen Verband angehören. Sowie es der Partei oder dem Verband angehört, zählt die Vereinigung kein Sterbegeld. — Erfolge nach zur Aufnahme mit obengenanntem Passus einzuverhandeln. Interdixit.

Nach den gegenwärtigen Mitgliedern wurde der Passus zur Interdixit vorgelegt. Hatte es sich doch herausgestellt, daß mancher Arbeiter nur zwangsweise dem Arbeiterverein angehört und trotzdem Mitglied einer freien Gewerkschaft oder der sozialdemokratischen Partei war. Dem soll nun ein Ende gemacht werden, unbeschadet um den § 1 der Statuten, der den Geh enthält:

„Parteiliche Tendenzen sind vollständig ausgeschlossen.“ Das wird übrigens die freigeberischen Organisationen auf der Staatswerft wenig beeinträchtigen.

Differenzen im Dachdeckergerwerbe zu Bunzlau.

Die Dachdecker und Hilfsarbeiter von Bunzlau und Umgegend haben den Unternehmern folgenden Lohnstarif unterbreitet: 58 Pf. Stundenlohn für Dachdecker im Jahre 1914/15 (bisher 48 Pf.), 55 Pf. 1915/16, 57 Pf. 1916/17; für Hilfsarbeiter 43, 45, 47 Pf. in derselben Zeit (bisher 36 Pf.). In der Verhandlung mit der Bauleitung und der Lohnkommission machten die Meister nur geringe Zugeständnisse und lehnten jede weitere Verhandlung über den eingereichten Tarif ab. Die Arbeiter wiesen einstimmig das Angebot der Unternehmer ab, beschloffen aber, nochmals einen Versuch zur friedlichen Einigung zu machen. Es ist aber wahrscheinlich, daß es zum Streit kommt.

Achtung, Textilarbeiter! In der Leipziger Baumwollweberei Aktiengesellschaft in Völkensdorf bei Penig i. S. findet fortgesetzt ein enormer Wechsel der Arbeitspersonal statt, da Löhne von 14 bis 15 Mark, in vielen Fällen bis herunter zu 10 Mark bezahlt werden. Aus allen Gegenden Deutschlands und Oesterreichs sucht die Firma Arbeitskräfte zu gewinnen. In Völkensdorf werden den nach dort kommenden Arbeitern die dortigen Arbeits- und Wohnverhältnisse aufs Beste geschildert. Tüchtige Weber sollen dort wöchentlich 22 M. verdienen, ein Lohn, der nur in einzelnen Fällen erreicht wird. Die Firmenleitung wünscht von den dort beschäftigten Webern, daß sie anderen den Webern bekannte Kollegen nach auswärts schreiben, um sie zu veranlassen, ebenfalls nach Völkensdorf zu kommen. Ein gewisser Bodjmel gibt sich besondere Mühe, Leute nach dort anzuwerben. In der schlechten Bezahlung gefassten sich noch andere Unzufriedenheiten mit den Wohnungsverhältnissen usw., so daß die Textilarbeiter sich vorher erkundigen sollten, ehe sie auf die Arbeitsangebote der Firma eingehen.

Aus Industrie und Handel.

Der Einfluß der mexikanischen Wirren.

Der mexikanische Außenhandel in den ersten sechs Monaten des laufenden Fiskaljahres 1913/14 (Juli bis Dezember 1913) zeigt im Gegensatz zu den Zahlen für das Rechnungsjahr 1912/13 in Ein- wie Ausfuhr einen erheblichen Rückgang und somit die natürliche ungünstige Einwirkung, welche die im Lande herrschenden Wirren auf seinen Handel ausgeübt haben. Derselbe erscheint noch schärfer, wenn man in Betracht zieht, daß sich infolge des während des Halbjahrs herrschenden niedrigen Preisniveaus (siehe 1. 20. M.) die in dieser Münze angegebenen Werte der Ein- und Ausfuhr in einer der Menge der Waren nicht entsprechenden Weise erhöht haben, da für die Importe wie für die Exporte die vereinbarten Preise sich in Gold verhalten.

Der Wert der Einfuhr betrug in dem Halbjahr 86 430 178 gegen 65 419 456 Pesos im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres; er hat also um beinahe 9 Millionen Pesos abgenommen. Die Ausfuhr belief sich auf 124 687 513 gegen 161 001 498 Pesos, also auf fast 40 Millionen weniger.

Nach den Haupterzeugnisländern stellt sich die Einfuhr für die Vereinigten Staaten auf 41,2 für Deutschland auf 12,8, für Großbritannien auf 11,7 Millionen Pesos. Deutschland steht wieder an der Spitze der europäischen Länder und hat Großbritannien um mehr als eine Million überflügelt. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist um etwa 20 Proz. weniger importiert worden.

Der Export von Gold ist um mehr als 5, derjenige von Silber um mehr als 22 1/2 Millionen, der von Kupfer um beinahe 15 Millionen und der von Blei um über 1/2 Million Pesos zurückgegangen. In der Lieferliste erscheint zum ersten Male Petroleum in geförderter Aufzählung und zwar mit einem Ausfuhrwert von 9 1/2 gegen 5 Millionen im Vorjahr. Der Wert des ins Ausland gelieferten Kaffees hat erheblich, nämlich um reichlich 6 Millionen Pesos zugenommen, was aus dem Anziehen der Preise und aus dem Umstand zu erklären ist, daß die Produktionsgebiete von den Narben verhältnismäßig wenig berührt worden sind. Die Verminderung im Werte der Gummiexporte ist teils auf das Sinken der Preise, teils auf die aus diesem Grunde verminderte Produktion zurückzuführen.

In der Einfuhr standen die Vereinigten Staaten (mit 65,1 Millionen Pesos), Großbritannien (13,9 Millionen Pesos), Deutschland (5,2 Millionen Pesos) und Frankreich (4,8 Millionen Pesos) an der Spitze der Bestimmungsländer. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist um etwa 34 Millionen Pesos gegenüber den ersten sechs Monaten des Fiskaljahres 1912/13 zurückgegangen.

Der Stahlmarkt in China. Die „North China Daily News“ veröffentlicht einen Anleihevertrag, über den der chinesische Marineminister Vuzuanhang mit dem Vethischen Stahlwerk verhandelt hat. Die Anleihe soll zum Bau eines Schiffhofs und zur Anlage von vier Geschützstellungen bei Futschau dienen. Sie beträgt 80 Millionen Golddollar zu 5 Proz. Zinsen und 8 Proz. Diskont. Als Sicherheit gilt das bestehende Land mit seinen Einrichtungen. Die Anleihe ist nach 35 Jahren zurückzuführen. Nur amerikanische Ingenieure und amerikanisches Material dürfen verwendet werden. Ein Drittel der Anleihe soll der chinesischen Regierung binnen drei Monaten nach der Unterzeichnung bedingungslos übergeben werden, während zwei Drittel ausschließlich für die Werke der Futschau bestimmt sind. Der Vertrag war in seinen Grundlinien vor fünf Jahren schon von dem damaligen kaiserlichen Kommissar der Flotte, dem Mandarinspringen Tsai Sun, beschlossen worden. Das Blatt bemerkt weiter, man habe Grund, anzunehmen, daß Präsident Yuan sich entschieden Gegner des Vertrages ist, und daß die amerikanische Regierung bisher nichts davon gewußt hat.

Zur Kohlenkonjunktur. Nach dem Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenknappschafts haben sich die Abnahmeverhältnisse im April 1914 als in Vornomonat entwickelt, namentlich in Kohlen und Breiweiß ist eine erhebliche Steigerung der Anforderungen und des Absatzes zu verzeichnen. Da die allgemeine Geschäftslage sich nicht verändert hat, ist die Steigerung des Absatzes kaum auf vermehrten Verbrauch zurückzuführen, sondern in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die mit Beginn des Berichtsmontats eingetretene Ermäßigung

der Kohlen- und Breiweißpreise die Verbraucher im Vormonat zu einer starken Einschränkung ihrer Bezüge veranlaßt hatte. — Die Förderung ist gegen den Vormonat insgesamt um 210 125 Tonnen gefallen, im arbeitsmäßigen Durchschnitt aber um 5,53 Proz. gestiegen.

Jugendbewegung.

Ein Todesopfer der bürgerlichen Jugendpflege.

Unter dieser Überschrift brachten wir in der Nummer vom 24. März eine Notiz, laut welcher bei einer Geländeübung in der Nähe des pommerischen Städtchens Gollnow der Sohn des Tischlers Martin unter Erdmassen begraben und tödlich verletzt worden sei, weil die aufgetrockneten Schanzen nicht die bei dem lockeren Sandboden erforderlichen Sicherungen gegen Einsturzgefahr gehabt hätten.

Der Jungdeutschlandbund sendet uns darauf nachstehende Berichtigung:

„Diese Darstellung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Nach Auskunft der Polizeibehörde, die mit der Darstellung, welche die Gollnower Zeitungen dem Vorfalle gegeben haben, durchaus übereinstimmt, hat der betreffende verunglückte Junge, als er mit zwei anderen Knaben in den Wald gegangen war, um etwas Brennholz für die Holzzeit seines Bruders zu holen, sich in eine Sandgrube gegeben, die unterhöhlt war und hatte hier Sand losgelassen, so daß das obere Erdreich nachstürzte und ihn begrub. Ein Versehen Dritter kommt nicht in Frage. Am wenigsten handelt es sich um eine Geländeübung. In Gollnow besteht auch kein dem „Jungdeutschland“ angehörender Verein.“

Fehr v. d. Goltz,
Generalfeldmarschall.

1. Vorsitzender des Bundes „Jungdeutschland“.

Soziales.

Zur Ausweisung ausländischer Arbeiter.

Nach den ministeriellen Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Arbeiter werden für die Provinz Sachsen ausländische polnische Arbeiter (russische Polen zum Beispiel) nur zugelassen, wenn sie in der Landwirtschaft oder in ihren Nebenbetrieben beschäftigt werden. Den hüringischen Hiegelwertern in Artern war die Genehmigung gegeben worden, österreichische Arbeiter (Austriaken) zu beschäftigen. Da diese noch nicht zur Stelle waren, ein benachbarter Landwirt die von ihm engagierten 8 russischen Polen aber noch nicht brauchte, so sorgten sich die Hiegelwerke diese Arbeiter aus und suchten die Genehmigung zu ihrer vorläufigen Beschäftigung nach.

Der Regierungspräsident zu Merseburg verweigerte die Genehmigung, ließ dies der Gesellschaft „Hiegelwerke“ durch die Polizeiverwaltung zu Artern mitteilen und veranlaßte die Polizeiverwaltung, an die Hiegelwerke eine polizeiliche Verfügung zu erlassen, wodurch der Gesellschaft aufgegeben wurde, die bereits beschäftigten russischen Polen zu entlassen.

Diese Verfügung auf Entlassung der russischen Polen forderte die Hiegelwerke im Klagewege an.

Der Kreisamtsrat zu Sangerhausen wies die Klage ab. Der Bezirksamtsrat zu Merseburg bestätigte dies Urteil.

Das Obergericht zu Merseburg erklärte aber am Montag auf die hiergegen von den Hiegelwertern eingelegte Revision, daß die polizeiliche Verfügung, soweit die Entlassung der russischen Polen gefordert worden sei, aufgehoben werde.

Gründe: Die ministeriellen Anordnungen, daß russisch-polnische Arbeiter in inländischen industriellen Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen, können nur durch polizeilichen Zwang den Ausländern selber gegenüber durchgeführt werden, durch Ausweisung oder dergleichen. Eine Auflage, die inländische Arbeitgeber beschränken würde in der Wahl ihrer Arbeiter, würde im Widerspruch stehen mit § 41 der Gewerbeordnung, welcher bestimmt:

„Das Recht zum selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes bezieht das Recht in sich, in beliebigiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art und, soweit die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehen, Lehrlinge anzunehmen. In der Wahl des Arbeits- und Hilfspersonal sind keine anderen Beschränkungen statt als die durch das gegenwärtige Gesetz festgestellten.“

Somit sei die polizeiliche Verfügung auf Entlassung der von den Hiegelwertern beschäftigten russischen-polnischen Arbeiter nicht gerechtfertigt und müsse aufgehoben werden.

Bürgerrechtsverlust.

Die Schleswig-Holsteinische Städteordnung von 1800 fährt in ihrem § 7 die Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts auf. Eine der Voraussetzungen ist, daß die betreffende Person selbständig ist. In der Ziffer 2 sagt man der § 7 ausdrücklich, daß selbständig im Sinne dieses Gesetzes nicht ist, wer „eine nach dem 18. Lebensjahre empfangene öffentliche Armenunterstützung nicht zurückgekehrt hat.“

Das Obergericht zu Schleswig-Holstein entschied am Montag, daß diese im Widerspruch zu der Städteordnung für die östlichen Provinzen stehende Vorschrift für Schleswig-Holstein gültig sei und sich auch auf verjährte Forderungen beziehe.

Berichtszeitung.

Autorferei.

Am Abend des 31. August 1913 steuerte der Ingenieur Dr. ing. Georg Borgmann einen Versuchswagen bei einer Spritfahrt nach dem Spreewald, zu der er den Assessor Mensch und dessen Frau eingeladen hatte. Auf der Chaussee Lübben-Golze stieß das Auto mit einem dort ihm fahrenden zusammen, fuhr den Abhang des 1 1/2 Meter tiefen Chausseegrabens herab und überschlug sich. Infolge dieses Unfalls starb Frau Assessor Mensch; Assessor Mensch wurde schwer, ein Monteur Besäthe leichter verletzt. Nach einer vom Dienstag vormittag bis Mittwoch morgens um 3 Uhr dauernden Verhandlung vor der Kottbuser Strafkammer gelangte das Gericht zu einer Verurteilung des Ingenieurs Borgmann zu sechs Monaten Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung.

„Christoph Columbus oder die Entdeckung Amerikas.“

Ein Film dieses Namens, der mit einem Kostenaufwand von 150 000 M. hergestellt worden war, führte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu längeren rechtlichen Erörterungen über Fragen des Urheberrechts.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und der Photographie war der Kaufmann Josef Loew angeklagt. Der Angeklagte, der Film läuft und an Lichtspieltheater weiter verleiht, wurde beschuldigt, ohne Einwilligung der Berechtigten, nämlich der Firma Hagen u. Sander in Bremen, den Film „Christoph Columbus“ geistlichmäßig verbreitet zu haben. Die Herstellerin des Films, die „Selig-Compagnie“ in Chicago, hatte der genannten Firma das alleinige Ausführungsrecht dieses Films übertragen. Im Oktober 1912 erfuhr die Firma, daß der Film an verschiedenen Orten Deutschlands gespielt wurde. Sie erließ in den Hochzeiten, insbesondere in der „Urania internationalen Filmzeitung“, Inserate, in denen der Urheber der Aufführung gewarnt wurde, da das Ausführungsmonopol ihr allein zustehe. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Urheber der Verbreitung in Deutschland der jetzige Angeklagte

Loew war, der seinerseits einen Film von dem Filmbesitzer Adolf Herz in Wien erworben hatte. Dieser hatte von der Selig-Compagnie aber nur das Ausführungsrecht für überseeische Länder erworben. Wegen der nach ihrer Ansicht unberechtigten Benutzung des Films in Deutschland stellte nun die Firma Hagen u. Sander Strafantrag gegen Loew.

Vor Gericht stellte sich der Angeklagte auf den Standpunkt, daß er von Herz das Ausführungsrecht regelrecht erworben habe. Er habe den Film völlig in gutem Glauben erworben, außerdem habe ihm ja auch gar kein Mittel zur Verfügung gestanden, nachzuprüfen, ob die Firma Hagen u. Sander ein Spezialrecht auf diesen Film besessen habe, da es mehrere Filme dieses Namens gebe.

Das Gericht stellte sich auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte, nachdem er von der Firma Hagen u. Sander darauf aufmerksam gemacht worden war, daß der Filmbesitzer Herz kein Recht habe, den Film nach Deutschland zu verfahren, durch die Weiterverbreitung gegen die von der Firma Hagen u. Sander von dem Urheber erworbenen Rechte verstoßen habe. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe.

Hypothekenschein vor Gericht.

In dem Roader Kriminalgericht scheint eine „Acta der Dauerverhandlungen“ angebrochen zu sein. In vier Nebenprozessen, welche augenblicklich vor den Strafkammern verhandelt werden und die zum Teil bis Mitte Juli dauern werden, ist nunmehr noch eine fünfte Verhandlung hinzugekommen, für welche „nur“ vier Wochen angelegt sind, obwohl, wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rilsa, mitteilte, 170 kumulative Vernehmungen zu befehlen, 100 Zeugen an Gerichtsstelle zu vernehmen sind und der Inhalt von 392 Sonderbündelentwürfen zur Kenntnis zu bringen ist. Es handelt sich um eine vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I anstehende Verhandlung gegen den Kaufmann Udo Klett, den Kaufmann Alexander Ornaß, den früheren Gutbesitzer Heinrich Graf und den Architekten und Baumeister Franz Anger. Die vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hoffkaedt vertretene Anklage lautet auf vollendeten Betrug in 80 und versuchten Betrug in 104 Fällen bzw. auf Beihilfe.

Der Angeklagte Klett, der in Dresden und Chemnitz wegen ähnlicher Dinge, wie die jetzt zur Anklage stehenden, zu einer Gesamtsstrafe von 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, betreibt seit dem Jahre 1909 ein Bureau für Finanzierungen, Wertpapiere, Hypotheken, Kommission. Ueber den Ausfall der Verhandlungen werden wir berichten.

Nichtfortiges Verlassen einer aufgelösten Versammlung.

Eine Herzer-Gebühnensfeier wurde in Düsseldorf am 12. Oktober 1913 polizeilich aufgelöst, weil das Verlangen des Polizeiaufsehers, die Kinder aus der polizeilich aufgelösten öffentlichen politischen Versammlung angeordnete Zusammenkunft zu entfernen, nicht befolgt wurde. Der Polizeibeamte berief sich ausdrücklich auf die allgemeinen polizeilichen Befugnisse aus dem Allgemeinen Landrecht. Die Aufforderung, den Saal zu verlassen, wurde von einem Teil der Teilnehmer nicht gleich befolgt. Die zahlreich beorderte Schutzmann brachte die Leute aus dem Saal.

Knoten und zehn andere Personen wurden dann angeklagt, die §§ 16 und 18, Ziffer 4, des Vereinsgesetzes dadurch übertreten zu haben, daß sie sich nicht sofort nach Erklärung der Auflösung aus dem Saal entfernt hätten.

Das Landgericht zu Düsseldorf als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten frei.

In der Begründung wurde auf das von uns mitgeteilte Urteil des Kammergerichts vom 20. Januar 1914 Bezug genommen, das die Rechtsansicht vertritt, die Strafandrohung des Vereinsgesetzes findet nur auf die Auflösungsgründe, die im Vereinsgesetz selbst enthalten sind, nicht auf solche Anwendung, die aus allgemeinen polizeilichen Befugnissen entnommen sind. Das Urteil prüft und verurteilt dann die Frage, ob die Angeklagten sich etwa gegen die Verordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 18. Februar 1911 vergeblich hätten, und zwar gegen die Vorschrift unter § 1a, wonach den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten Folge zu leisten ist, die „zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutz der Person und des Eigentums getroffen“ werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg entsprach in der Verhandlung am Montag dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft.

Was die Verordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz angeht, so sei zwar deren § 1b gültig, der die bekannte Strafen, Polizeivorschrift enthalte. Diese komme in diesem hier gar nicht in Betracht. Ungültig sei die allgemeine Vorschrift des § 1a, wonach die polizeilichen Anordnungen befolgt werden sollen, die „zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutz der Person und des Eigentums“ getroffen werden. Diese Vorschrift habe im Allgemeinen Landrecht keine Grundlage.

Zivilversorgungsschein und Zerrnbaud.

Im Februar 1912 schied der Jahnkletterer Theodor Henkel nach zwölfjähriger Dienstzeit in Voßringen mit dem Führungszeugnis „vorzüglich“, Dienstprämie und Zivilversorgungsschein aus dem Militärdienst. Nach dreizehnjähriger informativischer Beschäftigung bei der Regierung in Trier war Henkel monatelang beurlaubt, eine Anstellung zu erlangen. Am 13. Januar begab er sich in das königliche Schloss in Berlin, um dem Kaiser ein Anstellungsgesuch zu überreichen. Auf seine Meldung bei den Schlossbeamten wurde er in das Schloss nicht hineingelassen, worauf Henkel nach ferner Bemerkung, daß er nunmehr dem Kaiser im Automobil den Brief überreichen werde. Aus diesem Anlaß wurde Henkel am 9. Februar 1913 polizeilich festgenommen. Der herbeigerufene Kreisarzt erklärte Henkel für auralentemwahnsinnig und als gemeingefährlich, da er nach Angabe seiner Zimmerwirtin gedroht haben soll: er werde das kaiserliche Automobil anhalten, oder sich vor das kaiserliche Automobil werfen. Nach an demselben Tage wurde Henkel im Verwaltungsverfahren in der Zerrnbaud Herzberge untergebracht. Von dort erfolgte seine Weiterführung nach der lehringischen Zerrnbaud Saargemünd. Zahlreiche von Henkel und seinen Angehörigen gestellte Entlassungsanträge wurden ablehnend beschieden. Wegen den ablehnenden Bescheid des Bezirkspräsidenten in Reg legte R.-M. Dr. Ehrenfried für den Antermerien die in Voßringen zulässige Beschwerde an das Landgericht Saargemünd ein. Das Landgericht Saargemünd ordnete nun durch Beschluß vom 13. Mai die sofortige Entlassung des Henkel an, weil für die Annahme einer zu fürchtenden Gefährdung von Leben und Gesundheit kein Anlaß vorliege. — Auf Grund dieser Entscheidung wurde Henkel nach 1 1/2jähriger Internierungsdauer jetzt aus der Zerrnbaud Saargemünd entlassen.

Ein Lehrer als Sittlichkeitsverbrecher.

Vor der Königsberger Strafkammer hatte sich der Lehrer Wilhelm Steinbeck aus Gr.-Mendorf, Kreis Wehlau, wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits 57 Jahre alt. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, an einer Schülerin, die im Alter von 12 Jahren von Wehlau nach Mendorf kam, während des Unterrichts und im Beisein der anderen Kinder unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Auch hat er das Kind mit Süßigkeiten in den Wald gelockt und sich hier an ihm vergangen. Im Januar 1913 schrieb er an die Schülerin sogar einen Liebesbrief, in dem er erklärte, er wolle sie nicht auf den Weg des Lebens bringen. Wenn es ihm darauf angekommen wäre, so hätte er es im vorigen Sommer tun können, wo er im Walde selbige Stunden mit ihr verlebte, sie umarmen und küssen durfte. Eine große Anzahl Kinder wurde zeugeneilich vernommen. Die Strafkammer verurteilte den Lehrer zu einem Jahre Gefängnis.

Brand in Duth.

Ein großer Brand wütete in der Nacht zum Mittwoch in der südlichen Zentrale in Duth. Von dieser Zentrale aus werden alle südlichen Anstalten in Duth bedient: die Anstalt, die Geisteskranken, das Hospital. Die Zentrale liefert Heizung, Wasser, Licht, Postwaren, reinigt die Wäsche u. a. In der Nacht zum Mittwoch entzündete ein Kesselhaus Feuer. Alle Ventilatoren, das Feuer zu löschen, waren vergeblich. Das Kesselhaus brannte total nieder. Das bedeutet einen schweren Schaden und eine außerordentliche Beeinträchtigung der Anstaltsbetriebe, da das Kesselhaus das Herz der Anstalt ist.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Die Große Berliner Straßenbahn leitet wegen Gleisarbeiten verschiedene Linien nachts um. Vom 22. zum 23. und 25. zum 26. Mai geht von 2.00 an die Linie 47 über die Breite Straße, den Schloßplatz und die Königstraße, zurück über die Kaiser-Wilhelm-, Heiligegeist- und Königstraße, Schloßplatz und Breite Straße, 69 und 74 über die Stralauer und Lindenstraße und zurück. Vom 22. zum 23. und vom 27. zum 28. Mai von 1.00 an gehen die Linien 11, 36, 38, 68 und 168 über die Rosenhaller Straße, den Potsdamer Markt, an der Spandauer Brücke, die Neue Friedrich-, Rosen-, Kaiser-Wilhelm-, Spandauer und Neue Königstraße, 60 und 61 über die Neue Königstraße, das Königsplatz, die Friedenstraße, das Grenzauer Tor, die Grenzauer Allee und umgekehrt. Vom 25. zum 26. gehen von 2.00 an 7 und 53 über die Sippmann-, Karlsplatz-, Hermann- und Steinmeyerstraße.

Dem Berliner Aquarium ist ein äußerst interessanter Fischzug gelungen. In der vorigen Woche wurde im Flößereis bei Berlin durch den Fischmeister Bogum ein Kieferschwanz von 1,75 Meter Länge und etwa 70 Pfund Gewicht gefangen. Daß er in dem regelmäßig benutzten Flößereis das hohe Alter erreicht konnte, auf das es ein Ungeheum schließen läßt, erklärt sich wohl daraus, daß die Welse als nahrungsliebende Grundbewohner den menschlichen Nachstellungen weniger ausgesetzt sind als viele andere Fische. Das mächtige Tier ist in dem großen, sechs Meter langen Doppelbecken Nr. 9 der Südmasseraubteilung im Erdgeschoß untergebracht. — Der Fisch für den überaus seltenen Fang interessiert, möge die Befestigung nicht lange hinausziehen, da so große Welse in der Gefangenschaft leider meist nur kurze Zeit zu erhalten sind.

Aus der Spree gefanget wurde gestern früh am Reichstagsufer vor dem Grundstück 6—8 die Leiche einer 30—35 Jahre alten Frau, deren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Sie gehört ihrem Körper nach dem Arbeiterstande an, ist etwa 1,60 Meter groß und schlank, hat ein längliches Gesicht und dunkelblondes Haar und trägt einen braunen Rock, eine schwarzgelbe gebänderte Bluse und ein braunes Umhängetuch. Die Leiche scheint etwa 8—10 Tage im Wasser gelegen zu haben. — An ungefahr derselben Stelle landete man Dienstagabend die Leiche einer unbekannteren Frau von etwa 40—45 Jahren. Die Unbekannte ist 1,63 Meter groß und unterseht, hat dunkelblondes, spärliches Haar, graue Augen und lidenhafte Zähne und trägt eine schwarzleibende Taille, einen braunen Rock und schwarze, oben viel zu weite Knopfstiefel. Beide Leichen wurden nach dem Schaubause gebracht.

Ein großer Haufen veranlaßt die Freiwillige Gemeinde am heutigen Sonntagmorgen in den Räumen der Brauerei Friedrichshagen. Lebende Vögel, Nahrungsgüter wechseln ab mit Konzert und Solo- wie Massenveranstaltungen.

Dorortnachrichten.

Imperialismus.

Heute dieses Themas sprach Dienstagabend die Genossin Rosa Luxemburg in einer überfüllten Versammlung des Wahlvereins Charlottenburg. Bezugnehmend auf den bevorstehenden internationalen Kongress in Wien, auf dem dieses Thema im Mittelpunkt der Erörterungen stehen wird, kennzeichnete die Rednerin in treffender Weise die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus und die damit zusammenhängenden Weltkatastrophen. Genossin Luxemburg wies im Anschluß hieran die Frage auf: Welche Mittel und Wege gibt es für uns, unsere Kampfesweise umzugestalten? Wir müssen zunächst einige Korrekturen an unserer bisherigen Praxis vornehmen. Wenn vor zwei Jahren einer unserer Vertreter im Reichstage erklärte, daß wir deutschen Sozialdemokraten auf dem Boden des Dreibundes stehen und ihn als eine Garantie des Friedens ansehen, so steht eine solche Stellungnahme im Widerspruch mit den Konsequenzen der Entwicklung. Es ist einfach eine Illusion und eine gefährliche Illusion sich einzubilden, daß irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgendeinen künftigen, desto besser abzumachen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, daß keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats. Von diesem Standpunkte aus ist die wärbige Bekämpfung der Kaiserzeit viel wichtiger als alle diplomatischen Bündnisse zusammen. Noch von einem anderen Mißverständnis haben wir uns zu befreien, von der Illusion, daß eine Abrüstung heute möglich ist. Noch nie war ein Traum so kurz als die Hoffnung auf Abrüstung. Wir sollten auch diesen Phrasen gegenüber nur eine unerbittliche, ägende Ironie haben. Noch weniger als an eine Abrüstung, dürfen wir glauben, daß durch die Wirtshaft der Mittel der Rüstungsvorlagen die Rüstungswut der herrschenden Klasse herabgemindert werden kann. England beweist doch am besten das Gegenteil. Heute ist der Imperialismus nicht nur eine Art der auswärtigen Politik, heute ist er die Religion der bürgerlichen Gesellschaft. Ein imperialistischer Launen hat die ganze bürgerliche Gesellschaft gepackt. Deshalb ist auch jede Opposition gegen die Regierung und gegen die Junker und Schatzmacher verächtlich. Dieser Launen ist eine Ursache des Niederganges des Parlamentarismus. Die wichtigsten Vorgänge der auswärtigen Politik sind gemacht ohne den Reichstag. Es sei geradezu ein Götze gewesen, als im Mai 1913 sich auch bürgerliche Abgeordnete zu der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern zusammengefunden hätten. kaum zurückgekehrt, haben diese Herren für die große Rüstungsvorlage gestimmt und gestimmt. Was welchen Nutzen sollen wir nun im Kampfe gegen den Imperialismus greifen? Von dem englischen Genossen Kurt Hardie und einigen anderen ist vorgeschlagen, im Falle eines europäischen Krieges einen Massenstreik zu initiieren. Es wird nicht gehen, daß sich der internationale Kongress hierauf festlegt, aber es kann beschlossen werden, daß wir in dieser Richtung zu wirken haben. Vor allen Dingen aber ist es erforderlich, die Aktionsfähigkeit der Massen zu steigern. Dazu gehört erstens die Verbreitung vollkommener Klarheit über die Sachlage und die Konsequenzen der Entwicklung. Es muß den Massen zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie selbst ihr Schicksal zu bestimmen haben. Wir dürfen auf keine Hilfe des Bürgerturns bauen. Zweitens ist eine gewisse Korrektur auch in den Organisationsverhältnissen erforderlich. Es muß eine stärkere Demokratisierung des ganzen Parteilebens und auch des Gewerkschaftslebens eintreten. Drittens müssen wir wieder etwas mehr Selbstkritik üben und nicht wie unser Zentralorgan ewig in Zufriedenheit und gefallen. Die oberste Aufgabe auch im Kampfe gegen den Imperialismus ist die Steigerung der Aktionsfähigkeit der Massen. Der Vortrag, dem die Versammlung von

Anfang bis zu Ende mit der gedauertesten Aufmerksamkeit gefolgt war, wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. In der Diskussion verteilte Genosse Kosenstein die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Budgetvorlage. Die Genossin Luxemburg erwiderte hierauf. Es erübrigt sich nach den früheren Debatten hierauf noch einzugehen. Genosse Juppel stellte nachstehenden Antrag zur Verbandsgeneralversammlung, der gegen wenige Stimmen angenommen wurde:

„Angeichts der hohen Wichtigkeit des auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien stehenden Punktes „Imperialismus“, und um den Berliner Genossen die Gelegenheit zu verschaffen, zu diesem Gegenstand Stellung zu nehmen, wird beantragt, daß die am 14. Juni stattfindende Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin auf ihre Tagesordnung ein Referat über den Imperialismus mit zur Diskussion legt.“

Neukölln.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins eröfnete am Dienstag zunächst das Andenken von 41 verstorbenen Genossen in der üblichen Weise. Dem umfangreichen, gedruckt vorliegenden Jahresbericht sei folgendes entnommen: Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 1913 15.432 Mitglieder (11.806 männliche, 3636 weibliche), am 31. März 1914 aber 17.996 (13.811 männliche, 4185 weibliche), so daß ein Gewinn von 2.554 (2005 männliche, 549 weibliche) zu verzeichnen ist. Die Betriebsunternehmungen wurden durch die im Berichtsjahre durchgeführten Wahlen fast beinahe vollständig vergrößert als Gesamteinnehmungen 38.145,55 M., von denen an die Kreisfiskale 37.800,70 M. abgeführt wurden. Der Bildungsausweis veranlaßte 6 Theater, und 1 Operettenvorstellung, 4 sonstige Veranstaltungen und 4 Unterredungskurse bei 4953,17 M. Einnahme und 4850,56 M. Ausgaben. Die Bibliothek, die 3020 Bände umfaßt, wurde von 1431 Lesern benutzt, die 17.806 Bände ausliehen. Der Vorstands Genosse Scholz gab zum Jahresbericht noch einige Erläuterungen. Angesichts der im Berichtsjahre noch anstehenden Krise sei das Ergebnis des Mitgliederbestandes ein glänzendes zu nennen. Sei doch, wenn man das Ergebnis der „Roten Woche“ mit 1797 neuen Mitgliedern abrechne, immerhin noch eine Zunahme von rund 800 Mitgliedern zu verzeichnen. Infolge der durchgeführten Hausfassierung seien die früheren Erreichungen wegen Kassen erheblich zurückgegangen. Rund 1/3 der Beiträge wurden durch Hausfassierung eingeholt. Allerdings betrage die Gesamtzahl der Beiträge noch nicht ganz. Für die ungenutzten Mitglieder plane der Vorstand besondere Zusammenkünfte, in denen sie mit den grundlegenden Begriffen der Sozialdemokratie vertraut zu machen seien. Besonderer Wert sei auf die Jugend- und Kinderveranstaltungen zu legen. Der Vorstand der Segner, durch Schul-, Fortbildungskomitee und Kaserne die heranwachsende Generation ins Schlepptau der Reaktion zu nehmen, so sei es um so mehr Pflicht der Partei, sich dieser Jugend anzunehmen. Von den kommunalen Vorgängen lokaler Natur müßten besonders die wieder eintreffenden Kämpfe um das Kommunalwahlrecht und die Mehrheit im Stadtdirektoratskollegium interessieren, die durch das tendenziöse Urteil des Bezirksausschusses vom 4. Mai, das die Stadt als ersten Steuerzahler in die Wahlliste bringe, herausgefordert werden. Es müsse alles daran gesetzt werden, daß bereits bei den im Herbst stattfindenden Wahlen durch neue Siege wenigstens noch nicht die ziffermäßige, so doch die tatsächliche Mehrheit bei den Wahlen erreicht werde. In der Diskussion forderte Genosse Graf in Aussicht auf die fortgesetzten Verfolgungen der Jugend vom Vorstand die Einleitung einer energischen Protestaktion gegen die ständigen rigorosen Polizeimaßnahmen. Genosse Kosenstein führte die Rede über den Vorstand wegen der Behandlung eines von ihm eingebrachten Antrages auf Ausschluß des 6. Kreises organisierter Genossen Videmann. Nach längerer, teilweise sehr erregter Debatte wurde ein Antrag, das Material des Genossen Kosenstein dem 6. Kreis zu unterbreiten, angenommen. — Die sodann vorgenommenen Wahlen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Alfred Scholz; 2. Vorsitzender: Fritz Reintmann; Kassierer und Sekretär: Hermann Radtke; Schriftführer: Paul Jeller. Als Beisitzer wurden gewählt die Genossen Heßwig, Grubitz, Walter und Legunsky und die Genossinnen Gertrud Scholz und Perla Reich. Revisoren: Krummel, Bunge und Döring. Bezirksführer: 1. Bezirk: Widulla; 2. Bezirk: Grohmann; 4. Bezirk: Jahnmark. Segen den für das 3. Viertel vorgeschlagenen Genossen Hiesinger wurde Protest erhoben. Die Versammlung beschloß, diesen Protest an das Viertel zu verweisen und die Wahl nach Erledigung durch das Viertel durch die nächste Funktionsprüfung vollständig zu lassen. In den Bildungsausschüssen wurden gewählt die Genossen Rudolf Schulz, Wiele, Alteme, Kohl, Müller, Wölffert und die Genossinnen Bütenschon und Dens. — Da nach der nunmehr erfolgten Gültigkeitserklärung des Mandats des Stadtdirektorats Genossen Schulz dieser Mandat für die 2. Abteilung angenommen hat, hat in der 3. Abteilung eine Neuwahl stattgefunden. Der hierfür vorgeschlagene Hausbesitzer, Genosse Petri, wurde von der Versammlung akzeptiert. Es folgte sodann die Behandlung der vorliegenden Anträge. Ein Antrag des Vorstandes an die Kreisgeneralversammlung: „Auch die von Kreisvorstand vorgeschlagenen Delegierten zum Parteitag sind von der Kreisgeneralversammlung zu wählen“ fand einstimmige Annahme. Ebenfalls angenommen wurde ein der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins zu unterbreitender Antrag des Vorstandes: „In Zukunft ist bei Arbeitslosigkeit und sonstigen zur Vertragsübertragung berechtigenden Gründen die Qualifizierung durch Kurse vorzunehmen“. Begründet wurde dieser Antrag durch Genossen Radtke mit der Schaffung von einwandfreiem Material über die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf das Massenbewußtsein der Berge und besserer Ordnung in den Mitgliedsbüchern. Zur Frage der Reorganisation nimmt ein Antrag des 16. Bezirks Stellung: „Die Neuköllner Parteigenossen protestieren ganz energisch gegen eine Verteuerung des Vorwärts. Sie verlangen auf die von der Reorganisationskommission vorgeschlagene Tiefdruck-Verlage und ermahnen, daß der Vorwärts in der bisherigen Form zu einem billigeren Preise geliefert wird.“ In der Begründung dieses Antrages wandte sich Genosse Skuhr gegen die bisherigen Ergebnisse der Reorganisationskommission, die alles andere eher seien als eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse. Ganz energisch protestieren werden müßte gegen die geplante Verteuerung des Vorwärts. Die Hauptsache müsse bleiben, daß die Preise dem Geldbeutel des Arbeiters angepaßt werde. Die geplante Erhöhung dürfe aber dazu führen, daß letzten Endes der Abonnentenstand immer mehr sinke, während es durchaus nötig sei, durch billigeren Abonnementspreis auch die gegenwärtigen Leser der bürgerlichen Presse aus Arbeiterkreisen zu gewinnen. (Beifall) Mit zur Debatte gestellt wurde der folgende Antrag des Bezirks 15 d: „Der Vorwärts ist in der bisherigen Form zu verlassen und der Wochen-Abonnementspreis auf 25 Pf. festzusetzen. Sodann muß eine umfassende Vorwärts-Agitation veranlaßt werden, um dadurch die Leserschaft zu erhöhen; damit die geplante Tiefdruck-Verlage ohne Preisänderung mitgeliefert werden kann.“ — Genosse Grogger wandte sich gegen beide Anträge. Sodann ging er in längeren Ausführungen auf die Arbeiten der Kommission ein, erläuterte das bisherige Ergebnis der etwa 20 zeitlich sehr ausgedehnten Sitzungen und erklärte, daß auch die Kommission zunächst auf dem Standpunkt der Herabsetzung des Abonnementspreises auf 25 Pf. pro Bogen gestanden habe. Nach den erhaltenen Aufklärungen besonders in rechtlicher Beziehung aber könne die Kommission einen derartigen Schritt mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren. Im übrigen solle man auch bedenken, daß es nie möglich sein werde, im Punkte der billigeren Herstellung den großen Berliner Zeitungsdrucker Konkurrenz zu bieten. (Beifall). — Die weiteren Verhandlungen wurden hierauf der vorgeordneten Zeit wegen vertagt.

Der Spielandschuh der Arbeiterchaji Neukölln veranstaltet am Sonntag, den 24. Mai, einen Familienausflug nach Friedrichshagen-Rüggelberge-Röpenitz. Treffpunkt 7 Uhr früh am Bahn-

hof Neukölln. Jahrgang 25 Pf. Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Es wird gebeten, den Auszug 10 Pf. und etwas gemahlenen Bohnen mitzubringen. — Treffpunkt, den 27. Mai: Spielen in Treptow. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Bildenbrudersplatz (Eisensteig). Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Treptow-Baumfchulenweg.

Wofür Geld da ist. Wohlwollend bei der Gläubigerklärung der Gemeindeverwaltung klage darüber, daß die Einnahmen mit den Ausgaben nicht gleichen Schritt halten wollen; hauptsächlich dann, wenn von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern Anträge gestellt werden, die für die arbeitende Bevölkerung in sozialpolitischer Hinsicht förderlich sind. Bei der Gläubigerklärung im Frühjahr dieses Jahres war von unseren Genossen der Antrag gestellt, 3000 M. für Arbeitslosenunterstützung in den Etat einzulassen. Dieser Antrag wurde von allen bürgerlichen Gemeindevertretern abgelehnt mit der Begründung, daß der Dispositionsfonds nahezu erschöpft sei. Im Jahre 1913 stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, auf Kosten der Gemeinde den Verbandstag der Gewerbedeputierten durch einen Vertreter vom Ort zu beistehen. Dies wurde vom Gemeindevorstand abgelehnt, weil angeblich keine Mittel vorhanden wären. Bei Anlegung der neuen Friedhofsanlage wurde betont, daß sich die Gemeinde so teuren Grund und Boden nicht leisten könne, und man war geneigt, den Friedhof hinter Altlinden anzulegen. Anders liegt es, wenn es sich darum handelt, Gelder aus dem Gemeindehaushalt zu bewilligen, um die unvermeidliche patriotische Stimmung zu bekämpfen; dann heißt es, die Gemeinde hätte eine gewisse Repräsentationspflicht, dann spielen 3000 M. und mehr keine Rolle. Aber vorfristigweise werden dann solche Bewilligungen in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen, damit der Steuerzahler am Ort nur nicht erfährt, was für patriotische Zwecke bewilligt wird.

Am 28. Mai soll nun die Einweihung des neuerbauten Realgymnasiums in der Neuen Krug-Allee vor sich gehen. Die Einweihung soll mit einem solennem Festessen verbunden werden, die Gelder hierzu wurden gleichfalls in einer nicht öffentlichen Sitzung bewilligt. Ueber die Erhöhung der Gehälter der mittleren und höheren Beamten wurde allerdings auch in der nicht öffentlichen Sitzung beraten, aber den Gemeindevertretern ein Schweigegebot auferlegt.

Mit dieser Gemeindepolitik wird sich eine am morgigen Freitag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, am Ort stattfindende öffentliche Versammlung beschäftigen. Sorge jeder dafür, daß diese Versammlung von allen Einwohnern Treptow-Baumfchulenweg besucht wird.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der Vereinsleiter hat sich wohl keine Gemeinde so angenommen als die hiesige. Es vergeht fast keine Gemeindevorstellung, in der nicht Anträge vorliegen um Gewährung eines Wanderpreises, eines Ehrenpreises, einer Stiftung und dergleichen mehr. Natürlich handelt es sich immer nur um „nationale“ Vereine. So wurden in der letzten Sitzung wieder 50 M. bewilligt für einen Wanderpreis an den „Schwimmberein von 1896“ und ebenfalls 50 M. als Ehrenpreis für das Kreis-Jugendfestspiel am 21. Juni 1914. — Mit dem Räucher des Schloßrestaurants wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach er jährlich eine Zubehörssteuerpauschale von 1000 M. zu zahlen hat. Die englische Gasgesellschaft will mit der Gemeinde einen neuen Gasvertrag abschließen; die Beschlußfassung mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil sich erneute Differenzen eingestellt haben. Man glaubt, in einer zum Freitag einberufenen Sitzung jedoch zum Abschluß zu gelangen. — Eine Reihe Straßenbau- und Bürgersteigregulierungen wurden beschlossen, u. a. der Rest der Charlottenburger Straße, der Generalstraße, der Streustraße und Belfortstraße. Insgesamt sind in diesem Jahre bewilligt worden für Bürgersteigregulierungen 148.000 M. und für Dammregulierungen 208.000 M.; davon entfallen auf die Gemeinde 191.000 M., den Rest müssen die Anlieger nach den bestehenden Ortsstatuten tragen.

Petershagen bei Treptow.

In der Gemeindevorstellung wurden die bei der Chauffierung des Eggersdorfer Weges auf die Gemeinde entfallenden Mehrkosten, welche durch die Pflasterung einer Rinne von der Dorfstraße bis zum Giebelplatz, sowie für festes Pflaster von der Dorfstraße bis zur Pfeilerstraße erforderlich werden, in Höhe von 10.300 M. bewilligt. Von einem Teil der Bürgerlichen wurde beantragt, den Schulvorstand von drei auf sechs Personen zu vergrößern; der Antrag wurde abgelehnt. In den Schulvorstand wurden gewählt: Ferd. Bredele, Max Urban und Hermann Lucas. — Die in der Gemeindevorstellung stehenden Kirchenbücher verließen auf alle nur erdenkliche Art die politische Gemeinde zu schröpfen. Die Rauer um den alten Friedhof, die bis zum Vorjahr einem Schutzhafen gleich, hat der Kirchenvorstand wieder aufrichten lassen; er ersucht nun die politische Gemeinde, die entstehenden Kosten zu übernehmen. Da die Gemeindevorstellung die Wiederherstellung nicht beschloß, wurde das Verlangen mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt. — Die Abänderung des Bebauungsplanes wurde mit 7 gegen 5 Stimmen genehmigt. — Nachdem die Gemeinde den Anfall an das Gaswerk Niederbarnim-Di beschlossen hat, teilt der Kreisauschluß mit, daß den Berliner Elektrizitätswerken die Verlegung der Kreisstraßen gestattet ist und stellt anheim, bei Bedarf mit dem Werk in Verbindung zu treten. — Ein Antrag, zur Abhaltung eines Wochenmarktes einen Platz frei zu geben, wurde abgelehnt.

In einer Sonder Sitzung der Gemeindevorstellung wurde über das Angebot der Eisenbahnverwaltung, in Petershagen an der Hennendorferstraße eine Haltestelle der Altdorfer Bahn zu errichten, verhandelt. Im Prinzip wurde dem Vorhaben zugestimmt; es soll nunmehr mit den maßgebenden Körperschaften verhandelt werden. Das Verlangen der Eisenbahndirektion geht dahin, daß die Gemeinde einen einmaligen Zuschuß für Errichtung einer Halle von 4000 M., sowie einen laufenden Beitrag von jährlich 2000 M. zur Anstellung eines Beamten leistet.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Umgestaltung des Reformrealgymnasiums zum Gymnasium hat sich als notwendig herausgestellt. Bei der Eröffnung bestand bereits die Absicht eine Volksschule zu gründen, die Schwierigkeiten lagen aber in der geringen Schülerzahl, die heute noch nicht bebaut ist. Das Kuratorium empfiehlt nun jährlich eine Klasse eingehen zu lassen und dafür einen gymnasialen Zweig auszubauen. Genosse Weber bemängelte die pädagogischen Anforderungen, die der Leiter an die aufzunehmenden Schüler stellt. Bei der letzten Einschulung seien von 18 sich meldenden Schülern 9 zurückgewiesen worden, obwohl Schüler mit besten Zeugnissen darunter gewesen seien, und die auch auf Grund der Zeugnisse an anderen Orten in der Schule Aufnahme gefunden haben. Das Interesse der Steuerzahler möchte besser gewahrt werden, koste doch heute jeder höhere Schüler der Gemeinde bereits 245 M. Der Bürgermeister versprach sich von der Tendenz im höheren Schulwesen eine Besserung der Verhältnisse. — Der Nachbewilligung von Mitteln für Verlegung elektrischer Betriebskraft wurde zugestimmt. — Genosse Reichardt begründete seinen Antrag auf Abänderung des Kommunalwahlrechts. Der Redner kritisierte das heute bestehende Gemeindevahlrecht, behauptete das Hausbesitzerprivileg in seiner ganzen Schärfe, den Unlust mit den Fortrentenstimmen bei jeder Gemeindevahl, die Gefahr, die für den wirtschaftlich Schwächeren bei der öffentlichen Stimmabgabe eintritt und forderte das Frauenwahlrecht zu den Kommunen. Herr Jankrat Stofke erwiderte, daß gerade in der öffentlichen Wahl sich der ganze Wahn zeige und eine Veränderung des Wahlrechts nach der letzten Erklärung des Ministers v. Loebell aussichtslos erscheine; er als konservativer Mann hätte jedenfalls keine Freude vor der öffentlichen Stimmabgabe. Genosse Weber konnte dem Herrn mit Beifall nachweisen, daß unter dem heutigen Regime kein besonderer Wert dazu gehört, konservativ zu wählen, denn andere Wähler solle es ja überhaupt in Preußen nicht geben. Der Antrag wurde gegen alle bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Die monatlang schwelenden Verhandlungen wegen Errichtung einer Sporthalle können nunmehr

Verhaftung eines internationalen Gauners.

Ein guter Jang ist den französischen Sicherheitsbehörden gelungen. Sie verhafteten am Dienstag das Haupt einer internationalen Hochstapler- und Falschspielerbande, einen Deutschen namens Johann Hermann Rehr, der am 8. Juni 1889 in Eupen geboren ist. Die französischen Behörden wurden von der Staatsanwaltschaft in Berlin und ebenso von der deutschen Botschaft in Paris auf die Spur dieses hoffnungslosen jungen Mannes gebracht, der seinem eigenen Geständnis nach in den letzten fünf Jahren über eine halbe Million Mark besonders im Falschspiel erbeutet hat. Rehr suchte seine Opfer unter jungen Leuten aus vermöglicher Familie; er hatte eine ganze Anzahl von Schloppern zur Verfügung, die ihm die Opfer brachten und denen er irgendein Gaunerspiel, gewöhnlich das beliebte „Meine Tante, deine Tante“ vorschlug. Bei seiner Verhaftung hatte er nicht weniger als zehn, dem Anschein nach ganz neue, in Wirklichkeit aber sehr geschickt gezeichnete Kartenspiele bei sich. In Genua, London und Paris besaß Rehr eigene Wohnungen unter den verschiedensten Namen. Auch in Berlin soll er eine Wohnung besessen, jedoch ist er in Deutschland nicht mehr erschienen, seitdem er wußte, daß hier die Staatsanwaltschaft hinter ihm her war. Rehr nannte sich gemeinhin Rehr, Rehr zu Esch, Rehr zu Kolleneß, Rehr, v. Bommersheim usw. In London war er unter dem Namen Baron John Vorler bekannt. Rehr lebte mit einer Halbwitwe namens Berner zusammen. Mit Rehr zusammen wurde eine Anzahl Schlopper, hauptsächlich Franzosen, verhaftet. Die ganze Bande wird zunächst in Frankreich abgeurteilt und dann den deutschen Justizbehörden übergeben, wo Rehr sich insbesondere wegen Betruges, Hochstapleri, Falschspiels usw. zu verantworten haben wird.

Schweres Unglück an Bord eines deutschen Dampfers.

An Bord des deutschen Dampfers „Schleswig“, der zurzeit im Hafen von Malaga ankert, sind durch Gasvergiftung vier Menschen ums Leben gekommen. In einem Vorratsraum des Dampfers hatte sich Gas angesammelt. Ein Hilfskoch, der in den Raum hinabstieg, erstickte. Auch drei andere Matrosen, die ihn retten wollten, fanden auf gleiche Weise den Tod. Einem fünften Matrosen, der mit einem Rauchhelm versehen, hinunterstieg, gelang es nur noch, die vier als Leichen zu bergen.

Ein schimpfender Zentrumsmann.

Gegnerische Panatiker beehren unsere Presse so oft mit anonymen Schmähungen, daß die einzelne kaum noch beachtet wird. Festgehalten zu werden verdient aber der Inhalt einer Postkarte, die vor einigen Tagen unserem Adressat zugegangen ist. Die Karte ist ein wenig anders als gewöhnlich, sie ist nicht nur von einem „Gebildeten“ herrührt, sondern auch von einem jemand, der in der Zentrumspartei keine ganz untergeordnete Rolle spielt: „Was sind denn das Gros Ihrer Abgeordneten für Leute? Meist sind es Hegepostel der ordinärsten Art, die aus der Hefe des Pöbels emporsteigen, oder freche Rubenbengel galizischer Herkunft. Solche Straöche und Lumpen, wie sie die rote Partei en masse hat, finden sich bei keiner anderen Partei. Wir überlassen Sie ruhig ihrem Pöbel von Anhängern, das ja in der Hauptsache aus Zuhältern, Dieben und anderen Zuchtstrahndandidaten besteht. Diesem Gesindel ist allerdings ein patriotischer bürgerlicher Abgeordneter, der auch noch Katholik ist, zuwider.“

Das Zentrum kann auf den Kurischen Stolz sein!

Meine Notizen.

Schwerer Erbenanfall. Im Antonifeld der Rabengrube in Neutode waren in der Nacht zum Mittwoch vier Vergleute beim Abräumen beschäftigt, als plötzlich Kohlenlager in großen Massen in die Brüche gingen. Die Vergleute Weniger und Scholz wurden getötet, die beiden anderen gerettet.

Die Kultur des 20. Jahrhunderts. Der Steinseker Fibers, der am 8. September 1913 die Frau des Landmannes Eggers in Moorfleth ermordet und beraubt hatte, ist Mittwoch morgen 7 Uhr auf dem Hofe des Hamburger Untersuchungsgefängnisses hingerichtet worden.

Eingegangene Druckschriften.

Meine frühesten Erlebnisse. Von Karl Spitteler. 2,50 M., geb. 3,50 M. C. Dieckhoff, Jena. Die Fanta am Pöbel. Erzählungen von schuldlosen Mägen. Von K. Deffauer. Kart. 2 M. C. F. Umlang, Leipzig.

als geschleitet betrachtet werden, da der Interneur die ihm gestellten Bedingungen nicht akzeptierte. Zur Vermeidung der Versammlung des Verbandes der größeren preußischen Landgemeinden in Düsseldorf, wurde der Gemeindevorstande Koad von der Vertretung gewählt. Der übrige Teil der Tagesordnung wurde nicht öffentlich verhandelt.

Cranenburg.

Mit den Mitgliedern in der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Niederbarnim beschäftigte sich eine öffentliche Protestversammlung. Der Referent, Genosse Mandel-Reinhold, legte im wesentlichen in derselben Form die unhaltbaren Zustände in der Kasse dar, wie er dies bereits in mehreren anderen Protestversammlungen anderer Orte getan. Die haben darüber eingehend berichtet. Besonders erwähnte der Redner noch die für die Mitglieder der Kasse vorherrschende unwürdige Art der Nachuntersuchung. Die Räumlichkeiten bei den Vertrauensärzten seien so primitiv, daß die in dem Vortraum wartenden Mitglieder die Vorgänge bei der Untersuchung beobachten könnten. In einem Schreiben eines weiblichen Mitgliedes wurde dies voblauf bestätigt. In demselben wird darauf hingewiesen, daß zur Erledigung der Schreibarbeiten bei allen Untersuchungen dem Vertrauensarzt ein junges Mädchen zur Verfügung stehe, das sehr oft Zeugnis der Untersuchungen sein müsse. Verschiedene vom Referenten angeführte Vorfälle zeigten, welche Zustände bei den Nachuntersuchungen und bei Abhebung des Krankengeldes vorherrschend sind. So wurde einem Mitglied bei erlittenem Unfall, nachdem ihm mehrere Rippen entsetzt waren, vom dem Vertrauensarzt die volle Arbeitsfähigkeit bescheinigt, während einige Tage später die in Betracht kommende Berufsgenossenschaft auf Grund seines Zustandes ihm die Invalidität zuerkennen mußte. — Eine im Sinne des Vortrages gefasste Resolution spricht ihre Enttäuschung über die zur Aussprache gebrachten Mißstände in der Leitung und Verwaltung der Kasse aus. Erkennend, daß die Verzögerung der noch ausstehenden Vertreterwahlen zum Ausschuss einer vollständigen Aufhebung des ohnehin schon genug verfallenen Selbstverwaltungsrechtes gleichkommt, sieht die Versammlung noch in der dadurch bedingten Ausschaltung des Stabsvorstandes bei den bevorstehenden Wahlen der Mitglieder des Versicherungsausschusses eine abermalige Vergeßlichkeit und Entrechtung der 80 000 Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim. Sie macht es deshalb allen gewählten Ausschussmitgliedern zur unbedingten Pflicht, gegen die angeführten Mißstände mit allen gesetzlichen Mitteln anzukämpfen, um so geordnete und vertrauenswürdige Zustände zu schaffen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Tegel.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst kam der durch Verabredung der Schlichter notwendige Umbau der Weiche der Kreisindustriehöhle zur Gärterung; an Stelle des früheren einfachen ist bei diesem Umbau und der notwendigen Höherlegung noch ein zweites Gleis über die Straße geführt worden. Zu den Kosten dieser Arbeit einen Zuschuß von 2000 M., den Rest von 2014 M. muß die Gemeinde tragen. — Der zur Kenntnis genommene Etat des Verbandeskrankenkassen in Reinickendorf schließt mit 427 000 M. ab (im Vorjahre 430 000 M.), auf Tegel entfallen 49 000 M., gegen das Vorjahr 4600 M. weniger. Die öfter erwähnten Verwaltungsangelegenheiten sollen die Vertretung in einer späteren Sitzung beschäftigen. — An die Eisenbahndirektion war eine Eingabe zwecks Verbesserung des Fahrplans nach Kremmen gerichtet worden, hauptsächlich zu dem Zweck, den Besuch der Tegeler Schulen bequemer zu gestalten; dem ist jetzt durch günstigere Zugverlegungen Rechnung getragen worden. — Die Abrechnung vom bisherigen Haushaltsjahr der Gemeinde ergab für 1913 einen Ueberschuß von 875 M. Die jetzt verpackten Anschlagstafeln konnten wegen nicht rechtzeitiger Lieferung der Säulen noch nicht in vollem Umfang aufgestellt werden, weshalb von der 1200 M. betragenden Budgetsumme schon 100 M. erlassen werden mußten. — Die in voriger Sitzung eingesezte Kommission hat der Vertretung ein umfangreiches Tableau über die jetzt neu zu schaffenden Schul- und Kommisionen ausgearbeitet. Gebildet werden folgende Kommissionen: für den Grundstücksverkehr und dessen Verwaltung, für die Gemeindefinanzen, das Armenwesen, Schulvorstand und Kuratorium jetzt für beide höheren (Knaben und Mädchen) Schulen zusammen, eine Betriebskommission, der sämtliche Gemeindevorte wie Wasser, Gas, Elektrizität usw. unterstellt sind, Bau- und Verkehrscommission, für Gesundheits- und Feuerlöschwesen usw. In der Schulkommission resp. dem Kuratorium sind unsere Genossen nicht vertreten; ihr Widerspruch wurde mit dem Hinweis auf die nicht erfolgende Bestätigung zurückgewiesen. Später erscheint aber, wie von unseren Vertretern hervorgehoben wurde, denn doch zweifelhaft, da in der vorgebrachten Bestimmung des Statuts nur von Anmeldung der betr. Kuratoriumsmitglieder die Rede ist, nicht von Bestätigung, welche nur für den Schulvorstand der niederen (Gemeinde-) Schule vorgeschrieben ist. Auch die gewerbliche Fortbildungsschule behält ihre besondere Organisation. Bei der Bildung der Grundstückskommission wünschen unsere Genossen Ausschaltung etwaiger Interessenten, da sie der Meinung sind, daß der vorgeschlagene Herr als gewerblicher Grundstücksvermittler mit den

Interessen der Gemeinde bei seinen Privatgeschäften kollidieren könnte. Dem wurde besonders vom Geheimrat von Borjig entgegengehalten, daß hier doch neben dem Verständnis des Interessenten auch ein erhebliches des Sachverständigen stehe, das für die Gemeinde sehr wertvoll wäre, er verweise hierbei unsere Genossen auf die Schulkommission, in die sie gewählt sein wollten, weil hauptsächlich Kinder ihrer Klasse dabei in Frage kämen. Deshalb wäre es schwer, hier die Interessenten auszuschalten. Herr Westphal berichtigte, daß er als Landmesser der Gemeinde keine Kompensationen berechnen werde, zu ihm käme man nur als Sachverständigen, und so würde denn auch an den Vorschlägen nichts geändert. Des weitern wurde noch von unseren Genossen der Wunsch geäußert, in eine Kommission nicht allzu viele Vertreter der Firma Borjig hineinzunehmen; letztere heißt bekanntlich unter den 15 Gemeindevetretern allein drei. Bis der Bürgermeister erklärte, er hoffe der Gemeindevorstand nun durch diese Neuordnung ein recht erprobliches Arbeiten. — Für die jetzt noch häufigen Sonntaggebeerdigungen hat der Friedhofsverwalter zur Erweiterung der Sonntagruhe erhebliche Beschränkungen verlangt; die Gemeindevorstellung trat dem Vorschlage des Vorstandes insofern bei, daß in den einschlägigen Fällen Sonntags nur bis 2 Uhr beerdigt werden solle. — Die Errichtung von Tennisplätzen durch die Gemeinde zeitigte eine längere Debatte. Die Anregungen hierzu entkamen in wesentlichen den beiden Hausbesitzervereinen. Die Kosten dürften sich auf 1500 M. für einen Platz belaufen, ursprünglich waren zwei Plätze geplant. Die Vertretung entschied sich aber zunächst nur für einen Platz, der hinter dem Gemeindegrundstück der „Reisstrasse“ hergerichtet werden soll. Der Pächter, Herr Halbesel, will 150 M. jährliche Pacht zahlen, wofür er die Spielfläche und Geräte zu unterhalten hat. Die Gemeinde hätte also nur den Platz herzurichten; die dafür nötigen 1000 M. werden dem Dispositionsfonds entnommen. Der Pächter darf vertragsmäßig nur einen Höchstentritt, resp. Benutzungspreis von 1.— M. pro Stunde nehmen. Mit einem solchen Preis glaubt man den Platz „möglichst allen Bevölkerungsschichten“ zugänglich zu machen, wie mehrere Gemeindevetreter betonten, als unsere Genossen sich nachdrücklich gegen diese Art Veräußerung der Gemeindefinanzen wandten. Bei dieser Gelegenheit brachten unsere Genossen die ganze Art der Behandlung unserer Turner und spielenden Jugend durch die Gemeinde resp. des auf dem Spielplatz herrschenden Gebahrens unseren Kindern gegenüber zur Sprache. Von der bürgerlichen Seite wurden die Beschwerden unserer Genossen nicht zugegeben, besonders Herr Westphal als Platzverwalter verweigerte ihm dagegen. Unsere Forderung, die Spiel- und Tennisplätze ganz allgemein zugänglich zu machen, wird noch bei anderer Gelegenheit energischer vertreten werden müssen, damit dieselben gerade für Tegel mit seiner starken Arbeiterbevölkerung von Nutzen werden können. In diesem Sinne sprachen sich unsere Genossen Salts und Massa aus. — Es folgte dann noch eine vertrauliche Sitzung.

Reinickendorf-Ost.

Zwei Kinovorstellungen mit ausgewähltem Programm veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss am Sonnabend, den 23. Mai, in den Hubertusfelsen, Provinzialstr. 77/79, und zwar: für Kinder nachmittags von 2½—4 Uhr pünktlich, Eintritt (auch für begleitende Erwachsene) 10 Pf.; für Erwachsene abends von 8¼—11 Uhr, Eintritt 20 Pf. Nach der zweiten Vorstellung: Gemütliches Beisammensein. (Tanz 20 Pf.)

Der Antrag dieser Veranstaltung soll die baldige Errichtung eines Arbeiter-Jugendheims fördern helfen. Wir ersuchen schon dieses ganze Zwedes wegen um recht zahlreichen Besuch der Vorstellungen.

Spandau.

Eine von 1200 Personen besuchte Protestversammlung gegen die russischen Gefangnisregeln fand Dienstagabend bei noch in der Feldstraße statt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der größte Saal Spandaus so überfüllt, daß Hunderte keinen Einlaß mehr finden konnten. Schriftsteller Ernst Reuter verstand es, an Hand von guten Schildern die Leiden der politischen Gefangenen in Rußland so lebendig zu schildern, daß trotz der im Saale herrschenden drückenden Hitze die Versammlungsteilnehmer den Vortrag mit großem Interesse bis zum Schluß verfolgten. Als Uebersetzungs der Versammlung konnten dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands über 100 M. zugeführt werden. — Beitrittserklärungen für den genannten Verein werden vom Genossen Köppen, Breitestr. 64, entgegengenommen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichsfelde. Freitag, den 22. Mai, abends 6¼ Uhr, im Sitzungssaal des Rechenhauses, an der Treckow-Allee. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Spandau. Die Arbeiterjugend macht heute nachmittags einen Ausflug nach Badenberg. Um 1½ Uhr nachmittags vom Künze-Denkmal. Jede Beteiligung erwachsener Personen ist gleichfalls erwünscht.

P f i n g s t e n 1914!

Auch Sie werden gewiß zu Pfingsten farbige Schuhe gebrauchen, und sollten Sie nicht veräumen, bevor Sie Ihren Bedarf decken, unseren Schuhvertrieb „Der Schuhhof“ zu besichtigen. Unser wohl einzig dastehendes, vom Keller bis zur 4. Etage nur Schuhwaren enthaltendes Geschäftshaus bietet in seinen äußerst reichhaltig sortierten Lagern eine großartige Auswahl. Unser Verkauf zu wirklichen Engros-Preisen verschafft Ihnen derartige Vorteile, wie sie Ihnen so leicht von anderer Seite nicht geboten werden können. Wir bitten noch zu bemerken, daß wir außer unserer Zweigniederlassung Spandau, Breitestraße 22, keine Filialen oder Zweiggeschäfte unterhalten.

„Der Schuhhof“ Linkstraße 11

Schuh-Vertrieb zu Engros-Preisen.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Verwaltungsmittglied und Kassierer des 2. Bezirks, der Kollege
August Doye
Müllerstraße 38a
im 55. Lebensjahre nach längerem Leiden am 19. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Seine opferbringende Tätigkeit und sein Arbeitsfleiß werden bei uns als ehrendes Andenken überdies Grad hinaus erhalten bleiben.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Am Dienstag um 2 1/2 Uhr verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser kreislagernder Vater, Schwieger- und Großvater
August Doye
im 55. Lebensjahre. 11674
Dieses zeigen selbst an
Wanda Doye nebst Kindern,
Müllerstraße 38 a/b.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apotheken-Friedhofes auf dem städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
21. Wkt., Bezirk 702.
Am Dienstag, den 19. Mai, verstarb unser Genosse, der Kollege
August Doye
Müllerstr. 38.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.
Bezirk 119.
Am 19. Mai verstarb unser Mitglied, der Tischler
Otto Röder
Graefstr. 32.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
V. a. G. Hamburg.
Fisalia Lichtenberg II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 18. Mai unser Kollege
Gustav Schütke
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Büchstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 30. Mai verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeger
Otto Oppel
aus Freienwalde a. D. im 61. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Die Kollegen des „Berliner Tageblatts“.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederbarnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Gustav Schütke
verstorben ist. 11774
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des alten Rummelsburger Friedhofes, Büchstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Köpenicker Viertel, Bez. 160 L.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlichter
Paul Venz
Halbemarstr. 12, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand in Friedrichsfelde statt.
21376 **Der Vorstand.**

Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.
In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Tischler, der Schlichter
Willi Henschke
am 18. Mai an Lungenerleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
Der Herr hat unser Mitglied, der Formier
August Doye
Kammerdamer Str. 38 am 15. d. M. an Leberleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Paul Gottschar
am 18. Mai im Alter von 24 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
August Schwenzer
Gutrystraße 31
im Alter von 70 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/2 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Packer
Gustav Graminski
am 17. Mai im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Paul Broede
vom der Firma Schwarzkopff, Scheringstraße, am 18. Mai im Alter von 23 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/2 **Die Bezirksverwaltung.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner treuen Lebensgefährtin, unserer guten Mutter
Berta Tesche
lagen wir hierdurch allen Beteiligten, meinen Mitarbeitern, dem Personal der Firma Richard L. G. Schulz, sowie dem Wahlverein für Reußhain unsern tiefgefühlten Dank. 11934
Paul Tesche nebst Kindern.

Herzlichen Dank
lagen wir allen für die liebevollen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, insbesondere dem Wahlverein Neumölin, den Rauchbrüdern des Central-Raucherbundes, dem Rauchklub „Leuchtende Raucher“, dem Sparverein „Achter Müller“ sowie den Kollegen der Firma Stod (Motorflug).
Der trauernde Gatte
Max Schürer
nebst Kindern. 11931

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83/85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter
im Lokal von Brinkmann (früher Werkowitsch),
Andreasstraße 26.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Sonntag, den 24. Mai, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Emailierer und verw. Berufsgenossen
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschel über: „Unsere zukünftigen Aufgaben.“ 2. Betriebsangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 24. Mai 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
findet die
Wahl von 9 Delegierten
zum diesjährigen Gewerkschaftskongress
in München statt.
In folgenden Lokalen wird abgestimmt:

- Kaczorowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.
- Voigt-Theater, Badstr. 58 (großer Saal).
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Patzenhofer Brauerei, Tarmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 55.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3 u. 2.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Nitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
- Burdacks Restaurant, Schöneleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Rott, Straßmannstr. 29.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- „ Kaiser, Wildenbruchstr. 85/86.
- „ Gauter, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- „ Krüger, Reuterstr. 68.
- Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
- Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulenstraße 67.
- Tempelhof, Grützmacher, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinestr. 3.

- Köpenick - Friedrichshagen, Käfner, Köpenick, Kaiserin-Augusta-Victoria-Straße 29.
- Stralau - Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
- Lichtenberg, Kurkowsky, Pfarrstr. 74.
- Steglitz, Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15a.
- Ober - Schöneeweide, Warnleke, Wilhelminenhofstraße 16.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
- Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
- Weißensee, Peukert, Berliner Allee 303.
- Tegel, Horning, Brunowstr. 23.
- Reinickendorf, Kohn, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee.
- Spandau, Wilke, Linden-Ufer 17.
- Pankow, Rozycki, Krounstr. 3/4.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand abstimmen!
Die Stimmgäbel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege W. Siering, Sienstr. 83/85.

Montag, den 25. Mai 1914:
Bezirks - Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharmasäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Oststr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Frachtsäle Nordwest, Wickestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Reichenstr. 2, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorf, Gießbergstraße 16, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comenius-Säle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant Kurkowsky, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau - Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 Uhr.
- Weißensee: Prälaten, Lehderstr. 122, abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 6), abends 8 1/2 Uhr. - Vortrag des Genossen Dr. R. Breitscheid.
- Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick und Friedrichshagen: Restaurant Lehmann, Rüpenstr., Bahnhofstr. 44, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschöneeweide, Niederschöneeweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant George, Oberschöneeweide, 2. Wilhelmshofstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Derts, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur ordentlichen Generalversammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Achtung! Metalldrücker. Achtung!
Die Vertrauensmänner-Konferenz der Drücker fällt im Monat Mai aus.
11937 **Die Ortsverwaltung**

Westman
Mohrenstrasse 37 a
Große Frankfurter Strasse 115
Heute und morgen:
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Gummitin-, Popeline-Mäntel, Ulster, Schiffs-Mäntel jetzt für 16.-
Eolienne - Mäntel selbst für stärkere Figuren sonst bis 22.- jetzt für 50.-
Schicke Phantasie-Kostüme aus Frotte, Kammgarn, sonst bis 49.- jetzt für 22 1/2
Modelle in Kostümen, Mänteln, Gesellschaftskleid. sonst bis 25.- jetzt für 65.-
Gesellschafts-Kleider in Vellin, Tüll, Japan, Seide sonst bis 90.- jetzt für 22 1/2
Auch für stärkere Figuren
Fesche Blusen . . . M. 3.50
Lodencape . . . von M. 7 1/2 an
Lodenkostüme . von M. 25 an
Peiz- u. Filischmäntel jetzt 60% unter Preis
Himmelsfahrt 6-10, Sonntag 8-10, 2-5 geöffnet



Briefkasten der Redaktion.

23. 65. Rein. — 6. 8. 25. In der Regel ist das Kinderleben bis 11 Uhr geöffnet. — W. 2. 100. Ein Scheidungsgericht liegt nach ihrer Darstellung vor. Die Klage wäre auf 6. 100. des G. O. B. (schwere Bedeutung der durch die Ehe begründeten Pflichten) zu fassen. Der Klage muß beim Amtsgericht ein Einkommensnachweis vorgelegt werden. — H. 6. 70. 1. Ja. 2. Persönlich zu notariellem Protokoll. 3. Ja, sofern das Kind älter als 14 Jahre ist. 4. Das Kind jünger, so muß der Vormund die Erklärung abgeben. 5. Das Kind älter als 14 Jahre, aber noch nicht 21 Jahre, so ist die Zustimmung des Vormundes erforderlich. 6. Der notarielle Adoptionsvertrag und die Einmündigungserklärung. — G. 2. 24. 1. Ja, und zwar den wärllich entlassenen Schöden. 2. u. 4. Ja. 3. u. 5. Nein. — W. 2. 100. Für dann, wenn in den Bedingungen eine solche Verpflichtung enthalten ist, andernfalls nein. — B. 2. 8. 1. Der Verlust kann gemacht werden. 2. Das ist nicht erforderlich. 3. Etwa 20 M. — C. W. 112. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, in welchem Gewerbe Ihr Sohn als Lehrling tätig ist und wieviel Personen in dem Betriebe beschäftigt sind. — G. 6. 8. 28. Das zweckmäßigste ist die Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments entweder beim Notar oder beim Gericht oder durch eigenhändige mit Urteilsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehene Niederschrift. Der andere Teil muß ebenfalls mit Urteilsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen sein. Es ist empfehlenswert, das Testament auch als das zweite gilt. — Clara 6263. 1. Die Frage läßt sich nur nach Einkünften in die Aktien des Anwalts beantworten. Wir raten jedoch, die Zahlung des Ex-

honorars abzulehnen. 2. Unseres Erachtens ist das Abkommen wegen Verlustes gegen die guten Sitten nichtig. — Z. 9720. 1. und 2. Den Erben, und zwar dem Ehemann zur Hälfte und zur anderen Hälfte den Kindern beider Ehen. — W. 8. 18. 1. Nein. 2. Wenn Beleidigungen nachgewiesen werden können, können Sie nach vorherigen Einmahnen lahren beim Schiedsman beim Schiedsgericht die Klage erheben. — G. 2. 1. Ihre Schwester muß sich vor Ablauf von 3 Wochen, von dem Auscheiden aus der Verheiratung ab gerechnet, als freiwilliges Mitglied melden, wenn sie ihre Rechte aufrechterhalten will. 2. Etwa 14 Tage. 3. Nein, Sie müssen die Rechtskraft des Urteils abwarten. — H. 10. 1887. 1. 2. u. 3. Die Beantwortung würde den Namen des Befragten sehr überflüssig machen. Durch Nachfragen von Berlin in einer größeren Bibliothek festzustellen. 4. Ja. 5. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte. 6. 1890 beginn. 7500. — G. 2. 1. Nein. — G. 88. Dagegen läßt sich nichts tun. — G. 2. 7. An den aufsichtsführenden Richter beim Amtsgericht Charlottenburg. — T. 2. 25. 1. Nein. 2. Die Kosten trägt der im Prozeß unterliegende Teil. 3. Nicht rechtsgültig. Die Höhe des Unterhaltsanspruchs richtet sich nach der Höhe des Verdienstes und den etwaigen sonstigen Unterhaltverpflichtungen. — H. C. Vichtenberg. 1. und 2. Nein. Nur die etwaigen Zinsen sind abzugeben. — H. 8. 100. 1. Nein. 2. Der Konfession an, der der Vater angehört hat zur Zeit, als das Kind geboren wurde. Soll das Kind konfessionslos werden, so ist der Konfession beim Amtsgericht anzumelden. — C. 2. 100. 1. Nein, für den Fall der Veranlagung muß reklamiert werden. 2. Durch Mitteilung an die Kirchenbehörde. — E. W. 55. 1. und 2. Nein

— G. 2. 56. Eine 50 bis 60 M. monatlich. Wenn geschäftliche Entscheidung provoziert wird, entstehen dadurch erhebliche Kosten. — Sparrekrone 1. Ja, Geld- oder Geländemietkauf. — G. 2. Ja. — 13. W. 8. Wenn in dem Scheidungsurteil Gebrauch festgestellt und deswegen die Ehe geschieden ist, ist die Verheiratung nur möglich, wenn eine Verheiratung vom Ehemann durch den Zivilminister bewilligt wird. — S. 2. 100. 1. Ja, falls die Behauptung bewiesen werden kann. 2. u. 3. Nein. 4. Der Ehemann kann nur Klammungsfrage erheben. 5. Ja, ob der Ehemann glauben bezeugen ist, liegt am Richter. 6. Ja, die Klage ist beim Amtsgericht zu erheben. 7. Ja, falls Sie von der Gemeinde ein Armenzeugnis bekommen. 8. u. 9. Der Ehemann ist ebenfalls mündig, falls die Zeugnisse nicht anders belegen.

Marktwerte von Berlin am 19. Mai 1914, nach Ermittlungen des k. k. Reichsanwalts. Weizen (ungek.), Rote 00,00—00,00, Dönau 0,00—0,00. Mais (runder), gute Sorte 15,40—15,70. Roggen 5,20. Gerste 7,00—8,50.

Wachstullenpreise. 100 Kilogr. Schmal, gelbe, zum Schmelzen 34,00—35,00. Schweinefleisch, weiße 25,00—30,00. Eier 40,00—50,00. Kartoffeln (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 0,00—0,00. Rindfleisch, Schweinefleisch 0,00—0,00. Schmalz 0,00—0,00. Butter 2,40—2,50. 60 Stück Eier 3,20—4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Tele 1,00—3,00. Bander 1,00—3,00. Seife 1,40—2,50. Säge 1,00—2,50. Schale 1,40—2,50. Stein 0,80—1,00. 60 Stück Steine 3,00—4,00.

Zentrale Norden: Brunnenstrasse 1 Eingang Weinbergsweg 28
 Filiale Osten: Frankfurter Allee 89
 Filiale Süden: Kottbuser Damm 103
 Filiale Westen: Charlottenburg Scharrenstrasse 5



Kostüme - Kleider - Frotté - Blusen - Röcke
 Elegante Backfisch-Garderobe Reizende Kinder-Konfektion

Anzahlung und Ratenzahlung nach Uebereinkunft

Anzüge & Paletots in kolossaler Auswahl!
Gratis: 1 Roles+Los erhält jeder neu hinzukommende Kunde, der einen Einkauf von mindestens 40 M. bei einer Anzahlung von 10 M macht
Damenhüte & Wäsche Schicke Schuhwaren
Aeusserst billige aber streng feste Preise!

Schauensier-Besichtigung für Jedermann lohnend!

Orts-Krankenkasse der Klempner zu Berlin.

Am Dienstag, den 26. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelstr. 15, Kattlinde.

Ausgangsfrage

werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten im Ausschuss unserer Krankenkasse hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses.
2. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1913.
3. Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1914.
4. Beratung und Beschließung über eine Antragsordnung für unsere Krankenkasse.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Mitglieder des Ausschusses pünktlich erscheinen.

In unserer Bekanntmachung vom 10. Mai cr. ist nachzutragen, daß Herr Paul Jecelich auf den Wahlvorschlag der Versicherten als Ersatzmann zum Vorstand der Ortskrankenkasse der Klempner gewählt wurde.

Der Vorstand.
 A. H. Joseph Hartmann, Vorsitzender.

Knabenanzüge

in Sommer, Herbst, Winter. Geht Knaben-Waschanzüge in außerordentlich billigen Preisen direkt in der Fabrik Bertha Preßler, 50 Lindenstr. 50, 1. Etage, Berlin.

Abessinier-Brunnen

zum Selbststellen für 3 m Höhe schon von 12 Mark an. Hochdruck, Garten- u. Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Mehrere Modelle gratis. Koblanck & Co., Pumpenfabrik, Berlin N. Reinickendorfer Straße 95.

Pianofabrik

in der Gegend kann sich Fachmann, bezogenen Kästen, Fronten oder Bodenmacher mit 4-5 Stühle beteiligen. Offerten unter K. H. 1559 an die Expedition der Zeitung.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-9, Sonntags 9-11.

Eilt sehr! Das Haus wird umgebaut!

Sensations-Verkauf

Leipziger Str. 104 (vis-à-vis Kempinski) Leipziger Str. 104
 Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

- Schicke Blusen von Mark 4.- an
- Kostüme in Kammg., Frotté, Tuch, Epinglé, nette Fassons, Saisonpr. 32.- bis 120.- jetzt für 14.- bis 85.-
- Kleider aus Taill, Seide, leichte, luftige Stoffe Saisonpreis 16.- bis 195.- jetzt für 16.- bis 80.-
- Staubmäntel Gummimäntel, Capes für Gehirge, See, Promenade, Saisonpreis 21.- bis 94.- ... jetzt für 12.- bis 48.-
- Echte Pelzmäntel sonst bis 300.- für 125.-
- Echte Pilschmäntel sonst bis 112.- für 75.-
- Echte Lodenmäntel sonst bis 33.- für 22.-
- Echte Loden-Capes sonst bis 21.- für 14.50

Himmelfahrt 8-10 Uhr, Sonntag 9-10 und 2-6 Uhr geöffnet!

Günstiges Pfingst-Angebot!

Reste in Konfektions-Stoffen, wie: Gurbardine, Tuche, Moiré-Velours, Taffet, Liberty etc.

Fertige Konfektion Kostüme, Strahmücheln in Gummilina u. Popeline Seiden-Paletots, Jackett- u. Blusen-Passon verkauft von heute an zu

außergewöhnlich billigen Preisen!

C. Pelz, Kottbuser Strasse 5
 Sonntag von 8-10 und 2-6 Uhr geöffnet

Stoffe

für Massanzüge, Paletots Meter 4.-, 6.-, 8.- M.
 Damen-Kostüme Stoffe Meter 3.-, 5.-, 7.- M.
 Original englische Stoffe Meter 8.-, 10.-, 12.- M.
 Loden für Pelzerinnen, Anzüge Meter 2.-, 3.-, 5.- M.
 Reste günstigste Kaufgelegenheit.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne, 1.40 an. 2166b
 Migge, Allee 146a.

Fabrikräume

zu vermieten, große u. kleine, hochstuhl, große Ofen, für jeden Bezirk. — Altona 10 Pf. — Grundstück, nach zwei Straßen, auch zu verkaufen. 71/90*
 Weißensee (Tel. 89), Langhandstraße 4 (Hinterplatz).

Spezialarzt

f. Haut, Harn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitstänke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. G. fons. Laborat. Blut-untersuchung, haben f. Harnstoff, gegenüber Friedrichstr. 81, Kanoplium Opt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Wanderkarten

hält stets vorräthig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden)



Dornehme Herren-Moden

fertig und nach Maß
 Garantie: Tadelloser Sitz
 feinste Verarbeitung!

Auf Wunsch Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg & Co.
 Maß-Schneiderei
 Rosenthaler Straße 36'

Wir bitten genau auf Hausnummer 36 zu achten, da wir keine Filialen unterhalten.
 Gegründet 1898

Komplette Einrichtung von 265 M. an
 Besseres Schlafzimmer von 345 M. an
 Küche . . . von 48 M. an
Brunnenstrasse 120

Elegantes Speisezimmer 420 bis 900 M.
 Herrenzimmer 415 bis 900 M.

Möbel Otto Piehl
 godiegen und billig
 Brunnenstrasse 120

Garnitur 100-350 M.
 Schlafsofa 75-120 M.
 Umbausofa 52-78 M.
 Walzendivan 52-85 M.
 Chaiselongues 21-65 M.

Bettstelle . . . 21-72 M.
 Kleiderschrank 19-165 M.
 Tisch . . . 6.50-65 M.
 Stuhl . . . 2.50-21 M.
 Vertiko . . . 38-72 M.

Konkursmassen-Ausverkauf

Verkauf 9 bis 1 Uhr, 3 1/2 bis 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr, Sonntag, den 24. Mai, 3 bis 6 Uhr

Friedrichstr.
110-112

Passage-Kaufhaus

Friedrichstr.
110-112

50% herab-gesetzt

Lederwaren

Reise-Artikel, Schreib-Mappen, optische und photograph. Artikel

Toilette-Artikel

Bürstenetuis, Manikur-, Celluloid-artikel, Rasierständ., Schwämme, Gummischwämme u. ähnl. Artikel

40% herab-gesetzt

Herrenwäsche, Krawatten
Wollene und wollgemischte Trikotagen
Franz. und englische Parfümerien

50% herab-gesetzt

Gardinen, Bettdecken, Stores, Halbstores, Möbel-Stoffe, Möbel-Posamenten, Fensterdekorationen, Kissen, Wollfries reine Wolle, 130 u. 160 cm br. Läuferstoffe, Wachstuche

40% herab-gesetzt

Tischdecken, Diwanddecken

33 1/3 herab-gesetzt

Wollene u. wollgemischte Strumpfwaren

Harzer Sauerbrunnen

Flasche 15 Pl., 20 Flaschen 2.80 inkl. Flasche

50% herab-gesetzt

Rest- | Sonnenschirme
bestände | Wäschestickereien
Taschentücher

70% herab-gesetzt

Pelzwaren einfacher Arten
Krawatten, Koflers, Muffen
Schlittschuhe

Emaile-Geschirre

Serie I	II	III
15 Pl.	35 Pl.	55 Pl.
Serie IV	V	VI
85 Pl.	1.45	1.95

Herren-Hüte

Weiche Ital. Haarfilzhüte in Schwarz ...
Echte Grazer Lodenhüte ...
Reise- und Sport-Mützen

30% herab-gesetzt

Seidenhüte und Chapeaux claques

40% herab-gesetzt

Don der Kundschaft des Passage-Kaufhauses u. der Potsdamer Str. noch vorhandene photograph. Platten werden derselben zum Preise von M. 1.— per Stück überlassen

Gardinen

Reste und einzelne Fenster

Künstler-Garnituren, Allover-Net-Garnituren, Madras-Garnituren, Bettdekorationen, Bettdecken, Stores, Scheibengardinen, Rouleaux u. Rouleauxstoffe zu ganz besonders billigen Preisen.

Unsere Waren sind verbürgt beste Qual., selbst i. d. niedrigst. Preislage.

Vertrieb von Erzeugnissen siehe:

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot u. Co., Kommanditgesellschaft.

Unsere Original-Preise sind verbürgt nur:

- K. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler-Platz.
- M. Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz.
- S. Kottbusser Damm 65, (Neukölln), nahe Hermannpl.
- C. Neue Königstr. 61/64, Zentrale und Versand.
- O. Frankfurter Str. 5/6, Ecke Fruchtstraße.
- O. Niederbarnimstraße 13, Ecke Boxhagener Straße.
- O. Grüner Weg 25, gegenüber der Markthalle.
- N. Schönhauser Allee 83, nahe Hochbahnstation Nordring.

Spezialhaus allergrößen Stills mit Einzelverkauf. Sachgemäße Bedienung.

Schnupfer!

achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Brunnenstraße 185 BERLIN N Brunnenstraße 185

Aktiva. Bilanz am 31. Dezember 1913. Passiva.

Aktiva		Passiva	
Substantkonto	RM.	Mitglieder-Guthabekonto	RM.
Maschinen, Bestatt- und Laden- einrichtungen laut Bilanz vom 31. Dezember 1912	4988,00	Eingezahlte Geschäftsanteile	30879,15
Zugang	550,20	Mitglieder-Darlehnskonto	
ab Abschreibung 20%, von 10 200,18 RM.	2040,36	Darlehen der Mitglieder einschließlich Zinsen 4%	34350,27
	2947,64	Kontoforrentenkonto-Kreditoren	
Stichtungskonto		Schulden	24614,94
Beuliche Veränderungen, Firmen- schilder usw. laut Bilanz v. 31. De- zember 1912	3731,82	Dividendenkonto	
Zugang	94,60	Nicht abgehobene Dividende	251,51
ab Abschreibung 20%, von 6562,45 RM.	1312,49	Darlehenskonto	
	5250,33	laut Bilanz vom 31. Dez. 1912	11184,98
Warenkonto		zugänglich aus Gewinnverteilg. 1912	3425,23
Warenbestände	71610,73	Dispositionsfondskonto	
Kontoforrentenkonto (Debitoren)		laut Bilanz vom 31. Dezemb. 1912	5054,81
Außenstände	3015,82	zugänglich aus Gewinnverteilg. 1912	6851,86
Kassakonto			12800,67
Barbestand	658,26	abzüglich Darlehen u. Unterstützung	576,15
Guthabekonto		Gewinn- und Verlustkonto	
Guthaben bei der Dresdner Bank	37941,—	Reingewinn	3267,66
Kautionskonto			
Kaution für Gas	220,—		
Anteilkonto Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Stammanteil)	250,—		
	Summa 120204,99		Summa 120204,99
	Mitgliederzahl am 1. Januar 1912	153	
	Neu eingetreten	12	
		Summa 165	
	Ausgeschieden freiwillig	13	
	durch Uebertragung	1	
		14	
	Mitgliederzahl am 31. Dezember 1913	151	

Die Mitglieder-Guthaben verminderten sich im Jahre 1913 um 429,15 RM. Die Guthabensumme, für welche alle Genossen zusammen am Schlusse des Jahres 1913 aufzutreten haben, beträgt 20 200 RM. Diefelbe verminderte sich um 400 RM.

Berlin, den 14. Mai 1914.

„Hoffnung“ Berliner Schneiderei-Genossenschaft

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand: Wilh. Kauth, E. Becker, J. Apel, M. Schmitt, H. Stebb.

Für den Aufsichtsrat: Fr. Kiewow.

Am Sonntag, den 24. Mai ist unser Geschäft von 8-10 und von 2-6 Uhr geöffnet.

R. v. M. 6.— an Petershagen

ca. 7 Min. v. Bahnh. Frederdorf. Kostenfreie Auskunft beim Vertreter Puhle im Verkaufspavillon am Bahnhof Frederdorf. Nieschulke & Nitsche Berlin, Neue Königstr. 16. Ypstr.-Amt: Königl. 6376.

Große Einkaufsvorteile bietet Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Riesen-Teppich-Lager

aller Größen und Qualitäten.
Sofa-Größe & 5, 10, 15-40 M.
Salon-Größe & 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe & 45, 60, 75-800 M.
Gardinen, Partieren, Möbelstoffe, Tischdecken, Steppdecken usw.

Eine Partie reichgestickter Plüschportieren pro 6.85 (regulär) Fenster 10.50

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko. Frankoversand aller Waren v. 20 M. an Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Reichstag.

283. Sitzung. Mittwoch, den 20. Mai 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück, v. Falkenhayn. Der Rest der dritten Lesung des Etats wird ohne Debatte erledigt, und der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Reform des Militärstrafgesetzbuches.

Wir sind in einer Zwangslage und können das Scheitern der Reform nicht verantworten, aber wir lehnen jede Verantwortung für die politischen und juristischen Folgen der Ablehnung unserer Anträge ab.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Keine neuliche Vorhergabe, daß wir noch während der zweiten Lesung den Unfall erleben würden, hat sich rasch bestätigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die liberale und fortschrittliche Höflichkeit gegenüber dem Kriegsminister und der Regierungsgewalt liegt wieder einmal klar zutage.

Abg. Fehrenbach (Z.):

Auch wir bedauern, daß die Regierung den Anregungen der Kommission keine Folge gibt. Wir hoffen, daß die Militärverwaltung wenigstens den strengen Arrest reformieren und den Kreis der Vorgelegten bei den Kontrollverfammlungen einschränken wird.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir stimmen selbstverständlich jeder Straferleichterung zu, aber irgendwelchen Rechtsverschärfungen können wir unsere Stimmen nicht geben.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Weil ich pflichtmäßig meinen Standpunkt vertreten, habe ich harte Worte, Stacheln und Schlimmere, zu hören bekommen. Aber es hat niemand versucht, mir zu widerlegen, daß in den Kommissionsbeschlüssen und in den Anträgen der Sozialdemokraten schreiende Unstimmigkeiten vorliegen, die zu beheben man nicht einmal sich bemüht hat.

Präs. Dr. Kaempf:

Wenn ein Mitglied dieses Hauses gegenüber einem anderen Mitgliede dieses Hauses das Wort „Verbrechen“ so gebraucht hätte, wie

es der Kriegsminister gegenüber dem Abg. Stadthagen gebraucht hat, würde ich dieses Mitglied des Hauses zur Ordnung gerufen haben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Kultur auf der Arbeit aller schaffenden Stände, aller Hand- und Kopfarbeiter beruht. Aber eben nur auf der Arbeit der schaffenden Stände, nicht auf dem Nehmen der raffenden Stände.

Damit schließt die Debatte. Nach den Anträgen der bürgerlichen Parteien wird die Regierungsvorlage durchweg wieder hergestellt und ergänzt nur durch einen Antrag Müller-Reinings-Fehrenbach über die Zulassung mildernder Umstände auch bei Fahnenflucht im Komplotz, den der Kriegsminister für unannehmbar erklärt hat.

Abg. Haase (Soz.):

Wir werden in der Gesamtabstimmung für das Gesetz stimmen, da die Verbesserungen immerhin einen kleinen Fortschritt bedeuten.

Das Gesetz wird in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften.

Die Denkschrift wird debattelos zur Kenntnis genommen. Es folgt die Beratung der Resolution Weillböck betr. die zollwidrige Verwendung von Gerste.

Abg. Weillböck (L.):

Ich werde mich sehr kurz fassen. (Stürmisches Bravo!) Bekanntlich ist die Gerste beim Zolltarif differenziert worden derart, daß für Braugerste der doppelte Zollfuß der Futtermerze zu entrichten ist.

Abg. Freiherr v. Aretin (Z.):

schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Präsident Dr. Kaempf

gibt folgende Erklärung ab: Nachdem das amtliche Protokoll Zweifel erhoben hat, ob die Äußerung des Kriegsministers sich direkt auf den Abg. Stadthagen bezog, und nachdem der Kriegsminister mir hat mitteilen lassen, daß die Äußerung allgemein gemeint war, ist der Anlaß der vorhin von mir gemachten Bemerkung beseitigt.

Die Ausführungen eines Regierungsvertreters in bezug auf die Resolution Weillböck bleiben unverändert.

Abg. Stolle (Soz.):

Ein Beweis dafür, daß wirklich die gesetzlichen Bestimmungen umgangen werden, ist nicht erbracht worden. Wenn sie aber wirklich umgangen werden, so würde das nur die Nichtigkeit unserer Ausführungen bestätigen, die damals von unserer Seite gemacht wurden, als die Differenzierung der Gerste die Einigungsformel für den Zollwucher abgab.

Abg. Koch (Rp.):

Herr Weillböck hat die Umgebung der gesetzlichen Bestimmungen zwar behauptet, ist und aber den strikten Beweis für die Nichtigkeit seiner Behauptungen schuldig geblieben. — Ich halte es für angebracht, daß in irgendwie erheblichem Umfang Futtermerze als Braugerste benutzt wird.

Abg. Weillböck (L.):

protestiert im erregten Tone gegen die Auffassung, als ob er irgendwie den Beamten ungeschickliches Verhalten vorgeworfen habe und verbreitet sich unter ungeduldiger Unruhe des Hauses über die Höhe der Dividende der Brauerei Schuitheiß und anderes.

Abg. Fegter (Rp.):

wird von der Rechten mit wütenden Schlußrufen empfangen: Der Zweck der Hebung ist die Verteuerung der Gersteneinfuhr noch über den Zolltarif von 1903 hinaus. Dazu bieten wir niemals unsere Hand. (Bravo! links.)

Abg. Fegter (Rp.):

Damit schließt die Diskussion. Bei der Abstimmung erheben sich für die Resolution die Rechte, das Zentrum und die Mehrheit der Nationalliberalen.

Präsident Kaempf:

Ich beraume für sofort eine neue Sitzung an mit der Tagesordnung „Schluß“. (Schallende Heiterkeit.) Der Präsident eröffnet die Sitzung und gibt einen Überblick über die Arbeiten des Reichstages in seiner drei Jahre umfassenden Session.

und der Etat ganz eingehend durchberaten. Die vielen dabei gegebenen Anregungen werden nicht ohne Erfolg bleiben. Möge die Arbeit zum Segen des Vaterlandes angeschlossen werden. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück

verliest, während die bürgerlichen Abgeordneten sich erheben, die kaiserliche Ermächtigung, den Reichstag am 20. Mai zu schließen. Er überreicht die Urkunde dem Präsidenten und erklärt die Session für geschlossen.

Präsident Dr. Kaempf:

Wir aber trennen uns mit dem Aufse: Se. Majestät Kaiser Wilhelm II., er lebe hoch!

Die bürgerlichen Abgeordneten stimmen in diesen Hochruf ein, während die Sozialdemokraten sitzen bleiben.

Dr. Kaempf

zieht einen Zettel heraus und liest vor: Ich spreche mein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß ein Teil der Mitglieder dieses Hauses sich an unserer Kundgebung nicht beteiligt hat.

Schluß 2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung, Mittwoch, den 20. Mai 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Dritte Lesung des Etats.

Einzelberatung.

Zunächst werden der Domänenetat, der Forst- und Anpflanzungsetat ohne erhebliche Debatte bewilligt. Beim Landwirtschaftsetat

befürwortet Abg. Wallenborn (Z.) einen Antrag, Mittel zur Besserung der Lage der Winger zu suchen, und Abg. Eber-Winien (natl.) einen Antrag auf Schaffung eines Fonds zur Förderung der Viehzucht und Viehverbetterung und zwar sollen in diesem Jahre eine Million, im nächsten zwei Millionen und in den darauffolgenden vier Jahren je drei Millionen dafür aufgewendet werden.

Abg. v. Kessel (L.):

Trotz des starken Rückgangs der Viehpreise sind die Fleischpreise nicht zurückgegangen. Die Viehproduktion ist vielfach unrentabel geworden. Wir müssen deshalb für stabile und genügend hohe Viehpreise sorgen, wofür die Sperrung der Grenze gegen die Seuchengefahr und genügend hohe Zölle die Hauptmittel sind.

Abg. Wentorp (fl.):

wünscht Maßnahmen, damit es nicht mehr vorkommen könne, daß einquartierte Soldaten unterjedem Hause in Brand stecken.

Minister v. Schorlemer

will sich deswegen mit dem Kriegsminister in Verbindung setzen, begrüßt den Antrag Eber-Winien an sich, hätte aber augenblicklich keine Verwendung für diese Millionen. Die Wingernot soll weiter bekämpft werden. Die Raus- und Klauenseuche geht zurück, Abschlächtungen werden ausreichend entschädigt.

Abg. Wenke (Rp.):

wiederholt unter lautem Protest der Rechten seine Beschwerden über Bevorzugung von Großgrundbesitzern bei den Viehschlachtungen in Schlesien.

Ein Regierungskommissar

erklärt diese Beschwerden für unbegründet.

Abg. Just (natl.)

tritt für die Interessen der durch das Freihaltungsgesetz von 1903 geschädigten Deichanwohner in Altmüritzer und Jütländer ein.

Abg. Hofer (Soz.)

kommt auf den in zweiter Lesung gestellten Zentrumsantrag auf Erlassung eines Gesetzes gegen unreellen Futtermittel- und Düngemittelhandel zurück und erinnert daran, daß er schon damals von dem Verkauf gefälschter Futtermittel durch die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannesburg in Ostpreußen gesprochen hat.

Abg. Hofer (Soz.):

kommt auf den in zweiter Lesung gestellten Zentrumsantrag auf Erlassung eines Gesetzes gegen unreellen Futtermittel- und Düngemittelhandel zurück und erinnert daran, daß er schon damals von dem Verkauf gefälschter Futtermittel durch die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte in Johannesburg in Ostpreußen gesprochen hat.

Abg. Hofer (Soz.):

kommen wir borthin unseren guten vollwertigen Roggen, dessen Ausfuhr durch die Einfuhrscheine prämiert wird, denn der deutsche Roggen wird in Rußland um den Zollbetrag billiger verkauft als in Deutschland. Die russischen Landwirte müßten mit unserem Roggen ihre Schweine und wir bezögen als Ersatz aus Rußland verlässliche minderwertige Futtermittel.

Die wirtschaftliche Krise der 70er Jahre war keine Folge des Freihandels, sondern an ihre hatte die irrupelle Krise der Zeit der Großindustrie schuld. Die hohen Profit einfließenden Schutzzölle haben gut kräftig, aber die Konsumenten, namentlich die Konsumenten sind es, die die Eier legen müssen und die die Leuzerung und die Krisen auszureifen haben. Im den Postarat Lindenlos zu machen, verlangen die Agrarier jetzt einen Zoll auf Obst, Milch und Gemüse. Wir haben öfter Jahre, in denen wir kein frisches Obst und Gemüse haben. Wenn Sie nun in dieser Zeit auf die Einfuhr dieser Artikel Zoll legen, dann schaden Sie doch nicht die einheimischen Produzenten, sondern Sie verteuern die Konsumenten ein sehr wertvolles Genuss- und Nahrungsmittel. Es ist richtig, daß wir für 100 Millionen frisches Obst einführen, während für etwa 250 Millionen der Bedarf im Lande gedeckt wird. Es ist aber auch Tatsache, daß heute eine Unmenge Obst im Lande einfach verfaulen, weil der Absatz nicht genügend organisiert ist. Da können Sie aber keine Änderung erzielen, wenn Sie Zölle auf ausländisches Obst legen. Wenn Sie die heimische Obstzucht heben wollen, dann müssen zunächst einmal die für die einzelnen Gebiete passenden Obstsorten herausgefunden werden, d. h. solche Sorten, die dort dem Boden und dem Klima entsprechend am besten gedeihen. Wenn das Volk über Fleisch not leidet, dann sagen Sie, es soll mehr Gemüse essen. Nun wollen Sie aber auch den Zoll.

den Gemüsekorb höher hängen.

Sie haben ja schon einen Zoll auf Kohl eingeführt, ist der Anbau von Kohl seit der Zeit wesentlich gestiegen? Wenn der Bauer keinen Kohl pflanzt, so liegt es daran, daß ihm die Zeit fehlt, Kartoffel und Äpfel muß er als Schweine- und Viehfutter bauen. Im Interesse der Volksernährung bekämpfen wir alle diese Zölle auf das Entschiedenste. Jetzt wollen Sie auch noch einen Zoll auf die Milch legen. Sie, meine Herren von der Rechten, die Sie den beginnenden Geburtenrückgang fürchten, Sie sollten im Interesse der Verminderung der Säuglingssterblichkeit nicht auch noch für künstliche Verteuerung der Milch sorgen. Fort mit dem ganzen Schutzzollsystem, das dazu dient, einige wenige zu bereichern auf Kosten der überproportionalen Mehrheit der Bevölkerung. Die Konsernarbeiter behaupten, durch den Schutz Zoll könnten höhere Löhne bezahlt werden. Aus gutem Dingen erhöht aber kein Unternehmer den Lohn für seine Arbeiter, er muß erst dazu gezwungen werden. Als das Getreide einen ganz exorbitant hohen Preis hatte, dachten Sie nicht daran, die Löhne zu erhöhen. Die Zollpolitik beeinträchtigt die Arbeiterschaft und weite Kreise des Kleinbürgertums in ihrer Ernährung. Wenn wirtschaftliche Krisen mit ihrer Arbeitslosigkeit hereinbrechen, dann wächst das Elend bergeshoch, dann sind Sie es, die den Armen schuldig werden lassen, die Hungerhölle durch Ihre Politik dem Vater und der Prostitution in die Arme treiben. Ihre

Waherpolitik

ist die Veranlassung, daß Krankenhäuser, Stiefenanstalten und Gefängnisse gebaut werden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wollten Sie richtige Bauernpolitik treiben, müßten Sie mit dem ganzen Schutzzollsystem brechen. Bei der Verwaltung des Reiches haben die Bauern heute gar nichts zu sagen, und wenn Sie für innere Kolonisation eintreten, haben Sie nur Ihr eigenes Interesse im Auge. Durch Ihre Zollpolitik haben Sie die Grundstückspreise wahnwitzig in die Höhe getrieben. Nun sind die Landwirte gezwungen, da sie wieder notleidend geworden sind, abermals nach Erhöhung der Rente zu rufen. Sie wissen, daß das nicht so weitergehen kann, aber Sie sagen, den letzten Reichen die Hundel nach uns die Sintflut! Diese Politik ist in Wahrheit Katastrophopolitik. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Capriv wollte die Landwirtschaft von dem Abgrund zurückführen; Sie mit Ihrer Katastrophopolitik führen Sie auf neue dem Abgrund zu. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß will der Redner noch den Wert des Dreiklassenwahlrechts für die Aufrechterhaltung der Macht der Agrarier nachweisen, wird aber vom Präsidenten davon gehindert, da dies nicht mehr zum Landwirtschaftsbericht gehöre.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Eder-Winsen (natl.)

weist die Bekehrung seiner Parteigenossen im Reichstag durch den Abg. v. Kessel zurück.

Abg. v. Plehwe (f.)

erklärt, daß wegen der Angriffe auf die Genossenschaft in Johannisburg ein Beleidigungsprozess bevorstehe.

Der Landwirtschafts- und Gutsbesitzer wird bewilligt. Die Anträge Wallendorf und Eder-Winsen gehen an die Agrarkommission.

Es folgt

der Justizetat.

Abg. Dr. Liepmann (natl.)

wünscht Auskunft, ob gegen den Vorsitzenden im Prozeß Hedwig Müller eine Untersuchung wegen zu großer Liebendwürdigkeit gegen die Angeklagte eingeleitet sei.

Justizminister Dr. Vefeler

bestätigt dies, jedoch hat die Untersuchung keine Veranlassung zu einem Einschreiten gegen den Vorsitzenden gegeben. Die weitere Anfrage, ob das Reichsgericht das Postkarientariff des Landgerichts II aufgehoben hat, bejahet er.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

weist die Verzögerung der zeitgemäßen Forderung nach Aufhebung der Todesstrafe nach, die sogar von einem national-liberalen Blatt als eine Schande unserer Zeit der „Humanität“ bezeichnet wird. — Die Klassenjustiz hat in den letzten Monaten viel geleistet. Man erklärt die Gewerkschaften, Arbeitsspor- und „Geselligkeitsvereine, ja sogar die Sanitätskolonnen als politisch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Justiz hat kein Mitleid gegen diese Organe der Verwaltung. Die

Politikerkklärung der Gewerkschaften

schlägt den Reichsvereinsgesetz-Erklärungen Bethmann Hollwegs ins Gesicht. Der Bund der Landwirte, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die gelben und kritischen Gewerkschaften erklärt man nicht für politisch! Man will eben aus den Massenauflösungsorganisationen der Arbeiter die jugendlichen Hinauswerfen: das ist der Kern der Sache! Dafür sind der Bund der Landwirte und der Reichsverband ins Vereinsregister eingetragen, in das nur unpolitische Vereine gehören.

Freilich wird dieses Wesen mit zweierlei Maß nur neue Stampfengeristerung im Volk gegen diesen Staat! (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Dem Streikendenwörter Brandenburg, den die Stettiner Gewerkschaften, Industrielle und Großkapitalisten, freisprechen, stehen die schweren Landfriedensbrüche gegen die Arbeiter gegenüber, die sich durch die Verbrechen der Streikbrecher haben zu Unbesonnenheiten hinreichend lassen. Und dazu hat die politische Justiz noch neue Opfer hinzugefügt, und ihr ist auch die Serie der Kronprinzenbeleidigungsprozesse zu danken. Ihr Auloh war die Ermunterung des Kronprinzen an den Obersten u. Reuter, an seinem ungeschicklichen militärischen Vorgehen festzuhalten: „Ammer feite druff!“ Eine große Mehrheit des Reichstags hat diese Heugung des Kronprinzen als nicht im Rahmen seines Bürgerrechts liegend gekennzeichnet. Leub aber erhebt 8 Monate, ein „Vorwärts“-Redakteur 8 Monate Gefängnis; der Ausschluß der Öffentlichkeit bei einem Prozeß wegen öffentlich getauener Heugungen hat gegen diese Urteile schweres Mißtrauen wachgerufen. Außerdem dürfte die Verurteilung nur bei bewilligter Beleidigungsabsicht erfolgen. Nur durch Selbsterklärung an einzelnen Taten konnten die Gerichte solche Absicht annehmen — wenn sie es inten, standen sie entweder ganz außerhalb der politischen Arena oder zu sehr in ihr. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Daß die Urteile die Entstehung der Kritik

aus dem Protest gegen die Jaberz Veräußerung nicht berückichtigen, ist bezeichnend. Keilich, langsam wuchs das Verhältniß dafür bei den Richtern, das beweist die Verhandlung von Festung gegen Dr. Popler und Schneider. Keilich, der Staatsanwalt konnte nicht wie die Verteidiger dafür einsehen, daß er nicht so hochgeföhlich reden würde, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit nicht nötig gewesen wäre. Und so blieb während der staatsgefährlichen Rede des Staatsanwalts die Öffentlichkeit ausgeschlossen. (Weiterheit.)

Der Kronprinz hat nicht mehr Schuß zu verlangen als jeder Staatsbürger. Wenn er so prononciert Partei nimmt — wie haben nichts dagegen, daß es der Krone schadet! — muß er auch den Andersdenkenden die Würde gehalten. Wenn dagegen der Staatsanwalt angerufen wird, so ist das wahrhaftig unanständig.

Unsere Freundin Rosa Luxemburg (Nach rechts und ironische Zurufe) ist zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. (Abg. v. Wappenstein: Gott sei Dank!) Ein guter Christ ist Herr v. Wappenstein — Dr. Luxemburg hat nicht gelacht, was nicht jeder Sozialdemokrat in der ganzen Welt jederzeit zu sagen bereit ist. Nur durch gewisse „Interpretationen“ der Worte Luxemburgs konnte man zum Schuldstrich kommen. Sie haben festgesetzt — daß Sie nicht widersprechen, beweist, daß Sie die Strafammer als Ihren Funktionär betrachten! Sie aber sollten sagen: „An we! wir haben gefest!“

Die Richter von Frankfurt haben eine Richtererin geschaffen, deren mutig fortgesetzte Agitation nur noch größeren Eindruck macht. Die Richter von Frankfurt haben an ihrem Weiz diese Gesellschaft zuzugraben, mitgehoben. Nun scheint man Rosa Luxemburg totheten zu wollen. Der nun eingeleitete Prozeß wird Gelegenheit geben, die Soldatensoldatendungen gründlich zu beleuchten. Das kann uns schon recht sein!

Auf dem Freundschaftstag hat General v. Brochm den Reichstag mehrfach schmerzhaft; die Staatsanwaltschaft hat das Einschreiten abgelehnt. Brochm unterstehe der Militärjustiz. Wieder ein Beweis für das zweierlei Recht. In anderen Fällen gibt man die Anzeige an die Militärjustiz weiter und weicht die Möglichkeit zur Anklage zu finden. Und hat man nicht von Amts wegen die Klageeröffnung dieses Hauses gegen den „Vorwärts“ wegen der „Reaktionären Affensomnie“ eingeholt? Aber der „rote“ Reichstag erhebt der Staatsanwaltschaft dazu nicht wichtig genug, und die Jaberworte Brochms blühte man wohl!

Die

Firma Siemens-Schudert

hatte in Japan systematisch Verleumdungen hoher Beamten und Offiziere vorgenommen, um sich ein Monopol zu schaffen und unbedenkliche Leute zu entfernen. Die Verleumdungen wurden von einem gewissen Richter getroffen und zur Erpressung gegen Siemens-Schudert verwendet. In Japan wollte man begreiflicherweise nicht gegen ihn vorgehen, aber an der deutschen Grenze wurde er verhaftet. In seiner Denkschrift forderte das kaiserliche Justizministerium, damit er die Verbrechen der Firma Siemens-Schudert nicht veröffentlichen könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Durchsicherung der Richter hat das Amtsgericht Charlottenburg wider das Gesetz denjenigen Siemens-Schudert-Beamten hinzugesetzt, der die Verleumdungsbriefe geschrieben hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem noch den Justizminister der Firma Siemens-Schudert! Die Verleumdungen sind beschlaghaft als Beweismittel für die Unterbrechung gegen Richter wegen Erpressung. Der Staatsanwalt Simon hat die Dokumente eingeschlossen und sie mir, dem Verteidiger Richter, verweigert, weil ich sie zum Schaden der Firma Siemens-Schudert veröffentlichen könnte! (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und in der Verhandlung, in der Richter zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt werden sollte — weil er die Wahrheit in dem Erpressungsbrief geschrieben hatte, sollte er so hoch bestraft werden! — Ichete es einen Kampf, um den Brief zur Verlesung zu bringen! In der mündlichen Urteilsbegründung sagte das Gericht, daß die unautorisierten Reden der Firma den Mann verleiteten. In den schriftlichen Gründen freilich wird der Brief in völlig harmloser Darstellung umschrieben, und die schriftliche Urteilsbegründung verfehlt die umfängliche in der empörenden Weise im Gegenteil. (Lärm rechts.) Ich werde das ganze Material veröffentlichen und will dann auch angeklagt werden, Herr Justizminister. Der Staatsanwalt sagte ja am Schluß: „Wenn uns der Liebknecht nicht dazwischen gekommen wäre, wären wir längst fertig!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß sagen, daß ich in den Annalen kapitalistischer Verleumdung der Justiz nichts Ähnliches bisher gefunden habe wie diesen Fall, selbst den Rochetteffand eingeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten — Lärm rechts — Der Präsident mahnt den Redner zur Rührung.)

Selbst der vom Senat und Krupp subventionierte „Lokal-Anzeiger“ (siehe letzte) hat die Rechtshierarchie unter dem Reden und Treden der Strafgeschle leide, wie es die jeweiligen Zeitverhältnisse brauchen. Da sind wir wohl berechtigt, über die heutige politische und soziale Justiz das lauzere Urteil zu sprechen: Klassenjustiz! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Vefeler:

Gegen Kronprinzenbeleidigung ist von Amts wegen vorgegangen. Gegen Militärpersonen wie General v. Brochm kann die Staatsanwaltschaft nicht einschreiten. Frau Luxemburg spricht jetzt doch viel vorsichtiger und weniger straffällig. Für die Firma Siemens-Schudert habe ich nicht einzutreten, aber wenn Verbrechen gegen sie begangen werden, hat die Staatsanwaltschaft vorzugehen. Für die Sache unbedeutende Scheinurteile braucht der Staatsanwalt nicht zu den Akten zu bringen. Wenn ich auch den Prozeß nicht so studiert habe wie der Vordredner, so bin ich doch von dem pflichtgemäßen Vorgehen des Gerichts überzeugt. Die Angriffe des Vordredners gehen zum Teil auf alte Sachen zurück. Vieles davon kann Gerichtsurteile nicht nachprüfen. Die Gerichte tun ihre Pflicht, auch gegenüber Verleumdungen durch die Partei des Vordredners. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Wand (f.)

protestiert als Richter gegen Liebknechts Angriffe. Die Sozialdemokraten sollten einmal drauhen so reden, dann würden sie sehen, wie die Staatsgewalt sich durchsetzt! (Ab! bei den Sozialdemokraten.) Ich könnte ja viel vortragen, aber heute weise ich nur auf die Verurteilung des sozialdemokratischen Verleumdungshändlers gegen Hildebrandt durch Wolfgang Heine hin und auf die Behandlung der sechs „Vorwärts“-Redakteure. Wenn Gewerkschaften einen Genossen verurteilen, werden sie bestrafte, da muß ein Schuß geschaffen werden! Auf einem Parteitag hat Liebknecht angekündigt, daß die Aufhebung der „Klassenjustiz“ aufstehe und aufreize. Nur darum ist es Ihnen zu tun, wir aber bleiben gerecht, auch gegen Sie! Sie sollten froh sein, daß die Richter nicht nach ihrem Gefühl urteilen, das Ihnen schließlich einmal durchgehen könnte. Aber nur selten kommen Fehler vor. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Verurteilung von Kronprinzenbeleidigungen kann wohl ohne seine Zustimmung geschehen, aber wer wolle uns einreden, daß man sich dazu nicht seine Billigung sichert! Daran geht seine Autorität hervor, woraus sich die Verurteilung seiner Persönlichkeit ergibt. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung, weil er bereits vorher auf diesen Anklagen die Konsequenzen wangelnden Rufes gezogen habe.) In der zweiten Lesung hat sich der Justizminister in der

Verteidigung der Firma Krupp

bis zu höchsten Bemerkungen über mich verhalten. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Das nicht auf Sachkenntnis gegütete Urteil des Richters über den Siemens-Prozeß hat keinen dokumentarischen Wert; was ich aber darüber sagte, ist aus den Akten entnommen.

Die Dokumente aber, wegen deren Diebstahl Richter verurteilt wurde, sollen für die Sache nach dem Minister unbedeutend sein! Die Staatsanwaltschaft bewahrt diese die Firma schmer belohenden Dokumente heute noch auf, um sie, falls die Firma in dem deswegen gegen Richter angehängten Prozesse steigt, sie der Firma zurückzugeben. Ich frage, ob deutsche Staatsanwaltschaften und Gerichte dazu da sind, Verleumdungen für schwere Straftaten der Firma oder ihrer Beamten verschwinden zu lassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was der Minister über die Stellung des Parlaments gegenüber der Justiz gesagt hat, das beweist keine falsche staatsrechtliche Auffassung.

Gegenüber dem Abg. Wand bemerke ich, daß ich niemals die Richter persönlich angreife oder als einzelne brandmarke. Ich habe nur die Wichtigkeit der Auffassung des „Lokalanzeigers“ demonstriert und ausgeführt, daß die

Gewirkung des Kapitalismus auf die Rechtsprechung

in letzter Zeit wiederholt sich erwiesen hat. In allen Verwaltungszweigen hat sich die Klassenjustiz durchgesetzt, alle unsere Staatsreden wenden sich gegen sie. Und wollen Sie das Lärzlein wagen, nun gut — aber dann mit gleichen Waffen und nicht mit Schlußanträgen! Unser Material ist beregehob für die Behauptung sozialdemokratischer Vorkämpfer von Gewerkschaften, den ich bestreite, und der allenfalls nur ein Beweis dafür wäre, wie der Boykott der Konservationen und der Terror des Staates und der anderen bürgerlichen Parteien auch gute Sitten verderben kann, hat der Vordredner gar keinen Beweis angeführt. Wenn Abg. Wand die Fälle Hildebrandt und der „Vorwärts“-Redakteure angeführt hat, so stellt er doch die staatliche Justiz durch den Vergleich mit der Handhabung der Partei disziplin durch eine politische Partei in ein bedenkliches Licht. Hildebrandt konnte sich kundenslang verteidigen, er ist nicht wegen seiner Auffassungen, sondern wegen ihrer Konsequenzen verurteilt worden. Die „Vorwärts“-Redakteure haben ihrerseits gefündigt und wenn man die Bewegungsfreiheit sozialdemokratischer Redakteure etwa mit der der Redakteure bei der „Kreuzzeitung“ oder der „Post“ vergleichen wollte, so muß man erkennen, daß eine solche Bewegungsfreiheit wie in der Sozialdemokratie nirgendwo in einer Partei besteht. Wenn ich schließlich einmal gesagt habe, daß die Aufhebung der Klassenjustiz aufstehe — nun das ist doch nicht die Aufhebung, sondern die Fällung der Klassenjustiz. Die Aufhebung darüber und über die Schäden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überhaupt ist aber eine unserer wichtigsten Aufgaben und wir werden sie weiterführen, mögen Sie reden, was Sie wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Vefeler

erklärt nochmals, daß der Kronprinz an den Prozeßen völlig unbedeutend gewesen sei. (Abg. Dr. Liebknecht: Herr von Wappenstein!) Sie können daraus entnehmen, wie genau man die Behauptungen Dr. Liebknechts immer prüfen muß. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, der Justizetat bewilligt, die Beileidigung auf Freitag 11 Uhr verlegt. Auf der Tagesordnung steht außerdem die Abstimmung über den Einspruch Dr. Liebknechts gegen den ihm gefertigten Ordnungsruf wegen des Ausdrucks, daß der Oberhandenbau einmal doch nicht wegen der Charakter eines Postreates haben werde.

Schluß: 8 1/2 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

17. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 20. Mai 1914, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorkocherstellvertreter Cassel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Zunächst erfolgt die Einführung und Verpflichtung des im 18. Wahlbezirk der zweiten Abteilung neugewählten Stadtv. Obermeisters Nettig.

In den Anträgen zur Vorberatung der speziellen Entwürfe zum Neubau von Gemeindegemeinschaften in der Wandel-, Sanftbar-, Danziger und Hunsrückischen Straße sind auch die sozialdemokratischen Stadtv. Grund, Dreischer, Fischer, Hinge, Tolkendorf deputiert; Grund ist zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Mit dem Ankauf und der Vermietung des Grundstückes Königgräber Str. 70, unter den vom Magistrat vorgeschlagenen Bedingungen, hat sich die Mehrheit des neugewählten Ausschusses einverstanden erklärt. Referent ist Stadtv. Obermeister Siebenow (A. L.).

Diese Diskussion wird die Vorlage angenommen.

Eine große Anzahl kleinerer Vorlagen gelangt ohne jede Debatte zur Annahme.

Für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen soll die Stelle eines dritten Schulinspektors geschaffen werden.

Stadtv. Dr. Mitter (Fr. Fr.) empfiehlt, der Vorlage ausnahmsweise, weil die Friedigung der Angelegenheit ganz besonders dringlich sei, sofort zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Am 6 Uhr wird die Verhandlung unterbrochen und eine gemeinsame öffentliche Sitzung aller Kommunalbehörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth abgehalten zum Zweck der Wahl von zwei Mitgliedern des Wasserbaus der Provinz Brandenburg. Gemäßt werden durch Jurist zu Mitgliedern Stadtrat Alberti und Stadtv. Hunsrück, zu Stellvertretern Stadtrat Densch und Stadtv. Berghoff.

Eine weitere Magistratsvorlage betrifft den Neubau der Eisernen Brücke. Schon vor 12 Jahren war dieser Neubau von der Veranlassung beschlossen, aber an die Voraussetzung geknüpft worden, daß die Befassung der Straßenbahnlinie vor dem Finanzministerium und hinter dem Giehhause gesichert sei. Durch die Genehmigung der Landentwässerung ist diese Voraussetzung erledigt. Auch hat die Strombauverwaltung hinsichtlich der Höhe der letzten Durchfahrt, wie bei der Schloßbrücke so auch hier ihre Anforderungen sehr ermäßigt, so daß die neue Eisene Brücke gegen den Entwurf von 1902 rund 1 Meter tiefer gelegt werden kann und die Steigungsverhältnisse in den Rampen sich entsprechend günstiger gestalten. Die Kosten sind auf 600 000 M. veranschlagt.

Auch hier erzieht die Versammlung ohne Debatte ihre Zustimmung.

Der Vorentwurf zum Neubau einer städtischen höheren Mädchenschule (Schulweg) auf dem Grundstück Tempelhof Nr. 15 (Kostenübertrag 758 000 M.) wird genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/7 Uhr.

12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Dresden, den 19. Mai 1914.

Vor Beginn der Diskussion über die erstatteten Berichte begrüßte V. a. n. z. Leipzig die Beschlässe der Statutenberatungskommission.

In der Debatte wendet sich Defner-Kempen gegen den Vorschlag, mit den Christen überhaupt nicht mehr zusammenzuarbeiten, trotz der schlechten Erfahrungen. In Dresden mußte früher Schluß gemacht werden. Die Perseveration war gut vorbereitet, die Durchsührung war aber nicht gut. Vor allem muß man in einer solchen Zeit alle pessimistischen Stimmen unterdrücken. Mit Klagen muß man nur auf. Der „Textilarbeiter“ bringt gute Artikel; ihr Redler ist manchmal die Länge. Arbeiterinnenkonferenzen sind erforderlich; sie sollen nur nicht durch Anträge festgelegt werden.

Prillwih - Berlin befürwortet die projektierte Verankerung der Angelegenheiten, die nicht der staatlichen Verankerung unterliegen. Die laufenden Kosten würden 1 M. pro 1000 M. Einnahme betragen.

Dappe - Berlin: Die Gleichberechtigung der Arbeiterinnen steht vielfach nur auf dem Papier. Selbst Bezirke, die drei Teile der Arbeiterinnen, haben nicht einmal eine Kollegin vorgeschlagen. Dringend erforderlich ist die Propaganda für Verkürzung der Arbeitszeit.

F. F. E. - Berlin ist der Ansicht, daß die Betonung der Gleichberechtigung nicht nötig sei. Man muß die Kolleginnen zu allen Dingen heranziehen.

Fräulein Simon - Brandenburg fordert, daß bei Anstellungen auch Kolleginnen berücksichtigt würden. Damit diene man der Agitation, komme besser an die Arbeiterinnen heran. Das Verbandsorgan bringt nicht genug Artikel für die Kolleginnen.

Reichelt (Vorstandsmitglied) wendet sich gegen die Forderung, daß alle Frauen besondere Kommissionen für Arbeiterinnen einrichten. Es solle geschehen, wo es möglich sei. Mehr Konferenzen einzurichten, lasse sich schwer bewerkstelligen.

Fräulein als Redakteur des Verbandsorgans erklärt, daß die Agitation für den freien Sonnabendnachmittag den Beschlüssen des Vorstandes entspricht. Das schärfste Raumwörter geschicht durch unerschöpfliche Angestellte gegen die Organisation.

Angewandte werden die Anträge betr. Einsetzung einer Statutenrevisionskommission sowie Entschädigung der Delegierten. Der Antrag betr. Arbeiterinnen-Agitationskommission erhält in der Fassung nach dem Vorstandsvorschlag Zustimmung. Der Antrag, der die Einberufung einer Parteikonferenz verlangt, wird dem Vorstand zur Veranschaulichung überwiesen. Angenommen wurden auch die Anträge, die eine Erweiterung des Informationsbureaus und die Herausgabe einer Verbandsgeschichte verlangen.

Aus der angenommenen Resolution betreffend Verkürzung der Arbeitszeit
 folgen wie folgende Forderungen:

Die immer beschleunigtere Gangart der Maschinen treibt den Arbeiter, der sie bedient, zur höchsten Leistungsfähigkeit an. Ein Meer von Aufpassen sorgt außerdem nach dafür, daß der Arbeitende während der Arbeitszeit ohne Aufenthalt arbeiten muß, um die Maschine voll auszunutzen.

Diese Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bringt für den Kapitalismus, den Besitzer der Maschinen, Vorteile, für den Arbeiter bringt sie die schwersten gesundheitlichen Schädigungen.

Die Hebe der täglichen Arbeitskraft zerrüttet das Nervensystem des Arbeitenden. Die Gleichmäßigkeit der ihm zufallenden Teilarbeit hemmt seine geistige Entwicklung und macht ihn unempfindlich dafür, daß er im Produktionsprozeß nicht weiter ist als Bediener der Maschine.

Diese Unempfindlichkeit gegen die sie umgebenden Verhältnisse ist ein schweres Hemmnis zur Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse, die besteht sein muß, sich ihre Arbeitskraft so lange als möglich zu erhalten.

Deshalb beschließt die Generalversammlung:
 Die Propaganda für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist unangesehrt zu betreiben. Insbesondere ist nachdrücklich Wert darauf zu legen, daß der freie Sonnabendnachmittag, wo er noch nicht besteht, überall eingeführt werde. Diese im Interesse unserer weiblichen Arbeiterklasse liegende Forderung, deren Durchföhrung ihnen erst einen vollen Ruhetag ermöglicht, ist zunächst die wichtigste Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit ist lebhaft zu betreiben, um ihre gänzlichliche Abschaffung herbeizuföhren und die Forderung eines neunmündigen Arbeitstages für die gesamte Textilindustrie vorzubereiten zu können.

Die Generalversammlung beauftragt die Agitationsleiter, die Forderung der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit in den

Mittelpunkt der Agitation zu stellen, um den Weg für den achtstündigen Normalarbeitstag zu ebnen.

In der angenommenen Resolution zur Frage der „Textil-Straris“ heißt es:

Die „Textil-Straris“ ist bestritt, den Textilarbeiter wie die Textilarbeiterin in die für sie so wichtige Materiallehre und die Gewerbe- und Maschinenlehre einzuföhren, um ihnen die praktische Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Wohl haben wir in Deutschland eine Anzahl Fachschulen der Textilindustrie, aber die Bedingungen für den Besuch derselben sind, der hohen Kosten wegen, für 90 von 100 der Textilarbeiter nicht zu erfüllen.

Die Generalversammlung beschließt in der „Textil-Straris“ ein Mittel zur Veranschaulichung des fachtechnischen und fachgewerblichen Wissens der Textilarbeiter und -arbeiterinnen, welches geeignet ist, diejenigen, die sich dieses Wissen aneignen, fester und bei sonstiger Arbeit im Arbeitsverhältnis zu verankern, wie jene Arbeiter und Arbeiterinnen verankert sind, die von der ersten besten Person auf der Landstraße erlernt werden können.

Nach einer ausgedehnten Debatte über die Anträge betr. Verkürzung der Arbeitszeit wurde unter anderem beschlossen, sämtliche Filialen zu verpflichten, einen Vorkursuslehrgang von mindestens 5 St. pro Woche und Ferien zu erteilen. In die Klasse des 20-St. Vertrags sollen Arbeiter und Arbeiterinnen aufgenommen werden, die wöchentlich nicht mehr als 6 bzw. 10 St. verdienen. Ferner soll die Beitragsleistung branchenweise geregelt werden. Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Schaffung einer neuen Klasse mit 10 St. Beitrag fordert.

6. Verbandstag der Steinarbeiter.

Dresden, 10. Mai.
 Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte fällt auch noch den größten Teil der heutigen Sitzung an. Die Grenzfreizügigkeiten und die Verschmelzungsfrage nehmen wieder einen sehr breiten Raum in der Aussprache ein. Verlangt wurde, daß der Vorstand bei Grenzfreizügigkeiten energischer gegenüber den anderen Organisationen aufträte. Von einer Verschmelzung mit den Bauarbeitern wurden Nachteile für die Steinarbeiter befürchtet; bei Lohnbewegungen würde dann nicht mehr soviel herausgeholt werden. Der Steinarbeiterverband könne für seine Mitglieder bei den Unternehmern mehr erzielen als der Bauarbeiterverband. Von einer Reihe Delegierter wurden andere Gausinteilungen gewünscht. Auch wurde verlangt, daß die Gausleiter von dem Gau gewählt, anstatt durch den Vorstand ernannt werden. Das Verhalten der Christlichen und des Divisionsführers wurde vielfach kritisiert; man müßte diese entschieden belämpfen. Von der Gewerkschaftsschule sagte ein Redner, es würden zu hohe Anforderungen an die Schüler gestellt. Die Lohnbewegungen werden bei dem Punkt „Unser Tarifwesen“ behandelt.

Im Schlußwort meinte Verbandsvorstandender Starke- Leipzig, die Verschmelzungsfrage dürfe wohl bis zu ihrer endgültigen Regelung nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß die Berufsinteressen beim Bauarbeiterverband weniger gewahrt würden, als in der Berufsorganisation. Auch im Bauarbeiterverband sei die weitgehendste Interessensvertretung für die einzelnen Branchen vorhanden.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurden die, welche eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband wünschten, dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde der Antrag, die Vorkursusstellen auf die Hauptstelle zu übernehmen. Die Anträge auf Anstellung von Gausleitern, Neuenteilung von Gausen usw. wurden dem Vorstand über-

wiesen. Zustimmung fand ein Antrag Würzburg, nach dem der Vorstand vor Erstellung oder Verweigerung der Genehmigung eines Streiks die örtlichen Instanzen hören soll. Der Redaktion des „Steinarbeiters“ wurde ein Antrag überwiesen, im Verbandsorgan nicht die gewerblichen Rechtsfragen zu behandeln. — Den Zentralinstanzen wurde hierauf Entlastung erteilt.

Der Verbandstag stimmte dann einmütig einer Resolution gegen die geplante Verschlechterung des Koalitionsrechts zu.

In dieser wird Protest dagegen erhoben, daß die Unternehmerverbände immer wieder bemüht sind, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts freitrag zu machen. Verlangt wird die völlige Aufhebung des § 158 der Gewerbeordnung; Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Koalitionsrechts sollten unter Strafe gestellt werden.

In einer weiteren angenommenen Resolution wird bedauert, daß die Verwendung von Natursteinen zu Bauarbeiten ganz erheblich abgenommen hat, die Güte des Natursteins herabgelassen und der Vorstand beauftragt, Schritte bei den staatlichen und höchsten Behörden dahin zu unternehmen, daß der Naturstein wieder mehr zur Verwendung gelangt.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung

hielt sodann das Vorstandsmitglied Siebold- Leipzig das einleitende Referat. Nach einem historischen Rückblick über die Arbeitslosenfrage begründete Siebold die Vorlage des Vorstandes. Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll eine Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche in jeder Klasse verbunden sein. Nach der Vorstandsvorlage können die Mitglieder nach Wöchentlichem Beitragserhöhung bei eintretender Arbeitslosigkeit (Krankheit, Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise) Unterstützung erhalten. Die Unterstützung beträgt pro Tag 1 M. Die Erwerbslosigkeit der ersten drei Tage soll nicht unterstützt werden. Die Unterstützung kann je nach der Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt 6 bis 12 Wochen bezogen werden. Weibliche Mitglieder und Jugendliche erhalten pro Tag 50 Pf. Die Beitragsgleichung für die Arbeitslosenunterstützung soll am 1. Juli 1914, die Unterstützung am 1. Juli 1915 in Kraft treten.

Die Debatte über diese wurde auf morgen vertagt.

Dresden, 10. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Steinarbeiterverband hat mit 50 gegen 17 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung,

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Verbanz Vollerheben

Wasserstand	am 10.5.	am 11.5.	Wasserstand	am 10.5.	am 11.5.
Remel, Elbt	190,5	188,5	Saale, Groditz	90	-8
Stegel, Muldeburg	192	-5	Saale, Gumbau	40	0
Wesche, Elben	254	+52	Saale, Rathenow	41	-5
Ober, Rathor	197	-2	Saale, Sorsdorf	85	+1
• Krosen	107	-2	Saale, Westum	81	+1
• Jansfurt	113	-1	Saale, Witten	155	+7
• Maritz, Sörrum	16	-4	Saale, Witten	240	-7
• Knausberg	33	-2	Saale, Wittenmilsen	144	-2
• Rade, Gordenau	15	-3	Saale, Witten	322	-11
• Elbe, Leinwerth	48	+12	Saale, Witten	323	-13
• Dresden	-100	+10	Saale, Witten	302	+138
• Garz	133	-5	Saale, Witten	158	-3
• Radeburg	116	+5	Saale, Witten	73	-7

+ bedeutet Hoch. — Null. — * Unterbeet.

Eine Grossmacht

in Deutschlands Schuh-Industrie!

Billige Pfingst-Woche

Neue Beweise unserer Leistungsfähigkeit

Schnürstiefel für Damen und Herren

Braun Chevreau moderne Formen, solide Qualitäten 590

Schnür-Halbschuhe für Damen, braun Chevreau mod. Formen 490

Neueste Kreuz-Spangenschuhe für Damen:

Belge Chevreau und Kalflock ... 690 Braun Chevreau ... 790 Lack mit zartfarbigem Chevreau-Aufsatz ... 890

Damen-Lackknopfschuhe mit farbigen Einsätzen, braun und beige 790

Elegante Herren-Schnürstiefel Echt Chevreau- und Boxkalfbesatz 1050

Neueste Modeformen



Billige Pfingst-Woche

Schnürstiefel für Mädchen und Knaben

Braun glatt Ziegenleder Größe 27-28	29-30	31-32	33-34	
395	460	520	560	590

Braun Chevreau, Derbyschnitt

400	540	590	640	690	775
-----	-----	-----	-----	-----	-----

Weiss Leinen, sehr praktisch

390	420	460	490	
-----	-----	-----	-----	--

Reform-Sandalen auf Rand genäht, leicht und elastisch, braun Kalfleder

Größe 25-26	27-28	29-30	31-32	33-34	35-36	37-38
290	320	360	400	440	490	550

Turn- und Sport-Schnürschuhe Chromleder, sahle

Größe 28-29	30-32	33-34	35-36
185	225	265	320

Comrad Lack & Cie. Act.-Ges.

Schuhfabrik, Burg 1/ Modbo.

144 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin u. Umgegend:

C. Solbimarkt 15 (Tollau)	NW, Turmstrasse 41	N, Müllerstrasse 3	O, Andreasstrasse nur 50	SO, Wrangelstrasse 41	Neuhölln, Dergstrasse 30-31
C. Rosenthaler Strasse 14	NW, Wilmscher Strasse 22	N, Reinickendorfer Str. 25	O, Frankfurter Allee 125	SW, Friedrichstr. 240-241	Potsdam, Brandenburg Str. 54
W, Potsdamer Str. nur 50	NW, Deussaltrasse 29	N, Brunnenstrasse nur 37	SO, Oranienstrasse 2a	Charlottenburger nur Wilmsdorfer Str. 123-125	
W, Schillstrasse 14	N, Friedrichstrasse 127	N, Danziger Strasse 1	SO, Oranienstrasse 32		

Aus der Frauenbewegung.

Ferienspiele und Gemeinde.

In den Nummern 124 und 130 des „Vorwärts“ hat Genosse A. S. unter dem Titel: „Unsere Kinderferienspiele“ dargelegt, wie notwendig für das Proletariat das Spiel ist. Insbesondere hat er die Förderung dieser Ferienspiele als eine besondere Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung bezeichnet und schließlich den Vorschlag gemacht, eine Zentralstelle für die Ferienspiele in Groß-Berlin zu schaffen. Wir wären versucht, die Darlegung des Genossen A. S. etwas kritischer unter die Lupe zu nehmen, wenn es uns heute nicht um mehr zu tun wäre, als nur um eine Polemik über ein neues Betätigungsfeld der proletarischen Frauen. Wir wollen vielmehr versuchen darzulegen, was ist und was werden muß.

Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß das Proletariat nicht zum Gedeihen Licht, Luft, Spiel und Erholung braucht und auch den Schulweg fördert, haben unsere Genossen es als eine Aufgabe der Gemeinde bezeichnet, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. In zahlreichen Gemeinden sehen wir unsere Genossen an der Arbeit, in dieser Richtung die Gemeindevorstellungen vorwärts zu drängen. Diese Tätigkeit ist eine mühevollere, aber schließlich führt auch hier Bähigkeit zum Ziel.

Soweit die Stadt Berlin in Frage kommt, hat die städtische Verwaltung die Pflege des Spiels, insbesondere während der Ferien in ihre Pflichtaufgaben aufgenommen und das nicht zuletzt durch die unerträgliche Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Für die Gemeindevorstellungen finden regelmäßige Bewegungsspiele unter Leitung von Lehrpersonen auf 12 großen Spielplätzen statt; für Gemeindevorstellungen kommen sechs Plätze in Frage. Während der Ferien stehen eine Reihe von Schulhöfen zu Spielwecken zur Verfügung. Die Zahl dieser während der Ferienzeit geöffneten Schulhöfe genügt dem Bedürfnis nicht, das liegt daran, daß viele Klassen keine Freunde dieser Ferienspiele sind, die ihnen die Ruhe beeinträchtigen. Ideal ist diese Spielgelegenheit auch nicht. Die Kinder wollen beim Spiel der Schulzeit entrückt sein, sie wollen frei und ungebunden sich dem Spiel hingeben können. Diesem Zwecke dienen nur die Außenplätze. Bislang standen zur Verfügung: Spielplätze im Plänterwald bei Treprow, in Wartenberg, im Grunewald, in Buch und zwei Plätze in Blankensee. Zum Besuch dieser Außenplätze versammelten sich die Kinder in den frühen Morgenstunden in Schulhöfen, von wo aus in Begleitung von Spielleitern der Weg nach dem zuständigen Spielplatz angetreten wird. Teilweise wird die Straßenbahn, teilweise — wie nach Buch und dem Grunewald — die Eisenbahn benutzt. Die Einrichtung der Spielplätze ist dem Bedürfnis angepaßt. Sie erhalten eine Kochküche zur Herstellung von Suppen für die Kinder und zum Kaffeeladen. Eine große offene Halle mit Bänken und Holzstühlen dient zum Schutz gegen ungünstige Witterung und zum Einnehmen des Essens; einige Bretterbuden sind für die Spielleiter und auch zum Aufbewahren der Spielgeräte bestimmt, auch ein Trinkbrunnen mit einwandfreiem Trinkwasser ist vorhanden. Alle Kinder erhalten auf den Außenspielplätzen mittags ihre Suppe — es werden Maggispuppen bereitet, die von den Kindern gern gegessen werden —, dann bekommt jedes Kind ein halbes Liter Milch und nachmittags gibt es Kaffee und zwei Schokolade. Die Kosten für diese Verpflegung werden ausschließlich von der Stadt Berlin getragen. Die Kinder haben nur das Fahrgehalt zu zahlen und in vielen Fällen werden Freifahrten für besonders bedürftige Kinder ausgegeben, die zur unentgeltlichen Fahrt berechtigen.

Wer einmal das Leben und Treiben auf diesen Außenspielplätzen beobachtet hat, wird seine helle Freude daran gehabt haben. Sobald die Kinder auf dem Spielplatz ankommen, beginnt das ungebundene Leben. Jede, Schuhe und Strümpfe werden ausgezogen und auf eine bestimmte Stelle gelegt. Freunde tun sich zusammen und bauen ein „Zelt“ auf, das mit den primitivsten Mitteln von den erfindertischen Jungen hergestellt wird; oft genügt ein altes unbrauchbares Tuch von Müttern mit ein paar Stöcken, und das Zelt ist fertig. Die Mädchen machen es sich nicht weniger bequem. Fast niemand rennen die Jungen und Mädchen umher und tummeln sich nach Herzenslust, bis der geordnete Spielbetrieb beginnt. Das Prinzip, das hier herrscht, ist: dem Kinde volle Freiheit, die Schulzeit ist verbannt. Ausstoben sollen sich die Kinder, und die Spielleiter machen frohlich mit. Man sieht Spielleiter, die Sonnenbrille nehmen, nur mit einer kurzen Wadehose bekleidet; Lehrerinnen, die in ihren Buschhosen mit Mädchen den Strick schwenken, kurz, es herrscht eine Ungebundenheit, wie sie eben sein soll. Und wo gar, wie in Treprow, die Badeanstalt daneben liegt und wo die Kinder auch noch haben dürfen, da ist die Freude besonders groß. Abends zur festgesetzten Zeit sammeln sich die Kinder an ihren bestimmten Stellen — die durch Fahnen von besonderer Farbe bezeichnet sind — und freudig geht es wieder heimwärts.

Wer hätte nicht den Wunsch, daß diese Spiele möglichst ausgedehnt werden, wer möchte nicht wünschen, daß noch viel mehr Kinder dieser Erholungsmöglichkeit teilhaftig werden? Heute haben auch diese Ferienspiele manche Mängel, die entschieden beseitigt werden müssen. Es müssen weit mehr Freifahrten ausgegeben werden als bisher, damit gerade die ärmsten Kinder mit hinauskommen. Zwangig Pfennig Fahrgehalt pro Tag für ein Kind sind eben für Arbeiterfamilien viel zu viel, besonders dann, wenn mehrere Kinder vorhanden sind. Wenn man schon nicht alle Kinder auf allgemeine Kosten nach den Außenspielplätzen mitnehmen will, so soll man 10 Pf. pro Tag festsetzen und den übrigen Betrag zulegen. Auch auf den Spielplätzen kann manches noch besser geregelt werden. Leider sind heute Straßenbahn und Eisenbahn wenig entgegenkommend; die Kinder mühten billiger befördert werden können. Aber die Sache an sich ist so gut, daß sie gar nicht eifrig genug gefördert werden kann.

Der Versuch auf den sechs Außenspielplätzen hat bezogen:

im Jahre 1910:	307 974 Kinder,
im Jahre 1911:	188 826 Kinder,
im Jahre 1912:	257 090 Kinder,
im Jahre 1913:	277 935 Kinder.

Da im Vorjahre die dritte Ferienwoche wegen des regnerischen Wetters um reichlich 20 000 Besucher unter dem Durchschnitt blieb, so ist anzunehmen, daß unter normalen Verhältnissen der Gesamtbesuch das dritte Hunderttausend erreicht hätte. Auf fünfzehn Innenplätzen haben 60 000 Kinder gespielt.

Von den 277 935 Kindern der Außenspielplätze haben 40 Proz. (112 406) Freifahrten erhalten, um unentgeltlich nach den Plätzen befördert werden zu können. Es sind für die Verpflegung der Kinder aufgewendet worden: 148 500 Liter Milch, 9000 Kilogramm Mager- und Magerzweckmilch, 509 671 Stück Schokolade und 1309 Kilogramm Kaffee, zum Schluß 1000 R. für warme Würstchen.

In diesen Ferienspielen steckt ein Stück Kommunalfortschritt. Wer hätte jemals daran gedacht, daß die Gemeinde Kinder befristigen würde.

Die Spiele auszudehnen, sie größeren Kreisen von Kindern zugänglich zu machen, die nicht ins Gebirge oder an die See reisen können, ist eine recht nützliche Aufgabe. In diesem Jahre wird ein neuer Spielplatz zu den obigen hinzukommen; ein Platz in der Wuhlheide. Hoffentlich werden die nötigen Einrichtungen bis zu den Ferien fertig. Es besteht die Absicht, die Kinder per Dampfer nach dem neuen Platz zu schaffen. Gelingt dieser Plan, so werden die Kinder für fünf Pfennige nach der Wuhlheide befördert werden können. Die Stadt tut gut, für Spielwecke mehr Mittel aufzuwenden als bisher; es gibt kein Kapital, was sich besser verginst als das Geld, was für derartige Zwecke aufgewendet wird. Man nehme nur einen Teil der großen Mittel, die in Preußen heute für die Fürsorgeerziehung aufgewendet werden und verwende sie zu Spielplätzen und für Kinderhort. Dann wird man viel Segen stiften, wenn man auch an den sozialen Verhältnissen nichts wesentliches ändern wird.

Es muß die Frage aufgeworfen werden: Ist in Berlin ein Bedürfnis vorhanden, Ferienspiele durch die proletarischen Frauen zu beorganisieren und was kann unter Umständen geleistet werden? Wenn man unsere Kinder hinausführen will, muß man in Berlin schon weite Wege machen; in den meisten Fällen muß eine Bahnspennung mit der Straßenbahn oder mit der Eisenbahn unternommen werden. Wo will man hin? In den Wald oder in ein Lokal? In einem Lokal ist keine rechte Spielgelegenheit; im Wald ist man unter Umständen von der Laune eines Beamten abhängig; es geht solange es eben geht. Schwierigkeiten entstehen, wenn kein gutes Trinkwasser in der Nähe ist; Kinder sind bekanntlich immer durstig. Gewiß kann durch Mitnehmen von Getränken vorgebeugt werden; aber doch nur in beschränktem Maße. Wenn im Wald ungünstige Witterung, etwa ein Gewitter, eintritt, was im Sommer öfter der Fall ist, sind die Kinder schutzlos; wir wollen gar nicht daran denken, daß auch ein Unfall sich ereignen kann. Auf den städtischen Spielplätzen sind im Vorjahre verschiedene Unfälle passiert — so brachen sich in Blankensee zwei Jungen beim Schellenlaufen die Beine. Die Lehrer wußten sich zwar Rat, aber peinlich war es für sie. Sind die Kinder längere Zeit draußen, so müssen sie Probiant mitnehmen, was den Eltern doch auch Kosten verursacht.

Gewiß gibt es opferfreudige Genossinnen, die sich gern dieser Aufgabe widmen, aber dann bleibt die Frage nach der Ausbringung der Mittel für die Spielwecke übrig. Sollen die Ferienspiele einen Zweck haben, müssen sie regelmäßig stattfinden, ein oder zwei Nachmittage in der Woche stiftet wenig Nutzen. Das kostet aber Geld. Wo soll das herkommen? Aus Wohlbereitsmitteln können die Mittel nicht genommen werden; die sind für den politischen Kampf bestimmt. Es werden oft freiwillige Sammlungen beliebt. Das ist eine recht unsichere Einnahmequelle, belästigt bestimmte Personen, die eifrige Parteigänger sind, vertreibt schließlich eine ganze Anzahl von Genossen und Genossinnen, die sich sonst immer im Jahlabend oder im Festabend einfinden. Und welche Kinder sollen denn an den Spielen beteiligt werden? Nur Kinder von Parteigenossen oder alle, die kommen? Man braucht diese Frage nur aufzuwerfen, um zu erkennen, daß das Arrangement von systematischen Ferienspielen im großen Umfang eine Aufgabe ist, die große Schwierigkeiten bietet, womit keineswegs etwas gegen die von Genossinnen sonst arrangierten gelegentlichen Ausflüge gesagt werden soll.

Wer übrigens Geld hat, hat es heute sehr leicht, es für Ferienspiele zu verwenden. Man braucht es nur Kindern geben, die kein Fahrgehalt haben und ermögliche ihnen so die Teilnahme an den städtischen Ferienspielen. Wenn ohnehin Fahrgehalt ausgegeben werden muß, um nach einem Spielplatz zu gelangen, ist es da nicht praktischer, einen städtischen Ferienspielplatz anzufuchen, wo das Kind zum Teil beschäftigt wird und vor den Unbilden der Witterung geschützt ist? Das Kind erhält in diesem Falle mehr als das Fahrgehalt ausmacht und ist unter geliebten Spielteilern.

Wir sollten es uns zur Aufgabe machen, diese städtischen Ferienspiele auszudehnen, wir sollten Ausdehnung der Zahl der Spielplätze fordern und Herabgabe größerer Mittel für unentgeltliche Verpflegung von Kindern nach den Plätzen. Unsere Genossen im roten Hause bemühen sich in diesem Sinne, unsere Genossen und Genossinnen müssen hinter unseren Vertretern stehen und sie stützen.

Man kann verstehen, daß in den Orten, in denen die Gemeinde bisher besorgt hat, unsere Genossinnen sich um die Ferienspielfrage kümmern; dagegen ist auch nichts einzuwenden; es ist auch nichts zu sagen, wenn Genossinnen da und dort hin und wieder mit den Kindern einen Ausflug unternehmen; diese Tätigkeit aber zu einer besonderen Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung zu machen, scheint uns, insbesondere für Berlin, wenig angebracht, soll nicht die in der Richtung des Kommunalfortschritts liegende Arbeit geschwächt werden. K. L.

Internationale Kundgebung für das Frauenstimmrecht in Rom.

Rom, 18. Mai. (Eig. Ber.) Im Teatro Nazionale in Rom hat am 15. Mai eine imponierende Kundgebung für das Frauenstimmrecht stattgefunden, die besonders dadurch Bedeutung erlangte, daß sie sich zu einer ebenso unerwarteten als großartigen Demonstration gegen den Militarismus, gegen Kolonialismus und Krieg gestaltete. In den Reden der meisten Frauen sang dieser Ton an, am härtesten aber in der der Engländerin Frau Creighton und der Französin Rechtsanwältin Bérone. Die Engländerin beklagte in heißen Worten die Millionen und aber Millionen, die für Dreadnoughts aufgewandt werden, während in den Arbeitervierteln der Städte Gesundheitsverhältnisse herrschen, die zum Himmel schreien. Die Französin betonte ihre Bemerkung, gleich nach einer deutschen Rednerin das Wort zu erhalten und sagen zu können, daß die Frauen den Weltkampf der Nationen auf dem Gebiete der Kultur sich abspielen sehen wollen, nicht auf dem der Wirtschafft. Unter riesigem Beifall der Mehrheit und unter Protest einer kleinen Minderheit verwarf die Rednerin die Kolonialpolitik unserer Gesellschaft, die den wilden Völkern keine anderen Kultursegnungen bringt als Ausbeutung und Pulver und Blei, als Syphilis und Alkoholismus. Sie wies darauf hin, daß die Überwindungen der Kultur nur durch Kulturmittel verwirklicht werden können, nicht durch Gewalt, Korbelt und Kardorei. Schärfe, zum Teil ergreifende Worte der Anrede sand auch eine methodische Predigerin, Frau Shaw, die die Beteiligung der Frau am politischen Leben im Namen der Interessen der Frauen und Kinder forderte, die heute im Rande nicht ihren berechtigten Vertreter haben. Sie wies darauf hin, daß in

New York Kinder im Alter von 7 bis 10 Jahren den ganzen Tag über für einen Hungerlohn künstliche Blumen herstellen, Knöpfe auf Papier nähen, Schachteln anfertigen usw. und rief dann aus: „Wenn es Kälber wären, hätten sie eine Weile, um sich zu tummeln; wenn es junge Rinder wären, hätten sie den Wald und die Heide. Weil es junge Menschen sind, müssen sie im Dunkeln und in Unfreiheit verkommen. Der Mensch ist das einzige Tier, das sich von seinen eigenen Jungen nährt. Er vernachlässigt nicht nur ihre Kindheit, er vernichtet sie schon im Mutterleibe, indem er die Frauen in Fabrik und Heimarbeit ausmergelt und krank macht“. Die norwegische Rednerin brachte ferner als einzige eine nationalstiftische und sogar eine imperialistische Note in die Versammlung, über die diese aber, wohl wegen der Kleinheit des Landes, das die Rednerin „in der Welt voran“ sehen wollte, mit Stillschweigen überging. Diese Rednerin hob auch hervor, daß in Norwegen die Frauen sich in einem etwas stärkeren Prozentsatz an den Wahlen beteiligt haben als die Männer. So gefaltete sich die Kundgebung für das Frauenrecht, die unter sehr starker Beteiligung stattfand, zu einer scharfen und energiegeladen Kritik unserer Gesellschaftsordnung. Die meisten Frauen haben nicht als entrechtetes Geschlecht das Wahlrecht gefordert, sondern als Sachwalter einer entrechteten und ausgebeuteten Klasse, in der Mann und Frau und Kind unter dem Joch des Kapitalismus stöhnen, in der aber die Frau die schwerere Last trägt, weil die Gesellschaft ihr die Mittel, sich selbst zur Wehr zu setzen, verweigert. Eines dieser Mittel ist das Wahlrecht, um das die Frauen heute in allen Kulturländern kämpfen. Sie tun das nicht als Sozialdemokratinnen: zum großen Teil stehen sie unserer Bewegung fern; aber sie tun es mit der ersten Absicht, soziale Arbeit zu leisten. Daß die Bewegung für das Frauenstimmrecht sich in den letzten Jahren von viel Brautentum und Engherzigkeit befreit hat, hat die römische Versammlung für das Frauenstimmrecht in geradezu herzerfreuender Weise dargelegt. Q. O.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Erfolgreiche Arbeit. Das „Berliner Tageblatt“ bespricht den Tätigkeitsbericht der „Parteiorganisation fortschrittlicher Frauen“. Man erfährt, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr drei öffentliche Versammlungen, zwei Vortragskurse über „Politische Gegenwartsfragen“ mit „hervorragenden Parteimitgliedern, Reichstagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten“ als Rednerin und wöchentliche Diskussionsabende veranstaltet worden sind. Bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen beteiligte sich die Organisation auf eifrigste. Und der zahlenmäßige Erfolg all dieser Anstrengungen? 100 — in Worten einhundert — neue weibliche Mitglieder wurden der Partei zugeführt. Dafür die ganze Arbeit, die Bekämpfung und der Partiam. Irren wir nicht, so gab's doch auch noch einen politischen Tee? Aber auch der scheint nicht vergessen zu haben. Selbst wenn man bedenkt, daß sich das Tätigkeitsgebiet der „Parteiorganisation fortschrittlicher Frauen“ in der Hauptsache wohl auf Berlin beschränkt, so ist das Ergebnis der Arbeiten eines ganzen Jahres doch einfach glänzend.

Ja, ja, es ist nicht so leicht, weibliche Mitglieder für eine Partei zu werben, die nicht für die politische Gleichberechtigung der Frauen zu haben ist. Die fortschrittlichen Damen sollten sich ernstlich die Frage vorlegen: Lohnt die Arbeit noch?

Die proletarische Frau in der Partei.

Doch etwas gelernt. Als das große Geschrei über den Geburtenrückgang in Deutschland einschlug, hatten sinnige Statistiker sogleich heraus, daß die Sozialdemokratie, wie an allem Uebel, daran die Schuld trage. Es wurde nachgewiesen, daß in den sozialdemokratischen Wahlkreisen der Rückgang durchweg sehr stark sei, und schnell kamen Zentrumsblätter, die zu melden wußten, daß in den liberalen Gegenden der „gesunde Sinn“ der Bevölkerung sich am besten bewahrt habe, daß der Geburtenrückgang in den katholischen Landesteilen verhältnismäßig unbedeutend sei.

Nun werden mit einem Schlag diese Illusionen zerplatzt. In der „Deutschen Tageszeitung“, die doch gewiß nicht übertriebener Sympathien für die Sozialdemokratie beschuldigt werden kann, steht es schwarz auf weiß. In einem Artikel werden die Geburtenrückgang einer Anzahl Städte nach Gruppen zusammengestellt und in der Schlussbetrachtung heißt es dann:

„Nicht man die Erfahrungen, die sich aus den vorgenannten statistischen Zahlen ziehen lassen, zusammen, so scheint zunächst, daß manche der Thesen, die man bisher in dieser Frage aufgestellt hat, unhaltbar sind. Man hielt die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession für einen gewissen Schutz. Die vier größten katholischen Städte Deutschlands sind: München, Köln, Düsseldorf, Essen. Davon hat Köln einen sehr erheblichen Rückgang, die anderen drei Städte aber geradezu den größten Rückgang innerhalb Deutschlands. . . . Demnach macht die Wirkung der Konfession mindestens an dem Absatz der Großstädte halt. Andererseits hat man der Sozialdemokratie einen besonders unheilvollen Einfluß zugesprochen. Die vorhergegangene Statistik bestätigt das nicht gerade. Königsberg, eine der ältesten sozialistischen Hochburgen, hat sich von allen deutschen Großstädten am besten gehalten, auch andere besonders starke sozialistische Ballwerke, z. B. Mannheim und Nürnberg, stehen immerhin noch günstiger da wie andere Städte gleichen Ranges. . . .“

Das Jugendstudium mag der „Deutschen Tageszeitung“ hart genug geworden sein; viel lieber hätte sie weiter den Geburtenrückgang mit der „sozialistischen Verheerung“ in Verbindung gebracht. Aber das geht doch nun nicht gut, und so muß sie sich damit begnügen, das „nervenaufpeitschende und nervenschwächende Sühnschreiben“ in den Großstädten verantwortlich zu machen.

Erziehung zur Schamhaftigkeit.

Aber es ist nicht allein die Gewöhnung an körperliche Reinlichkeit, die das tägliche Bad bewirkt. Es gewöhnt auch an eine natürlich-frohe Betrachtung des nackten Körpers, des eigenen wie des der Geschwister. Das Kind selber ist nämlich lebhaft interessiert, alle Teile seines Körpers zu kennen, ihre Veranordnung und Bedeutung zu erfahren. Da kann die Mutter in gar nicht ausgedehntem Maße natürliches Empfinden vorbereiten, wenn sie dieses kindliche Interesse benutzt, um in ruhig-schlichter Weise vom Körper und seinem Leben zu sprechen. Aber nur ja um Himmelswillen dabei nicht von „anständigen“ und „unanständigen“ Körperteilen reden und das Kind zu einer frühen Schamhaftigkeit aufziehen, die es in diesen Jahren noch gar nicht hat. Es gibt nur verschiedene Zwecke und verschiedene Funktionen am Körper und innerhalb des Körpers, aber es gibt keine Unterscheidung nach „Roral“ und „Anständig“. Auch in diesem Punkte müssen eben wie Eltern erst von unseren Kindern lernen, was echte und falsche „Scham“ heißt. (Quida Naurendreeher, „Wachstum und Schöpfung“.)

Unsere Mitarbeiterinnen! Einsendungen jeder Art für die Frauen-Rundschau sind nicht an den einzelnen Verfassern persönlich, sondern an die Redaktion des Vorwärts, Abteilungs-Frauen-Rundschau, zu richten.

9. Verbandstag der Handlungsgehilfen.

Hannover, 19. Mai.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen trat heute zu seinem 9. Verbandstage zusammen.

Der Geschäftsbericht geht in seiner Einleitung auf die fortgeschrittenen Versuche der Unternehmer ein, nicht nur den kümmerlichen Anfängen der Sozialpolitik ein energisches Holt zu geben, sondern auch das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten immer mehr einzuschränken. Zu diesen Versuchen gesellen sich dann noch die Bestrebungen auf eine Zersplitterung der Arbeiter und Angestellten, die in der Gründung von neuen Vereinen zum Ausdruck kommen. Auch den Handlungsgehilfen wurde schon im Jahre 1912 eine beratende Zersplitterungsorganisation befohlen im „Bund der kaufmännischen Angestellten“, der eine „neutrale“ Organisation sein sollte, und hinter dem bewundernswürdigen Bund der technisch-industriellen Beamten stand. Doch hat diese „neutrale“ Organisation das Schicksal so mancher ihrer Vorgängerinnen in anderen Berufen teilen müssen. Sie krankte seit ihrer Geburt an einem Mangel an Mitgliedern, der sich im vergangenen Jahre — zweifellos unter den Einwirkungen der Krise — zu einem allgemeinen Mitgliedersturz ausweitete, so daß von dem „neutralen“ Verein schließlich nichts weiter übrig blieb, als einige tausend „Pfort“ Schulden. Uebrigens hat sich der Bund trotz seiner „Neutralität“ das Wohlwollen der Unternehmer genau so wenig zu erwerben vermocht, wie der allgemeine Verband der deutschen Kaufmanns, der gleichfalls die „neutrale“ Richtung vertritt, trotzdem er von den Vorherigen genau so bekämpft wurde, wie jeder freigewerkschaftliche Verband bekämpft werden würde und schließlich nur da Schutz und Milderung fand, wo er selber hingehört: bei der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft.

Nach dem Beschluß der letzten Generalversammlungen des Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes der Lagerhalter schloß sich im Jahre 1913 der Hebertritt der Lagerhalter in den Verband der Handlungsgehilfen. Da auf beiden Seiten der gute Wille durchaus vorhanden war, kam die Verschmelzung rasch und ohne Schwierigkeiten zustande. Außer dem erheblichen Zuwachs von 2070 Lagerhaltern brachten diese ihrem neuen Verbande noch die stattliche Summe von 88 861,26 M. dar.

Die gleichfalls angelegte Verschmelzung mit dem Verband der Bureauangestellten befindet sich noch in der Schwebe. Doch hat eine Umfrage in den lokalen Sektionen des Handlungsgehilfenverbandes ergeben, daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder für die Verschmelzung eintritt und der Gründung eines einheitlichen Privatangestelltenverbandes sympathisch gegenübersteht. Das Resultat der Umfrage im Verband der Bureauangestellten ist noch nicht bekannt.

Die Werbetätigkeit des Verbandes, die durch die Herausgabe mehrerer Propagandaschriften unterstützt wurde, hat dem Verband im vergangenen Jahre 10 928 neue Mitglieder zugeführt, wobei die übergetretenen Lagerhalter freilich in Abzug gebracht werden müssen. Dennoch ist der Erfolg durchaus befriedigend, namentlich wenn die absoluten Mitgliederzahlen verglichen werden. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1912 zählte der Verband 18 489 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1913 dagegen 24 909. Das bedeutet einen Zuwachs von 6420, gegen 2887 in 1912. Davon waren 1618 11 259 männliche, 18 550 weibliche Mitglieder, gegen 7104 männliche und 11 385 weibliche in 1912.

Die „Handlungsgehilfenzzeitung“, das Verbandsorgan, erschien Anfang des Jahres 1913 in einer durchschnittlichen Auflage von 27 000 Exemplaren und erhöhte ihre Auflage bis zum Jahreschlusse auf 30 000. An dem Format und Umfang des Blattes wurden seit 1907 keine Änderungen vorgenommen.

Der Kassenbericht zeigt ein erfreuliches Wachstum des Verbandsvermögens. Der Bestand betrug am Jahreschlusse 1912 83 639,57 M. und am Jahreschlusse 1913 217 861,48 M. Die ge-

samten Reineinnahmen und Mehraufgaben stellen sich im Berichtsjahr — die Zahlen in Klammern für 1912 — wie folgt: Einnahmen 490 202,58 M. (345 106,99 M.), Ausgaben 335 770,67 M. (229 988,81 M.). Bei der Beurteilung des Etats sind hier die 83 371,82 M. mit in Betracht zu ziehen, die dem Verband bei der Verschmelzung mit den Lagerhaltern überwiesen wurden. An ordentlichen Monatsbeiträgen sind im Berichtsjahre 146 282,90 M. mehr als im Vorjahre vereinnahmt worden.

Die Wirkung der Unterstützungseinrichtungen kommt im Berichtsjahre noch nicht voll zur Geltung, da die betreffenden neuen Satzungen erst am 1. Juli in Anwendung kamen. An ordentlichen Unterstützungsummen wurden veranschlagt 42 382,12 M. gegen 15 790,85 M. im Vorjahre. Die ausgezahlte Unterstützung ist dreimal höher als 1912, was zum Teil auf die Erhöhung der Unterstützungssätze, hauptsächlich aber auf die schwere Krise zurückzuführen ist, die auch die kaufmännischen Angestellten getroffen hat.

Der Ausbau der Stellenvermittlung ist für den Verband von größter Wichtigkeit, solange die geforderten öffentlichen rechtlichen Stellenvermittlungen auf parteilicher Grundlage noch nicht vorhanden sind. Durch zahlreiche Vereinbarungen und Tarifverträge haben sich viele Firmen verpflichtet, bei Besetzung von Stellen den Arbeitsnachweis des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Die Wirkung der Krise kommt bei dem Verzicht über die Stellenvermittlung natürlich mit besonderer Schärfe zum Ausdruck. Wegen 1822 besetzte Stellen im Jahre 1912 konnte der Verband 1913 nur 570 Mitgliedern Stellen verschaffen.

In der Beförderung der gewerkschaftlichen Kämpfe rechnet der Verband zunächst mit dem Hansabund ab, der sich in seiner berüchtigten Resolution gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter als ein Schlaraffenland erster Klasse charakterisiert hat. Am so häufiger erscheinen da die bürgerlichen Harmonievereine, die auch hier nicht über ein jämmerliches Gejammer und „Erjüden“ hinausgehen. Der Verein der Handlungsgehilfen von 1888 und der Verband deutscher Handlungsgehilfen brachten es sogar fertig, ihre Vertreter im Hansabund zu belassen. In den Augen eines jeden denkenden Angestellten haben diese Verbände sich damit nur selbst gekennzeichnet als das, was sie sind: Schleppenträger eines schmerzhaften Unternehmertums. Der Verband der Handlungsgehilfen hat es sich nicht nehmen lassen, gegen die Hansabundresolution wie gegen alle Erzeugnisse der Unternehmern mit aller Kraft Sturm zu laufen, und er hat in seinen zahlreichen Besuchen mit den Unternehmern schöne Erfolge davongetragen. So zwang er, um ein Beispiel zu nennen, 23 Chemnitzer Firmen, die einen Kontostoff gegen alle die Angestellten beschlossen hatten, die in dem in Chemnitz neu errichteten Warenhaus von Tisch Stellung nehmen würden, diesen brutalen Beschluß zurückzugeben. Dies wurde erreicht durch eine mit Geduld und Plan geführte Campaigne, in deren Verlauf den Herren „Chefs“ angelündigt wurde, daß der Verband die organisierten Arbeiter als Kunden der betreffenden Geschäfte zur Unterstützung aufrufen würde. Da gaben die Herren hübsch nach und bewilligten sogar ihren Angestellten eine „angemessene“ Gehaltserhöhung, dadurch imübrigend, daß man nur durch gewerkschaftliche Methoden sich vor ihrer brutalen Willkür schützen kann.

Von sozialpolitischen Angelegenheiten beschäftigt sich der Bericht hauptsächlich mit der Konventionenfrage und der Sonntagruhe, wobei der Vertrat, den die Harmonieverbände an den Interessen der Angestellten betreiben, gebührend geachtet wird.

Erwähnt sind 76 Delegierte. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird durch Umbreit vertreten, der Deutsche Transportarbeiterverband hat Müller entsandt, während Harms das Gewerkschaftskartell von Hannover vertritt.

Darunter begrüßt die Delegierten im Namen der Gewerkschaften von Hannover-Linden. Ein großes Feld ist hier noch für die Entwidlung der Organisationen vorhanden. Rufe auch der Verband der Handlungsgehilfen hier in der Zukunft beständig Fortschritte machen.

Nach Konstituierung des Vorstandes begannen die Beratungen der einzelnen Punkte der Tagesordnung. Zum ersten Punkt: Beratung der Anträge auf Änderung der Statuten, sind nicht weniger als 213 Anträge eingelaufen. Es wird eine Statutenberathungskommission gewählt und in die Generaldebatte eingetreten, um der Kommission Richtlinien zu geben.

Urban bespricht die Anträge und legt die Stellung des Vorstandes dar. Ein großer Teil der Wünsche, die in den Anträgen zum Ausdruck kommen, kommt aus den Kreisen der Lagerhalter. Die Kollegen sind mit manchem in der Organisation der Handlungsgehilfen, mit der sich ihr Verband im vergangenen Jahre verschmolzen hat, nicht zufrieden. Aber ihre Anträge gehen in fast allen Punkten zu weit. Würde der Verband sie erfüllen, so ließe das schließlich auf die Schaffung einer neuen Organisation innerhalb des Verbandes hinaus. Er bittet deshalb um Ablehnung der betreffenden Anträge. Eine große Zahl weiterer Anträge wünscht einen weiteren Ausbau unseres Unterstützungswesens. Die Beiträge wollen einige der Anträge erhöht wissen, während andere die Einbeziehung weiterer Gebiete in unser Unterstützungswesen verlangen. Wir haben erst kürzlich die Beiträge und Leistungen unserer Unterstützungseinrichtungen erhöht und müssen zunächst einmal abwarten, wie diese Reuegewinnung wirkt. Vorläufig läßt sich das noch gar nicht übersehen. Da soll man nicht schon wieder mit ganz neuen Wünschen kommen. Sogar eine Ausdehnung der Unterstützung ist gewünscht worden. Ich glaube, daß die Kollegen und Kolleginnen oft vergessen, daß unser Verband weder eine reine Unterstützungsgesellschaft sein kann noch will. Der Verband hat denn auch noch andere Aufgaben als die, seine Mitglieder zu unterstützen. Gewiß können im Laufe der Zeit unsere Einrichtungen noch verbessert werden. Aber eine solche Reform muß sich auf der Grundlage des Bestehenden aufbauen und darf nicht übers Anse gebrochen werden. Der Verband ist nicht nur zur Unterstützung da, sondern auch zum Kampf. Das sollte von den Kollegen nie vergessen werden. Der Vorstand ersucht, diese Anträge abzulehnen. Einige weitere Anträge verlangen die Einteilung des Reichsgebietes in Gaue und die Wahl von Gauvorständen durch die Mitglieder der Gaue. Diese Wünsche halten wir für verfrüht. Wir sind nicht prinzipiell dagegen, glauben aber, daß unser Verband erst größer sein muß, bevor wir hierzu übergeben können. Aus diesem Grunde bittet er auch hier um Ablehnung der Anträge.

In der nun folgenden Diskussion wird der Standpunkt des Vorstandes von manchen Rednern scharf angegriffen.

Darauf begann Georg K. L. sein Referat: Die Handlungsgehilfen und die Vereinfachung des Arbeitsrechts.

Witterungsbericht vom 20. Mai 1914.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag- u. Nacht)	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag- u. Nacht)
Ewinnebe	760,4			heiter	12	Sabaranda	751,425			Amolfen	9
Hamburg	772,8			heiter	10	Petersburg	760,425			Stalb. H.	11
Berlin	770,8			Amolfen	14	Selb	773,310			Amolfen	14
Frankf. a. M.	770,80			heiter	17	Aberdeen	766,5			Wegen	8
Bremen	769,80			Amolfen	14	Paris	770,9			Amolfen	14
Wien	766,825			Amolfen	17						

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. Mai 1914.

Zunächst vielad. heiter, nachts etwas kühl, am Tage wieder ziemlich warm bei mäßigen südwestlichen Winden; nachher vorübergehende Kühlung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag: Am westlichen Küstengebiet etwas Regen, in den meisten anderen Gebieten trocken und im Süden vorwiegend heiter. Im Norden zeitweils bewölkt; überall in den Tagesstunden ziemlich warm.

Sport- u. Reise-Moden-Schau



Eine einzigartige Ausstellung
in den Schaufenstern unserer vier Kaufhäuser
von moderner Sport- und Reise-Kleidung für See,
Gebirge u. Touristik, darunter hervorragende Schöpfungen
unserer weltbekannten Kleiderwerke.

- Sport- und Touristen-Anzüge**
Falten-Joppe mit kurzer od. langer Hose
18.- 24.- 30.- 36.- 40.- 45.-
- Manchest-Wanderer-Anzüge**
Falten-Joppe mit kurzer Hose, praktische
Farben, haltbare Qualität. 24.-
- Loden-Pelerinen** für Herren und
Damen, grau oder grün „Imprägniert“
750 1350 1650 18.- 21.- 24.-
- Strand- und Tennis-Anzüge**
bustfarbene und creme mit feinen Streifen
1250 16.- 21.- 27.- 36.- 45.-
- Sport- und Radfahrer-Hosen**
grün, blau, grau und braun
3.- 5.- 8.- 10.- 12.- 15.-

- Reise-Sakko-Anzüge**
Neueste Muster — Elegante Formen
15.- 24.- 30.- 36.- 40.- 50.-
- Reise-Ulster und Paletots**
Neueste Farben — Praktische Stoffe
21.- 27.- 33.- 40.- 45.- 60.-
- Reise-Beinkleider**
schöne Streifen — strapazierfähig
550 650 8.- 1050 1250 15.-
- Reise-Staub-Mäntel**
in grau, mode, grün und khaki
360 450 6.- 750 1150 1650
- Litewken u. Loden-Joppen**
in blau, grau, grün und oliv
350 450 6.- 750 11.- 15.-



- Bozener Mäntel**
Loden, imprägn. 12.50
grau und oliv
- Gummi-Mäntel**
echt englisch 12.50
(Single)
- Sommer-Joppen**
grün 90 Pf.

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog Nr. 49 (Neueste künstlerische Moden) kostenfrei

Heute Himmelfahrt nur von 8-10 geöffnet
Sonntag d. 24. von 8-10 u. 2-6 geöffnet

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Ziele dem geehrten Publikum mit, daß ich die Bäckerei von Robling, Brunnenstr. 65, des Bäckers und Konditorenverbandes anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein, dem Publikum eine gute und schmackhafte Ware zu liefern.
 Achtungsvoll **Karl Boese**, Bäckmeister, Eberstr. 11.
 Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren.

Der echte **Kapitän-Kantabak** ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so schnell beliebt geworden, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, denn jedes einzelne Stück des (10 St. Rollen oder Bündel) wird sauber verpackt zum Verkauf gebracht. Steniel gerade hier gefälscht wird, bedarf wohl keiner Erwähnung.
 Verkaufsstellen überall, eventl. d. d.
 General-Vertr. **C. Röcker**, Berlin, Gröbenweg 119. Tel.: Köniq. 3861.

Achtung! Brautleute!
 Trauringe fix und fertig zum Annehmen, in Namen.
 8 St. 300,- 4,-
 14 St. 385,- 7,-
 20 St. 470,- 10,-
 26 St. 555,- 13,-
J. Brandmann, Markt Münzstr. 25

Theater und Vergnügungen

Freie Volkshöhne.
 Donnerstag, den 21. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Der lebende Leichnam.
 Nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Die lustigen Weiber von Windsor.
 Schiller-Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
 Leistung-Theater: Professor Dr. Brumbar.
 Nollendorfsplatz-Theater: Operette: Duppeus in der Unterwelt.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Paris Friedhammer.

Neue Freie Volkshöhne.
 Donnerstag, den 21. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr:
 Komödienhaus: Die Einmache von Berg- u. Jom.
 Nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Frau Warrens Gewerbe.
 Schiller-Theater Charlottenb.: Rosenmontag.
 Metropol-Theater: Ein Büchdel.
 Berliner Theater: Große Kottinen.
 Neues Operetten-Theater: Die Hebräer.
 Theater in der Königgrätzerstraße: Das Lebensfest.

Donnerstag, 21. Mai 1914.
 Anfang 8 Uhr:
 Berliner. Große Kottinen.
 Komödienhaus. Die fünf Frankfurter.
 Montie Operetten. Die Hebräer.
 Theater am Nollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt.
 Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
 Schiller C. Geschäft ist Geschäft.
 Schiller Charlottenburg. Rosenmontag.
 Metropol. Ein Büchdel.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
 Thalia. Charles's Karte.
 Anfang 5 Uhr:
 Passage-Theater. Aino-Varieid.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Einmal Nollendorfs-Theater.
 La femme nue.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Anfang 7 Uhr:
 Kal. Schauspielhaus. Beer Cent.
 Morgen: Die Adonischeimerin (Kausung 7 1/2 Uhr).
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Kal. Opernhaus. Die Hugenotten.
 Morgen: Die Kottinerin von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr).
 Deutsches. Handel.
 Morgen: Diefelbe. (Anfang 7 Uhr).
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr:
 Urania. Zum Hochzeit der Jungfrau.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Deutsches Opernhaus. Signor baron.
 Morgen: Die Weiserfänger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr).
 Leistung. Sngmalien.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Kommerzielle. Mein Freund Teddy.
 Morgen: Der Snob.
 Deutsches Künstler-Theater. Schneider Bibbel.
 Morgen: Der Raub der Sabinerinnen.
 Berliner. Wie einst im Mai.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Königgrätzer Straße. Mr. Wu.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Theater des Westens. Polenblut.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Theater am Nollendorfsplatz.
 Der Juxbaron.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Kottinen. Nollendorfsplatz.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Zola. Wenn der Frühling kommt.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Zerkow. Die Kottin.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Montie Operetten. Aino-England.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Schauspielhaus. Die spanische Nollendorfsplatz.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Schiller O. Klein-Gee.
 Morgen: Das große Licht.
 Schiller Charlottenburg.
 Ueber unsere Kraft. I. Teil.
 Morgen: Klein-Gee.
 Kottinen. Die Aino-England.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Kottinen. Wo die Liebe hinfällt.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Reichshallen. Stiller Sänger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Volkstheater. Das Weiserfänger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Juxbaron. Das Weiserfänger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Herrfeld. Ein Weiserfänger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Apollo. Das Weiserfänger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Komödienhaus.
 Komödienhaus. Kommerzielle.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Komödienhaus. Jeannettes Dunkelkammer.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Theater am Nollendorfsplatz 5.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Theater des Westens.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Täglich 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
 Nachmittags 4 Uhr:
 Großer Garten-Monsterkonzert.
 2. Gejangsreihe. Theatervorstellung.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).
 Freitag, abends 8 Uhr:
Klein Eva.

Theater an der Weidendammerbrücke.
 8 1/2 Uhr:
Der müde Theodor.
 Die "Kottin, Hg. Hg." schreibt: Es liegt Gutes nach Asten tragen, wollte man dem einstimmigen Lob der Presse über den reisenden, dauernde Weiterleit. zaubernden Schwan! noch weitere Lobspüche hinzufügen.

Theater in der Königgrätzer Straße
 Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.
Komödienhaus.
 8 1/2 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Residenz-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Jeannettes Dunkelkammer
 Schwan in 3 Akten von Deschamps Nachmann.
 Morgen und folgende Tage:
Jeannettes Dunkelkammer.
Deutsches Künstlertheater
 Sozialität.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorfsplatz 1383.
 Donnerstag, 8 Uhr:
Schneider Bibbel.
 Freitag, 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Förster-Chriftl.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
 8 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.
 8 Uhr: Der Juxbaron.
Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**

Walhalla-Theater
 Weinbergweg 19/20.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Luftturner.
Das Karnickel.
Das Erdbeben.

Passage-Panoptikum.
 Lebend:
Die letzten weiblichen Azteken!
 Der unfesselbare Rappo,
 der König der Ausbrecher.
 Aga, die schwebende Jungfrau.
 Buddha's Geisterfest.
 Alles ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Sputendorf bei Großbeeren.
 Heute Donnerstag (Himmelfahrtstag):
2. Stiftungsfest.
 Parteigenossen und Freunde werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
 8 1/2 Uhr.
 Der Vorstand.

Schwarzer Adler
 Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.
Eröffnung der Sommer-Saison
 Donnerstag, den 21. Mai 1914.
 Großes Konzert und Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten nur hervorragender Künstler.
 Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh-Konzert und Vorstellungen.
 Nachmittags sowie täglich das große Pfingst-Programm.

WINTERGARTEN
 Neues Programm:
Radjah
 in ihren Tänzen
 Johnson u. Dean Jeannette Denarbar
 Ragtime mit ihrem
 Sextett mit ihrem
 Ballon
 und einer Analese
hervorragender Kunstkräfte!
 Entreeplatz wochentags
 M. 0.60.
 — Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
 8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Otto Reutter
 u. das übrige Mai-Variétéprogramm.
Rauchen gestattet!
Voigt-Theater
 Zabitzstraße 38.
 Donnerstag, den 21. Mai 1914
 (Himmelfahrt): Erste Gastvortrag:
Don César.
 Roman. Schauspiel mit Gel. in 4 Akten.
 Eine vorläufige Unschuld.
 Singvögelchen. Kritik. Spezialitäten.
 Galbe Raffenerie.
 Raffenerie. 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
 Freitag, den 22. Mai: Abschieds-
 Vorstellung. I. die Freitags-Abend.
Don César.
 Roman. Schauspiel mit Gel. in 4 Akten.
 Raffenerie. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Herr D'rektor Kuhlicke
 Burleske von
 Weyfel.
 Anfang
 heute
 — 8 Uhr. —

EVA
 ERSTE VARIÉTÉ AUSSTELLUNG
 BERLIN 9-24 MAI 1914
 AUSSTELLUNGSHALLE
 21-200

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
 Abends 7 1/2 Uhr 65 Plätze:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Neue Welt
 Arnold Scholz, Kassenstraße 108/114.
 Heute Donnerstag:
Großes Extra-Konzert u. Variété-Vorstellung.
 Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
„Großer Ball.“
Berliner Prater-Theater
 Rastowitzer-Allee 7/9.
 Heute (Himmelfahrtstag):
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
 Zur Gasse: **Großer Ball.**
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Eröffnung der Sommer-Saison
 1. Pfingstfeiertag.
Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Die Novität „Im Tangoklub“
 und das effektvolle Eisballett
„Die lustige Puppe“.
 Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 Täglich 8 Uhr:
Zum Hochfirm der Jungfrau.

Zirkus Busch.
 Gastspiel des Deutschen Theaters
 Direktion: Max Reichardt.
Das Mirakel
 88/19*
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim.
 Preise der Plätze von 1—10 M.

Zoologischer Garten.
 Heute am Himmelfahrtstag
 Eintrittspreise:
ZOO je 50 Pf.
 Aquarium je 30 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
 Ab morgen 6 Uhr:
Großes Militär-Frühkonzert.
 Ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 In dem Frühlingskonzert werden die
 Sagen der Ströme, aus allen
 nach dem Garten führenden Straßen
 ab 3 Uhr früh, besgl. die Bäche
 der Stadt, im Untergrundbahn,
Aquarium.
 Von 6 Uhr morg. bis 10 Uhr abend.

Sommertheater Urania,
 Wrangeistraße 11.
 Täglich:
Spezialitätentheater
 und Kino im Garten.
 2000 Plätze. 2189*

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Schweizer-Garten
 Am Friedrichshain Nr. 29/32.
 Heute:
Konzert, Theater, Spezialitäten u. Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Elysium
 Landsberger Allee 40/41.
 Täglich: **Konzert, Ball, Spezialitäten Franz Sobanski.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
 Vereine: Zaal u. Garten gratis.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Oranienstr. 166 H. Detken & Co. Oranienstr. 166
 Telephon: Moritzplatz Nr. 13268

Katalog gratis Modernes Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Garderobe Katalog gratis
Herren-Jackett-Anzüge ein- und zweifach, aus guten Qualitäten in solider Verarbeitung . . . von M. 19 bis 64
Blaue Jackett-Anzüge aus Kammgarn, Melton u. Cheviot-Stoffen erprobte Qual. in mittel- u. dunkelbl. M. 19 bis 64
Cutaway und Westen in schwarz und morengo, neuester Schnitt, prima Verarbeitung . . . von M. 26 bis 46
Jacketts und Westen erprobte Qualitäten, moderne Formen, in schwarz und morengo . . . von M. 17 bis 45
 Enorme Auswahl in dazu passend gestreiften Hosen, neueste Muster, moderner Schnitt. . . M. 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14, 16, 18, 20
für prima Verarbeitung und tadellosen Sitz übernehmen wir jede Garantie.
Spezial-Abteilung für Knaben- und Jünglings-Bekleidung
 Erste größte Auswahl in jeder Art und sämtlichen Preislagen
Spezial-Abteilung für feine Maß-Anfertigung
 Beste Auswahl in deutschen und englischen Stoffen
für die heiße Jahreszeit Großes Lager in Lüster-Sakkos, Wash-Sakkos, Leinen-Anzügen, Tennis-Hosen
für Reise und Sport Sport-Anzüge • Loden-Joppen • Pelserinen • Bozener Mäntel • Summi-Mäntel
 Sonntag, den 24., ist unser Geschäft von 8—10 Uhr und von 2—6 Uhr geöffnet.
 Katalog gratis

